

## **8 Dringlichkeitsanträge**

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen nun zu den Dringlichen Anträgen, geschätzte Kolleg:innen. Ich darf gleich bitten, als Ersten, Herrn Gemeinderat Philipp Ulrich, um seinen Dringlichen Antrag. Hier geht es um eine Petition für Verbesserungen an den Schulen gegenüber Menschen, die ein Handicap haben.

### **8.1 Petition - Maßnahmen gegen Behindertenfeindlichkeit an Schulen (GR Ulrich, KPÖ)**

Gemeinderat **Ulrich**:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, beim ersten Dringlichen Antrag des Tages sind wir bei einem sehr ernsten Thema angelangt. Und zwar diskutieren wir über Behindertenfeindlichkeit allgemein und Präventionsmaßnahmen im schulischen Bereich.

Behindertenfeindlichkeit, oder auch Ableismus genannt, ist eine Form der Diskriminierung, die Menschen auf ihre körperlichen und psychischen Behinderungen reduziert. Dabei kann es sich um sichtbare, aber auch um unsichtbare Merkmale handeln, die zu Vorurteilen führen.

Wir müssen auch heute über die Rolle unserer Sprache diskutieren, weil unsere alltägliche Sprache ist durchsetzt mit behindertenfeindlichen Ausdrücken, die Menschen mit Behinderung direkt oder indirekt diskriminieren. Ich glaube, wir kennen die Phrasen alle: "Bist du behindert?", "Bist du taub?", "Bist du blind?", "Bist du zurückgeblieben?", "Verkrüppelt". Diese Phrasen sollen eine Person oder ihr Handeln herabsetzen, tragen aber gleichzeitig auch zu einer Kultur bei, in der Behinderung als etwas Negatives angesehen wird. In einer sowieso schon von Barrieren behafteten

Gesellschaft trägt unsere Sprache natürlich auch eine große Verantwortung mit sich. Sie kann ein erster Weg sein, Betroffene und ihrer Situation mit Respekt und auf Augenhöhe zu begegnen, sie kann aber auch zur Ausgrenzung führen. Ausgrenzung, und um das geht es mir heute vor allem, Ausgrenzung, von der uns Selbstvertreter:innen, Lehrerinnen und Lehrer und auch Schulasistent:innen vermehrt berichten.

Eine der effektivsten Strategien, um Ausgrenzung entgegenzutreten, ist natürlich Bildung und Sensibilisierung. Wir werden schon sehr früh mit segregierenden Strukturen konfrontiert, wenn Kinder auf Förderschulen, Sonderschulen geschickt werden, anstatt am gemeinsamen Unterricht zu lernen. Gerade ein inklusives Schulsystem, wie wir es uns alle wünschen würden, würde durch Vielfalt, Partizipation und Diversität das Verständnis der Heranwachsenden besonders prägen. Aber das ist leider eine andere, viel größere Baustelle noch.

Gerade in den Bildungsstätten hat der Ableismus erhebliche Auswirkungen auf Menschen mit Behinderung und ihr soziales Umfeld. Der Ausschluss von sozialen Aktivitäten und auch teilweise aus dem Klassenverband kann zu Isolation und Einsamkeit führen. Dies wirkt sich wiederum negativ auf das Selbstwertgefühl und die psychische Gesundheit der Betroffenen aus. Studien zeigen auch, dass gerade Menschen mit Behinderung dreimal öfter von Depressionen betroffen sind. Und gerade deshalb wäre der Bildungsbereich für die Aufklärung besonders geeignet, da man hier einfach große Gruppen an Heranwachsenden auf einmal erreichen kann. Und ähnlich wie bei den Themen Burschenarbeit, um Gewaltprävention zu erreichen, oder der interreligiösen Bildungsarbeit, um Antisemitismus vorzubeugen, würden auch Workshops über Behindertenfeindlichkeiten an Schulen verkrustete Strukturen aufbrechen und ein besseres Miteinander ermöglichen.

Der Ableismus ist eine allgegenwärtige Form der Diskriminierung, die es zu erkennen und zu bekämpfen gilt. Es liegt an uns allen, eine inklusive Gesellschaft zu fördern, in der jede Person respektiert wird und die gleichen Chancen hat, unabhängig von

körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen. Durch Bildung, Bewusstseinsbildung und aktives Handeln können wir Diskriminierung überwinden und die Welt auch ein bisschen gerechter gestalten. Deshalb stelle ich den

**Dringlichen Antrag**

gemäß § 18 der Geschäftsordnung:

Der Gemeinderat ersucht Bildungslandesrat Werner Amon, gemeinsam mit der Bildungsdirektion Workshopkonzepte zum Thema Ableismus zu erarbeiten und in den steirischen Schulen umzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich auf eine lebhafte Debatte und bitte natürlich um Zustimmung.

***Originaltext des Dringlichen Antrages:***

*Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

***Antrag zur dringlichen Behandlung***

*(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)*

*Der Gemeinderat ersucht Bildungslandesrat Werner Amon, gemeinsam mit der Bildungsdirektion, Workshopkonzepte zum Thema Ableismus zu erarbeiten und in den steirischen Schulen umzusetzen.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Wortmeldungen zur Dringlichkeit, bitte. Bitte.

Gemeinderätin **Derler:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Antragsteller, lieber Philipp, danke für das Thema. Wir werden von unserer Fraktion nicht bei der Dringlichkeit mitgehen. Als kurze Erklärung, wir haben in Absprache mit der Daniela Grabovac, der Antidiskriminierungsstelle die Auskunft bekommen, dass es einen Fall gegeben hat, wobei die beiden Parteien sich dann abgestimmt haben und sich entschuldigt haben, aber es liegen keine großen Fälle vor. Das ist einmal das Erste. Behindertenfeindlichkeit steht also bitte nicht an der Tagesordnung von Schulen und pädagogischen Einrichtungen. Nichtsdestotrotz ein guter Antrag, aber die Dringlichkeit ist unserer Seite überhaupt nicht gegeben.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Gemeinderat Ammerer.

Gemeinderat **Ammerer:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung. Zu dieser Ansage möchte ich schon kurz replizieren. Ableistische Äußerungen finden permanent überall statt, man muss den Leuten ja nur beim Reden zuhören. Aber was dann bei der Antidiskriminierungsstelle landet, sind astreine Diskriminierungsfälle und ich möchte da bitte schon einen Unterschied machen von bewusster Diskriminierung und unbewusster Verwendung von diskriminierender Sprache. Das passiert in unserem Alltag andauernd und man braucht nur zuzuhören, nicht nur bei Jugendlichen und Kindern, sondern einfach bei vielen Gesprächen, wo Worte verwendet werden, die ableistisch sind. Da geht es um Bewusstseinsbildung. Es geht in diesem Antrag, so wie ich ihn verstehe, nicht darum, den ganz, glasklaren Diskriminierungsfällen vorzubeugen, wo es, und da hast du völlig recht, liebe Kollegin,

Strukturen gibt, die sich damit befassen und das gut tun. Es geht darum, die Bewusstseinsbildung für Sprachmuster, die diskriminierend wirken können, ohne dass das jetzt die erklärte Absicht ist. Es gibt viele Formen von diskriminierender Sprache, die ohne die Absicht einer Diskriminierung passieren. Sie sind halt trotzdem diskriminierende Sprache und dazu braucht es Bewusstseinsbildung, damit man da vorbeugt. Aus dem Grund sehe ich die Dringlichkeit sehr wohl. Und eben weil es um die Prävention von solchen Sprachmustern geht, die ja überall drin sind. Wir haben ja das Gleiche bei Sexismen, wir haben das Gleiche bei Rassismen. In diesen Bereichen investieren wir viel, viel mehr in die Präventionsarbeit als bei Ableismen. Es wäre schön, wenn wir da alle einer Meinung wären, dass auch bei Menschen mit Behinderungen, dass da auch genau hingeschaut wird, um solche Sprachmuster, ob bewusst oder nicht, zu vermeiden und abzubauen in unserer Gesellschaft. Und man braucht sich nur, wenn man im Bus eine Gruppe Jugendliche reden hört, die von dir angesprochen, lieber Philipp, bist du behindert oder was, das hört man oft. Da braucht man schon eine Bewusstseinsbildung, damit das halt nicht mehr so oft vorkommt. Die ganz klare absichtliche verletzende Diskriminierung ist, glaube ich, in diesem Antrag gar nicht gemeint, sondern die Unbewusstheit. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Philipp möchtest du noch ein Schlusswort zur Dringlichkeit?

Gemeinderat **Ulrich**:

Danke, lieber Tristan, danke liebe Eva. Grundsätzlich, also zwei Dinge sind mir da eingefallen. Wir haben natürlich in den Schulen und auch in den Einrichtungen oder wir halt als berufstätige Menschen auch immer wieder verbindliche Feuerübungen. Das heißt, weil es notwendig ist, man muss nicht immer den Großbrand dann

abwarten. Was mich aber doch verwundert, und jetzt kommen wir zum zweiten Punkt. Ich habe heute Vormittag erst mit dem Obmann von „Selbstbestimmt Leben“ telefoniert. Der hat mir gesagt, sie bereiten gerade eine große Kampagne für den Herbst dahingehend vor.

Ich habe gestern mit einer Vertreterin von „LebensGroß“ telefoniert. Die hat gesagt, super Philipp, ich schreibe gerade meinen dritten Artikel und es soll ein ganzes Set von Artikeln werden.

Ich habe geredet mit Menschenvertreter:innen von „People First“, die haben bei uns am runden Tisch, sind die mit der Thematik an mich herangetreten. Das heißt, wir sind ja eigentlich schon einmal im steirischen Behindertenbereich, also ein ziemlich großer Player, Stakeholder, die ja gerade das Vorbereiten auch für den Herbst oder schon daran sitzen. Das heißt, wenn es darum geht, die Dringlichkeit diesem Antrag zu verwehren, muss man dann eigentlich fairerweise sagen, sind es die Menschen im steirischen Behindertenbereich, die da aktiv daran arbeiten, aktuell anders.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist hier dafür? Gegenprobe. Die Dringlichkeit ist nur gegen die Stimmen der ÖVP gegeben.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP).***

Wir kommen zum Inhalt selbst, wer wünscht hier das Wort? Herr Stadtrat Hohensinner, bitte.

Stadtrat **Hohensinner:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Philipp, wir sind gegen die Dringlichkeit, aber für den Inhalt. Ich war gestern, wie so oft, auch mit Selbstvertretern bei einer Veranstaltung. Da war ja im Steiermarkhof eine große Veranstaltung, bei der wir über sämtliches diskutiert haben. Über dieses Thema nicht, aber ich habe, wie ich den Dringlichen Antrag gesehen habe, dann auch den Obmann von „Selbstbestimmt Leben“ angerufen, den Didi Ogris. Und der hat mir das nicht so geschildert, wie du das jetzt ausgelegt hast. Er hat nämlich zu mir gesagt, es ist ein bisschen aus seiner Sicht komisch, dass das jetzt als Dringlicher Antrag im Gemeinderat diskutiert wird, weil bereits - und das hast du jetzt angerissen - ein großes Projekt geplant ist. Und ich glaube, bei deinem runden Tisch, den du im Volkshaus organisiert hast oder in euren Klubräumlichkeiten, hat ein Mitglied von „Selbstbestimmt Leben“ über dieses Thema gesprochen. Es ist nämlich so konkret, dass bereits die Referenten namentlich feststehen. Das sind zwei Rollstuhlfahrer:innen oder ein Fahrer und eine Fahrerin, die Sarah Schlager und Noah Gaßner. Es werden die Workshops für die Pflichtschulen für das Wintersemester 2024 geplant. Es gibt eine wissenschaftliche Aufarbeitung über den Heimo Halbrainer vom Verein CLIO und über den Verein „LebensGroß“. Im August planen Sie dann einen Antrag an den Werner Amon zu stellen. Also, da ist nie irgendwie eine Idee gewesen, so ein Projekt nicht zu unterstützen, und ich kann dir sagen, wenn hier jetzt einmal die Pflichtschulen im Fokus sind, bitte komm zu mir. Wir können so etwas einfach umsetzen. Also, da braucht es jetzt nicht irgendwie eine Auseinandersetzung im Gemeinderat. Das sehe ich ein bisschen übertrieben. Wir haben eben, das hat die Eva schon gesagt, mit der Antidiskriminierungsstelle geredet. Also, jetzt so, die gravierenden Fälle sind nicht da. Ich habe auch mit der Bildungsdirektion geredet, die gesagt hat, ja, man kann so etwas machen, man kann Workshops machen. Es gibt jetzt nicht viele Fälle, aber die Bildungsdirektion möchte auch darauf hinweisen, dass Vereine für gewöhnlich dann Projekte einreichen. Wie zum Beispiel der Verein „Selbstbestimmt Leben“. Dann ist die Bildungsdirektion auch

gerne bereit, so etwas zu unterstützen. Abschließend noch einmal zusammengefasst, dieses Phänomen ist jetzt, Gott sei Dank, nicht weit verbreitet. Aber ich stimme schon zu, es gibt einfach Formulierungen, die sollten in unserem Sprachgebrauch nicht vorkommen, weil sie diskriminierend sind. Das fängt schon an in der Erziehung, dass wir unseren Kindern beibringen, dass gewisse Sachen nicht gesagt werden, weil sie vielleicht einzelnen Menschen dann wehtun. Aber man kann das natürlich auch mit Seminaren, mit Workshops in den Schulen verstärken. Aber es ist jetzt nicht so, dass irgendwie jetzt die große Behindertenfeindlichkeit in unseren Schulen ausgebrochen ist, das möchte ich schon hier betonen, Gott sei Dank nicht. Aber eben dringlich ist es nicht, inhaltlich ist es durchaus sinnvoll. Und wenn wir einen Bedarf haben an den Grazer Pflichtschulen, und das sieht „Selbstbestimmt Leben“ sehr wohl so, bin ich gerne bereit, ein Projekt über unsere städtischen Mittel auch zu fördern. Da brauchen wir nicht nur ans Land herantreten.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Danke. Weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, möchtest du noch zum Antrag selbst ein Schlusswort? Bitte.

**Gemeinderat Ulrich:**

Ja, das sind ja bisher einmal sehr gute Nachrichten, lieber Kurt. Ich bin nach wie vor ein bisschen verwundert, weil du ja selber jetzt auch in deiner Wortmeldung ausgeführt hast, dass du sehr wohl in Kenntnis darüber gesetzt worden bist, dass die Selbstvertreterinnen und -vertreter hier dazu bereits Aktionen planen. Also nach wie vor, warum das jetzt nicht dringlich sein soll, entschließt sie mir nicht ganz, aber ist ok. Ich freue mich sehr, dass ihr zustimmt, wirklich. Was den Herrn Landesrat Werner Amon angeht, bin ich der fixen Überzeugung, dass er natürlich in der Thematik sensibel



genug ist und das nicht selbstständig in die Hand nehmen wird, sondern dass das ein Auftrag an die Selbstvertreterinnen und -vertreter ist, diese Workshops herauszuarbeiten, aber da bin ich davon ausgegangen, dass das sowieso klar ist. Was noch diese Veranstaltung von gestern angeht, und deshalb finde ich das schon wichtig, dass wir diesen Antrag stellen, du kriegst das als Inklusionsstadtrat natürlich immer wieder mit, dass man mit Inklusionsthemen medial, auch wenn sie noch so wichtig ist, kaum durchkommt. Ich habe mich dann informiert, weil ich habe gestern leider nicht teilnehmen können an der Veranstaltung im Steiermarkhof, habe heute die medialen Berichterstattungen zu dieser tollen Veranstaltung gesucht und wurde nicht fündig, warum? Weil halt wieder nicht berichtet wird. Das Problem haben wir allgemein, dass im Inklusionsbereich, der kommt eigentlich immer nur dann vor, wenn irgendwelche Special Olympics anstehen. Dann sucht man sich welche heraus mit schönen Bildern und die ganze Arbeit, die wir das restliche Jahr verbringen, um den Menschen auch eine gerechtere Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen, wird medial ganz selten berichtet. Deshalb auch die Wichtigkeit dieses Antrags, wenn dann im Herbst von den Selbstvertretungen und auch von dir, lieber Kurt, diese Thematiken vorangetrieben werden, dass wir den Ableismus begegnen, dann macht es doch Sinn, dass man von Anfang an da mit ein bisschen einem Trommelfeuer vorgeht, dass man überhaupt dann fortkommt, weil sonst macht man dann wieder eine Pressekonferenz, da kommt niemand, wenn man ein Pech hat, haben wir auch schon gehabt. Deshalb sehe ich das sehr wohl als dringlich und als inhaltlich wichtig, dass wir sofort beginnen und tatsächlich alle Möglichkeiten nutzen, um dieses Thema voranzutreiben. Vielen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke auch. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag, wer ist dafür?

Gegenprobe, der Antrag ist somit einstimmig angenommen, herzlichen Dank dafür.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

Nächster Antragsteller ist der Herr Gemeinderat Stücklschweiger. Er stellt den Dringlichen Antrag zum Thema Volksgarten und die Einrichtung einer Schutzzone.

## **8.2 Einrichtung einer Schutzzone im Volksgarten (GR Stücklschweiger, ÖVP)**

Gemeinderat **Stücklschweiger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher.

Wenn ich an das Bild eines Parks denke, was sehe ich dann vor mir? Ich sehe vor mir viele spielende Kinder, ich sehe Familien-Picknicks, ich sehe vor mir Menschen, die im Park tanzen, Yoga betreiben, Sport betreiben, Fußball spielen, Sportplätze nutzen und nicht dort Angst haben müssen, wenn sie sich dort aufhalten.

Im Grazer Volksgarten zeichnet sich leider seit vielen, vielen Wochen, Monaten, man könnte schon fast sagen, fast wieder Jahren, leider ein ganz anderes Bild, nämlich ein sehr abschreckendes Bild. Auf der einen Seite ist es so, dass immer größer werdende Gruppen vorwiegend aus Männern bestehend Straßenwege und Brücken blockieren, sodass das Durchgehen, das Durchqueren von einem Park, vor allem für Frauen und vor allem auch für Kinder, immer mehr, ich möchte schon fast sagen, weil ich viele Situationen kenne, zu Gefahr wird, jedenfalls aber mit Angst behaftet ist.

Es ist so, dass je später der Tag oder je früher die Nacht, desto häufiger treten immer lautere Auseinandersetzungen auf. Man hört, wenn man die Bewohner und Bewohnerinnen, die rund um den Volksgarten leben, fragt, immer mehr davon, dass

heftige Auseinandersetzungen schreiend passieren. Die Leute werden quasi auch dadurch schon aus ihrem Schlaf gerissen. Traurige Höhepunkte dieser ganzen Szenarien sind dann Auseinandersetzungen mit tödlichem Ausgang. Wir haben, glaube ich, alle aus den Medien vernommen, die Messerattacke mit tödlichem Ausgang, die erst vor ein paar Wochen passiert ist.

Auch der ganze Handel mit Drogen im Volksgarten hat sich wirklich heftig verändert. Vor einiger Zeit, Drogenhandel war ja eigentlich immer ein Problem im Volksgarten oder oft ein Problem im Volksgarten, hat sich aber dahingehend entwickelt, dass er nicht mehr verdeckt stattfindet. Mittlerweile ist es so, dass wenn man durch den Park geht, am helllichten Tag, ein Bekannter hat mir das gestern noch erzählt, als ich ihm davon erzählt habe, dass ich den Antrag einbringe, er ist am helllichten Tag im Volksgarten fünfmal angesprochen worden. Und nicht irgendwie verdeckt, sondern ganz offensichtlich sind ihm Drogen angeboten worden.

Und das Tüpfelchen auf dem I ist dann, dass man Drogenutensilien, wie zum Beispiel gebrauchte Spritzen, in der Sandkiste oder im Sandspielbereich des Parks, im Spielplatz wiederfindet. Oder dass man in der Früh Weckdienst spielen kann für drogenkranke Menschen, die am Kinderspielplatz, in dem schönen, neu errichteten Kinderspielplatz mit dem Flugzeug, drinnen schlafend vorfindet. Wenn ich dort mit meinem Kind in der Früh schon hingehen möchte, am Wochenende, habe ich ein Problem, weil der Platz einfach besetzt wird von drogenkranken Menschen.

Ich kann auch nur aus meinem eigenen Umfeld ein paar Beispiele bringen. Viele wissen, ich wohne neben dem Volksgarten und habe dementsprechend auch in wirklich sehr, sehr vielen Gesprächen einiges geschildert bekommen. Jedes Mal, wenn ich frage, weil es irgendwann einmal geheißen hat, die Polizei hat nicht genügend Anzeigen sammeln können in der Vergangenheit, ich sage Ihnen, warum das so ist, wenn das wirklich so ist. Das hat damit zu tun, dass die Leute Angst haben. Die Leute haben Angst zur Polizei zu gehen, weil die Menschen, die dort wohnen, die Menschen, die um den Park leben oder die Menschen, die gerne in dem Park verweilen würden,

die haben das Thema, dass sie einfach auch erkannt werden. Also mein Nachbar zum Beispiel, der geht dort jeden Tag durch, der will gar nicht zur Polizei gehen, weil wenn die Polizei eingreift und er damit verbunden wird, dann muss er Angst haben. Dann muss er noch mehr Angst haben als eh schon vorhanden. Ein Beispiel: Dieser Nachbar hat zwei Kinder und geht mit ihnen am Wochenende durch diesen Park. Sein sechsjähriges Kind fährt am Fahrrad, es kommt zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen zwei verschiedenen größeren Gruppen an Männer, und das Kind wird da mithineingezogen. Während des Fahrens wird es von seinem Rad geschubst, weil sich zwei Leute herum geschupft haben. Das ist kein Park, oder eine Lebensqualität in einem Park oder Aufenthaltsqualität, wie ich sie mir vorstelle.

Zweites Szenario: Eine andere Nachbarin, ebenfalls aus dem Wohnblock, in dem ich wohne, erzählt mir, dass ihr Mann vom Arbeiten nach Hause kommt, mit dem Auto in der Doblbergasse einparkt. Die Doblbergasse ist quasi einer der Eingangsbereiche zum Volksgarten. Dort am Ende der Doblbergasse sein Auto einparkt und die Hintertüre aufgeht und sich ein Drogendealer in sein Auto hineinsetzt und ihm Drogen anbietet. Auch auf mehrmalige Aufforderung steigt der Drogendealer nicht aus dem Auto aus. Das sind einfach Szenarien und das sind wahrscheinlich nur, also das sind zwei Beispiele, die ich persönlich kenne und ich bin auch selbst ganz individuell quasi betroffen gewesen, voriges Jahr, und wir haben letztes Jahr ja auch schon einen Antrag eingebracht, wo ich das schon einmal geschildert habe, meine Familie inklusive meiner Kinder sind von einem ganz offensichtlich drogenabhängigen Menschen im Volksgarten mit dem Umbringen bedroht worden. Jetzt sagen Sie mir bitte noch einmal, dass die ganzen Maßnahmen, die ich alle ganz grundsätzlich ganz gut finde, die bis jetzt beschlossen worden sind, gegen diese ganzen Aktivitäten wirken sollen, das glaube ich persönlich nicht.

Wir hatten schon eine Schutzzone, das wissen wir alle. Ich kann Ihnen sagen, dass von März 2019 bis Februar 2020 von der Polizei insgesamt mehr als 550 Betretungsverbote für die beiden Schutz zonen, damals Metahofpark und Volksgarten, ausgesprochen

worden sind. Die Polizei 86 Personen festnehmen hat können, 360-mal Suchtmittel sichergestellt worden sind, mehr als 1000 Anzeigen wegen verschiedener Delikte, davon 320 im Zusammenhang mit Suchtmitteln ausgesprochen worden sind. Durch die Verordnung der Schutzzone hat sich die Situation wirklich gebessert, und zwar eindeutig.

Und aus diesen Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsklubs den

**Dringlichen Antrag,**

der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich für die Errichtung einer Schutzzone gemäß § 36a SPG. entsprechend in der Vergangenheit bewährten Modellen aus.

Punkt 2, Frau Bürgermeisterin Elke Kahr wird beauftragt, eine Möglichkeit zu prüfen, eine Videoüberwachung für jene Zonen, die häufig von Familien frequentiert werden, zu überprüfen, zum Beispiel der Kinderspielplatz, und dort eben auch zu installieren.

Die zuständigen Stellen werden gebeten, zu prüfen, ob ein Alkoholverbot im Volksgarten als Sofortmaßnahme ausgesprochen werden kann. Vielen Dank.

***Originaltext des Dringlichen Antrages:***

*Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsklubs den*

***Dringlichen Antrag:***

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich für die Errichtung einer Schutzzone gemäß § 36a SPG – entsprechend den in der Vergangenheit bewährten Modellen - aus!*
- 2. Bürgermeisterin Elke Kahr wird beauftragt, eine Möglichkeit zu prüfen eine Videoüberwachung für jene Zonen, die häufig von Familien frequentiert werden (z. B: Kinderspielplatz), zu installieren.*

- 3. Die zuständigen Stellen werden gebeten zu prüfen, ob ein Alkoholverbot im Volksgarten als Sofortmaßnahme ausgesprochen werden kann.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Ich bitte um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Herr Gemeinderat Winter.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werter Antragsteller. Ja, das Thema ist dringlich. Ja, die Problematik an sich ist dringlich. Aber ich glaube, jeder, der mich kennt, weiß auch, dass ich ein großer Anhänger von sehr klaren und sehr direkten Worten bin. Und wenn ich in diesem Antrag lese, dass, Zitat: „Größere Gruppen vorwiegend aus Männern die Probleme verursachen“, wenn, Zitat: „Der Lebensstil der Menschen, die im Volksgarten aktiv sind, nicht akzeptabel wäre“ und „Wenn das raue und rücksichtslose Verhalten dieser Personen zunehmen würde“, dann kann ich all diese Zitate eigentlich nur als sehr schwammige Formulierungen von der Realität bezeichnen, die wir ganz klar eigentlich anders benennen müssten. Natürlich sind diese Diagnosen richtig, aber im Endeffekt sind es systemrelevante Ursachen, die eigentlich zu diesen Problemen geführt haben und nennen wir das Kind eigentlich beim Namen. Wie schaut es im Volksgarten, wie schaut es in diesen ganzen Problembereichen wirklich aus?

Diese Problembereiche sind größtenteils auch die Folge einer völlig gescheiterten Integration. Wir haben in diesen Bereichen Gebiete, wo kein Wort Deutsch mehr gesprochen wird. Wir haben auch die Folge einer Überfremdung und natürlich haben wir auch - und das ist die Folge davon - Kriminalität, Drogenproblematik und im

Endeffekt ein asoziales Verhalten von all diesen Gruppen, die hier auch schemenhaft umrissen werden in diesem Antrag.

Und es ist schon ein gewisses Maß an Scheinheiligkeit dabei, wenn die ÖVP hierhergeht und sagt, wir werden die Symptome bekämpfen, wo sie eigentlich die Ursachen mitverursacht haben. 2015 war eines der wesentlichen Gründe, wo die ÖVP immer dabei war. Wir haben diese jahrzehntelange Überfremdung, die genau diese Probleme in diesen Vierteln verursacht hat und genau diese Kriminalität zu einem gewissen Maß und eigentlich zu einem überwiegenden Maß auch verursacht hat. Und jetzt sozusagen den Betroffenen zu spielen und zu sagen, ok, ich lebe in der Nähe und bekomme die Realitäten wirklich mit, ist eigentlich als Opfer der eigenen Politik zu bezeichnen, die man da jetzt über Jahre zumindest mitunterstützt hat. Und das spricht schon für eine gewisse Scheinheiligkeit, dass man nicht hergeht und sagt, ja, ich bin auch mit schuld an diesen ganzen Themen und mit schuld an diesen ganzen Problemen, aber dann sozusagen als kleine, dennoch jetzt irgendwie mögliche Lösung, die Schutzzone vorschlägt, ja, sie ist besser als nichts, daher werden wir den Antrag auch unterstützen, aber eine gewisse Ehrlichkeit, die man auch an den Tag legen müsste, wäre, wenn der Antragsteller sich herstellen würde und sagen würde, ja, ich bin schuld daran, ich bin Mitschuld daran, unsere Partei ist Mitschuld daran, dass diese Gesellschaft, diese Überfremdung in diesem Ausmaß, diese Kriminalität in diesem Ausmaß auch so passiert ist, wie sie jetzt gegenwärtig gegeben ist.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Bitte Frau Gemeinderätin Robosch.

Gemeinderätin **Robosch**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte gar nichts zu diesem Vorredner sagen, dazu ist auch nichts zu sagen, ich möchte nur etwas zu diesem Antrag sagen. Ich glaube, niemand in Graz und niemand in unserer Koalition negiert, dass es Fälle gibt im Volksgarten, die nicht ok sind, die nicht hinzunehmen sind, wo Maßnahmen getroffen werden müssen. Punkt.

Wir selbst als SPÖ sind in klarer Weise mit unserem Büro dort vor Ort und kriegen das jeden Tag mit, dass es Gruppen gibt, die sich sehr laut zeigen, die auch quasi zu Konflikten führen. Niemand stellt sich daher und möchte das negieren.

Das Einzige, worum ich jetzt hier raufgekommen bin und warum wir auch diese Dringlichkeit nicht mittragen können, ist, weil selbst der Lend-Polizeikommandant oder wie auch immer das heißt, der ist immer wieder auch bei den Lend-Bezirksversammlungen dabei und hat dort schon mehrmals auf Anfrage der Bürger:innen gesagt, er will keine weitere Schutzzone, weil die Schutzzone macht die Arbeit der Polizei schwerer und nicht leichter. Sie verdrängt nämlich die Probleme und verdrängt sie in die Nebengassen und verdrängt sie auch in die Bereiche, wo sie dann als Polizei gar nicht sichtbar sind. Demzufolge können wir nur sagen, wir haben da schon Schritte gesetzt, die Frau Bürgermeisterin hat da auch schon selbst Schritte dazu gesetzt, von denen wir eben auch quasi glauben, dass sie hilfreicher sind, aber eine Schutzzone ist es nicht.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke Anna Robosch. Zeynep bitte.



Gemeinderätin **Aygan-Romaner:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, liebe Stadtregierung, lieber Stefan, ich war ja bei dieser Versammlung zur Problematik im Volksgarten selber anwesend und ich gehe auch immer wieder durch den Volksgarten, bin mit meinen Kindern immer wieder dort. Ich muss schon sagen, wenn du das so schreibst, ich sehe keine Spur von Ausuferndem Familienglück oder nur wenige Menschen die sich gerne zu Sport, Tanz oder Yoga treffen. Da bin ich schon sehr verwundert, weil eigentlich, wenn man durchgeht, sieht man dort schon viele Familien, die dort sitzen, die Picknicken, die mit den Kindern im Park sind. Bei dieser Buddha-Statue war die Yoga-Gruppe. Die sind alle auf der Wiese gelegen. Also, das hat sehr friedlich ausgesehen. Und natürlich, da muss ich auch zugeben, im Hintergrund war dann eine Gruppe Jugendlicher, die vielleicht gedealt haben, weil ich werde nie angesprochen. Also, das muss ich auch dazu sagen. Und dann, Herr Kollege Winter, das so hinzustellen, als wäre das ein kulturelles Problem im Park, das bin ich auch total dagegen. Weil genau dieser Park wird von unglaublich vielen Kulturen genutzt und das ist eigentlich ein friedliches Miteinander. Es ist dort kein kulturelles Problem, es ist ein Drogenproblem. Es ist ein Drogenproblem und Drogenprobleme können wir auf kommunaler Ebene mit Maßnahmen in den Griff kriegen. Insofern in den Griff kriegen, dass wir einfach als Stadt, als Kommune, als die Aktiven in dieser Gegend einfach den Park bespielen, dort zeigen, hey Leute, wir wohnen da, wir leben da, der Park gehört uns. Und dann gibt es die Ordnungswache, die da durchgeht und die Polizei, die hat dort eine Schutzzone errichtet. Aber die Schutzzone hat dazu geführt, dass das Drogenproblem in die Nebengassen verschoben wurde oder in andere Parks verschoben wurde. Und das bringt laut Polizei, wie meine Kollegin Anna auch schon gesagt hat, gar nichts oder nicht so viel, wie es eigentlich bringen sollte. Das ist ein Kriminaldelikt und ein Drogenproblem, muss auf diese Ebene auch gelöst werden und da können wir als Kommune das gar nicht machen, weil wir nicht die Instrumente dazu haben.

*Zwischenruf*

Gemeinderätin **Aygan-Romaner**:

Wir schauen ja gar nicht zu. Es gibt, die Bürgermeisterin wird vielleicht noch etwas dazu sagen, also, es gibt ein unglaubliches Maßnahmenpaket und es sind sehr, sehr viele engagierte Menschen, die an diesem Abend auch da waren. Zu sagen, dass alle eine Schutzzone wollen, das stimmt überhaupt nicht, weil von den 100 Leuten, die da anwesend waren, waren fünf Personen, die zehnmal geschrien haben "Schutzzone, Schutzzone" und 30 Personen, die gesagt haben, "Ich möchte in diesem Park leben, ich möchte in diesem Park Ansprechpersonen haben, ich möchte in diesem Park einfach mich wohlfühlen, wie ich mich eigentlich bisher auch wohlfühlt habe." Deswegen bin ich dabei bei diesen Maßnahmen, die ausgerollt werden und entwickelt werden. Deswegen danke, dass du dir Gedanken darüber machst. Das machen wir uns alle, weil uns das allen sein Anliegen ist, aber mit dem Antrag können wir nicht mitgehen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich möchte den Vorsitz an meine Vizebürgermeisterin übergeben.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte, ich übernehme den Vorsitz.

***Vorsitzwechsel – VizeBgm Mag. Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.59 Uhr).***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Stücklschweiger, liebe Kollegen, alle, die sich auch zu Wort gemeldet haben. Ich bin erstens wirklich froh, dass Sie den Antrag stellen. Auch wenn ich der Dringlichkeit nicht zustimme, ist es gut, dass Sie die Initiative hier in den Gemeinderat bringen, weil es mir die Möglichkeit gibt, ein weiteres Mal zum Volksgarten ausführlicher zu reden. Und wenn wir diese Sorgen, die Sie hier ansprechen, auch wirklich seriös und ernsthaft bereden möchten, dann braucht das halt auch Zeit. Ich werde diese nicht haben, um das alles so weit auszuholen, wie es notwendig ist, weil das einfach so viel Facetten hat.

Und die Polizei, mit der ich seit letztem Jahr im Frühjahr zu diesem Thema ständig im Austausch bin und jeden Schritt, den wir hier gesetzt haben, auch immer in Abstimmung mit der Polizei machen, ist sehr dankbar, dass wir diesen Weg so gehen, wie wir ihn gehen.

In aller Kürze: Ich sage das nur in einem Eilzugstempo. Seit letztem Jahr, eigentlich müssten es diejenigen wissen, die in der Stadtregierung sind, immer bei der Erweiterten, weil es einen Zwischenbericht gegeben hat, der sehr umfangreich war, der auf Antrag des Sozialamtes erfolgt ist. Es ist über Monate hindurch genau diese Befundung, die wir aus, wenn man hingehört hat und durchgegangen ist, eh gesehen hat, dass es dort ein Problem mit der Dealerei gibt. Das ist eine Realität, das braucht man nicht weg reden. Das kann man auch ganz konkret benennen, es sind Großteils oft noch Minderjährige, aber auch Volljährige, fast ausschließlich migrantische junge Menschen. Das ist eine Realität, aber nicht jeder Jugendliche, der sich dort aufhält, ist deshalb auch ein Dealer. Das ist nur oft auch so, weil das eine Begriffsverwirrung ist. Es wird oft gesagt: Der Volksgarten wird nicht mehr genutzt. Der Volksgarten wird viel genutzt. Also der ist überproportional voll. Er wird nur auch zu stark genau von der Gruppe genutzt, die dort dealt, in einem Ausmaß, wo es tatsächlich Maßnahmen braucht und zwar dringend und deshalb sind wir das auch sehr umfassend angegangen. Diese Befundung ist alles richtig und es ist einfach nicht angenehm, wenn man, egal wer von

uns dort angesprochen worden ist oder nicht, sondern wenn Menschen angesprochen werden, ob jetzt minderjährig oder volljährig, egal woher, ob man irgendetwas haben will. Es ist ein unangenehmes Gefühl.

Ich sage dann später alles zur Schutzzone, und erlauben Sie mir, dass ich hier ein bisschen ausführlicher bin. Was aber ganz klar ist: Die Parkanlage an sich, und das ist eine Befundung, die es schon seit Langem gibt, ist nicht, unabhängig von den Drogenproblemen, optimal. Also die Gestaltung des Parks. Jetzt werden wir aber den Park nicht komplett ummodellieren können, aber es ist ein Gestaltungskonzept notwendig. Das werden wir heuer nicht auf den Weg kriegen, aber es gibt Maßnahmen schon. Es ist zu wenig beleuchtet, es ist zu wenig einsichtig, der Park, es sind viel zu viele Nischen, wo die Leute Unsicherheitsgefühle haben und diese Sachen, sagt auch die Polizei schon seit Längerem, und zwar unabhängig von der Drohnenproblematik, dass das ein subjektives Unsicherheitsgefühl auslöst.

Des Weiteren ist: Wir haben aufgrund der Punktation - das ist eine riesige Ergebnisstudie gewesen, mit Sicher Leben und dem Sozialamt - haben wir bereits die Parkinfrastruktur verbessert. Mit der Sanierung der WC-Anlage - ich weiß nicht, ob manche dort jemals waren - die war katastrophal. Wir haben heuer im Gemeinderat beschlossen, dass die WC-Anlage neu saniert wird und ein weiterer Trinkbrunnen dankenswerterweise durch Kollegin Schwentner beauftragt worden ist. Die Reinigung des Parks ist in den letzten Monaten intensiviert worden und die Beleuchtung wird adaptiert, in Absprache mit der Polizei. Diese hat nämlich genau gesagt, wie das Beleuchtungssystem ausgerichtet werden muss. Was ihre Aufgabe nämlich ist, nämlich jene, die Suchtmittel verkaufen, auch besser zu erreichen. Die sozialpolitischen Maßnahmen, die unabdingbar sind, und dass die Polizei auch immer wieder sagt, dass das die Grundvoraussetzung ist, damit sie auch gut arbeiten können, sind, dass wir die Ordnungswache um vier Personen aufgestockt haben. Also das, was man klassisch Parkwächter sieht oder sich gewünscht hat, Erfolg dort. Diese Ordnungswache ist jeden Tag von Montag bis Samstag dort. In Abstimmung zeitlich auch mit der Polizei,

wird das jetzt vorerst einmal, außer es stellt sich nach einer gewissen Zeit heraus, es braucht Adaptierungen in die Nacht hinein oder auch früher, aber derzeit ist es von Montag bis Samstag von 14 bis 21 Uhr und sind für jeden und jede, die sich im Park aufhalten, nicht nur Ansprechpartner, sondern sie werden dort, wo sie auch aktiv agieren können, auch einschreiten.

Weiters: Das Friedensbüro ist eigentlich das Wichtigste, die sind mit der Koordinierung aller Aufgaben rund um den Volksgarten beauftragt worden von mir, sind auch schon tätig. Es wird unmittelbar neben dem Volksgarten ein Büro geben, wo regelmäßig dann für die Anrainer und Leute, die auch sich im Volksgarten bewegen, das Friedensbüro ansprechbar ist. Sie sind jeden Mittwoch jetzt schon im Volksgarten und werden in einem Monat auch durch die mobile Streetwork dort noch präsent sein und was das Wichtigste ist, vor allem, dass dort auch Leute sind, die von der Sprachenvielfalt sozusagen auch hier begleitend für Minderjährige auch da sind.

Das kann ich da öffentlich nicht sagen, aber wir sind auch im Gespräch mit Einrichtungen, weil es diejenigen, die dort auch tätig sind in der Weise, wie wir es uns nicht wünschen, um das jetzt vielleicht so zu sagen, die leben ja wo auch, die wohnen auch wo und auch dort versuchen wir anzusetzen, dass diese jungen Menschen erst gar nicht angewiesen sind, das klingt auch so absurd, weil die leben ja derzeit von einem Taschengeld, warten jahrelang auf einen positiven Asylbescheid, das ist eigentlich oft ein Witz, weil es viel zu lange dauert und die sollten eigentlich gar nicht angewiesen sein, durch den Verkauf von Suchtmittel das Taschengeld oder wie immer auch aufzubessern und deshalb muss man auch dort ansetzen mit einem Projekt, wo wir gerade im Gespräch sind, was auch läuft mit dem AMS, um sie frühzeitig in Beschäftigung zu bringen. Das ist aber eine Nebensache und wenn Sie das näher interessiert, können wir das gerne einmal in einem Ausschuss oder in einer Arbeitsgruppe besprechen. Derzeit findet auch montags zusätzlich noch eine Parkbetreuung durch „Fratz Graz“ statt, jeden Nachmittag.

Es ist auch durch die Arbeitsgruppe, die durch alle Ämter und NGOs auch da ist, es ist angedacht, ein mobiles Café dort, eine Essens-Station anzubringen. Die Kirche möchte sich aktiv einbringen, dort auch mit angeboten. Sprich: Es ist ein breites Spektrum an Vereinen, NGOs, städtischen Abteilungen da, die das, wie gesagt, was die Polizei ja sagt, es braucht Maßnahmen, ein breites Parket, um den Park für Menschen wieder attraktiver zu machen, dass sie sich nicht fürchten müssen, dass sie Platz greifen, damit das, was nämlich unisono und mehrheitlich auch bei der Versammlung im Mai, die ich durchgeführt habe in der Arbeiterkammer, und wo mehr als 100 Anrainer:innen dort waren, die den Park in- und auswendig kennen und wirklich wissen, was dort auch passiert, und unisono, das auch geteilt wurde und unterstützt wurde, was wir hier sagen, dass nämlich der Park wieder rückerobert werden muss, also für die Mehrheit der Bevölkerung. Genau das machen wir, und das ist auch das, was die Stadt machen kann, weil noch einmal, wir sind nicht die Polizei.

Und jetzt kommen wir zu dem eigentlichen Antrag selbst, zu den drei Punkten. Noch einmal, ich lese es jetzt nicht vor, weil sonst bin ich zu lange, aber die Schutzzone wird als aller, aller, aller worst case von der Polizei, und das sagt, ob das der Herr Heiland, Stadtpolizeikommandant ist, ob das der Oberstleutnant Gutschli ist, ob das der Herr Bezirksinspektor ist, ob das der anwesende Polizist auch bei der Bezirksversammlung war, der das dort auch vor versammelter Menge gesagt hat. Die sind froh und dankbar, dass wir das jetzt machen, weil es ihnen hilft. Die Schutzzone ist eine temporäre Geschichte, wird das Problem in der Ursache nie lösen. Es ist eine zeitlich begrenzte Sache von sechs Monaten und führt nur zu einer Verdrängung an einen anderen Ort, das müsste man sonst flächendeckend in ganz Graz machen.

Deswegen setzen Sie auf dieses Paket, was wir hier angehen und wichtig ist auch, dass Sie das vielleicht wissen, es wird eine Informationsveranstaltung, genau zu dem Thema der Schutzzone, die wir organisieren gemeinsam mit der Polizei auch mit den Parkbesuchern und mit den Anrainer:innen demnächst geben, weil, damit man einmal diese Mehr- oder diese Schutzzonen-Thematik von Seiten der Polizei ganz klar

anspricht, was das für einen Sinn hat und dass das allein die Grundproblematik nicht löst, ist übrigens ein Vorschlag der Polizei selbst gewesen.

Wichtig ist aber in der Runde eines zu sagen, was auf keinen Fall geht, weil den Gedanken haben wir in der Arbeitsgruppe übrigens auch gehabt, das ist das Einrichten einer Kamera, das können wir als Stadt nicht machen. Ich habe hier extra noch einmal rechtlich beim Präsidialamt, leider, das können wir nicht am Spielplatz machen. Eine Kamera kann nur die Polizei installieren, das können wir von der Stadt Graz nicht machen und ob Sie das für sinnvoll halten, das werden wir in der nächsten Runde, können wir das gerne besprechen, weil noch einmal, es gibt eine dauernde Arbeitsgruppe zwischen Polizei und den städtischen Abteilungen zum Volksgarten. Es sind noch viele Sachen, aber ich habe jetzt schon zu lange gesprochen. Was auf jeden Fall wichtig ist: Es wird im September wieder die nächste große Runde geben mit der Bewohnerschaft, um auch die Zwischenschritte und das alles, was wir gemacht haben, zu schauen, ist es zu einer Verbesserung gekommen, ja oder nein, weil den Prozess halte ich wirklich für wichtig. Nicht irgendeine ad hoc Sache zu machen, sondern das braucht jahrelange Begleitung und jetzt auch dranbleiben. Das ist nichts, was man mit einem Schnellschuss löst, und das ist ein Prozess, der gemeinsam auch mit dem Bezirksrat Lend erfolgt. Das ist mir auch wichtig zu sagen: Die Einladung am Mittwoch ist auch von meiner Seite gemeinsam mit dem Bezirksrat gemacht worden, und ich lade sie wirklich immer ein, da auch dazuzukommen, weil dann berichtet man nicht etwas über dritter Hand. Noch einmal Schutzzone und Danke, Zeynep, dass du das erwähnt hast, waren exakt fünf Personen, die das dort gefordert haben, unter anderem auch der Bezirksvorsteher, Kollege Greiner. Der halt das als einen Weg sieht, aber noch einmal die Polizei lehnt das und ich kann dir da gerne die schriftliche Stellungnahme von der Polizei geben, definitiv, das derzeit ab.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Danke. Ich übergebe das Wort wieder der Bürgermeisterin.

***Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz (16.12 Uhr).***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön und ich darf selbstverständlich dem Gemeinderat Stücklschweiger das Schlusswort übergeben.

Gemeinderat **Stücklschweiger**:

Frau Bürgermeisterin, vielen Dank für die ausführliche, sehr, sehr ausführliche Ausführung, ich habe gar nicht so viel mitschreiben können, weil es so ausführlich war, deswegen sage ich nur, schade in jegliche Richtung, ich habe es eh in meiner Wortmeldung vorher auch schon gesagt, ich finde grundsätzlich sehr viele Maßnahmen, die Sie setzen, wirklich gut, aber ich glaube einfach schlicht und ergreifend nicht, dass es ausreichend ist und ich hoffe, dass wir nicht warten müssen, bis wirklich noch viel schlimmere Dinge oder häufiger schlimmere Dinge passieren. Ich würde Sie auch bitten, weil Sie gesagt haben, Sie beziehen die Leute mit ein: Ich weiß vom Kindergarten Kinkgasse, weil Sie gesagt haben, Sie beziehen die Betroffenen mit ein, die haben dort quasi ein Spielareal und die sind damit konfrontiert, dass sie immer wieder Spritzen finden. Sie warten bis heute darauf, dass sie einbezogen werden. Ich würde Sie bitten, vielleicht können Sie sich dort auch einmal melden, damit auch die die Situation und ihre Probleme schildern können.

Die Anna Robosch hat vorher gesagt, sie möchte auf die Wortmeldung vom Kollegen Winter nicht eingehen. Ich möchte schon darauf eingehen, und zwar nicht, weil du mich da beschuldigt hast, dass ich persönlich schuldig bin an der ganzen Situation. Ich möchte, das hat gar nicht so sehr etwas mit der Sache zu tun, auf die Wortmeldung



eingehen, weil du das Wort Überfremdung verwendet hast und ich würde da ganz gerne eine Definition vorlesen. „Überfremdung ist ein politisches Schlagwort, das im deutschen Sprachraum ein Übergewicht von als fremd- und schädlich bewerteten Einflüssen auf Gesellschaft, Kultur, Nation oder Sprache bezeichnet. Im Rechtsextremismus wird der Ausdruck im Zusammenhang mit Ausländer- und fremdenfeindlichen Forderungen, Maßnahmen und Zielen benutzt“. Ich finde es echt ziemlich traurig, dass du so eine Sprache im Gemeinderat verwendest. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Der Kindergarten Kinkgasse ist auch auf der To-Do-Liste des Friedensbüro. Noch einmal, die mit der Koordination dieser ganzen Sachen beauftragt sind. Ansonsten darf ich bitten, Sie jetzt um die Abstimmung zur Dringlichkeit. Wer ist dafür? Gegenprobe ist mehrheitlich abgelehnt.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, NEOS, Eustacchio).***

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Topf. Hier geht es um das Sachprogramm Grazer Bäche und die Einbeziehung der Bezirksvertretungen.

### **8.3 Aktualisierung Sachprogramm Grazer Bäche – Einbeziehung der Bezirksvertretungen (GR Topf, ÖVP)**

Gemeinderat **Topf**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, an den Geräten und auf der Tribüne, es geht in meinem Dringlichen Antrag um die Aktualisierung des Sachprogramms Grazer Bäche und insbesondere auch um die Einbeziehung der Bezirksvertretungen, die ja vor Ort durchaus einen höheren Kenntnisstand haben und den auch einbringen möchten.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, das Sachprogramm Grazer Bäche ist ein Arbeitsprogramm - das ist der gleiche Einleitungssatz, wenn ich das sagen darf, zu meinem Dringlichen Antrag bereits im November des heutigen Jahres. Die Ziele werden dort formuliert: Hochwasser betroffene Bauobjekte schützen, ökologische Funktionsfähigkeit der Bäche wiederherstellen, Bäche als Naherholungsraum für die Bevölkerung erlebbar machen, das Kanalsystem der Stadt entlasten, auch ein wichtiger Punkt, Naturverbundenheit der Bevölkerung stärken und die Bäche wieder ins Bewusstsein der Menschen rücken. Das ist sozusagen auch das Zielprogramm des Sachprogramms Grazer Bäche.

Dringend geboten erscheint hier endlich der rasche Ausbau von Hochwasserschutzmaßnahmen. Diesbezüglich haben wir bereits im November letzten Jahres dringlich beispielhaft eben zwei Bäche genannt, nämlich im Bezirk Gries, das war insbesondere der Ragnitzbach und der Stiftingtal Bach, und um eine Aktualisierung seinerzeit schon im November des Sachprogramms Grazer Bäche ersucht. Unserem diesbezüglichen Antrag wurde bedauerlicherweise von der Regierungskoalition die Mehrheit versagt, die Kollegin Würz-Stalder hat eben gemeint, dass diese beiden Bäche nicht eine hohe Sanierungspriorität aufweisen würden. Ich habe diese beiden Bäche beispielhaft aufgrund der Situation dort genannt, eine Beurteilung, die dort betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner mit Sicherheit anders gesehen haben.

Also, die beiden Bäche habe ich beispielhaft genannt und das wurde eben bei der letzten Diskussion meines Dringlichen Antrages im November eben abgelehnt. Eingedenk der Ereignisse vom letzten Samstag, an dem es insbesondere im Bezirk Andritz, Mariatrost und Gries, wie auch in anderen Grazer Bezirken, zu überaus kritischen und bedrohlichen Situationen gekommen ist, erscheint es uns daher dringend geboten, und deshalb heute wieder der Dringliche Antrag, nochmals auf die rasche Umsetzung eines angepassten Ausbauprogramms hinzuweisen. Neben den erwähnten Bächen gibt es auch andere zahlreiche Bäche, die jetzt betroffen waren mit einem gleichgearteten Gefährdungspotenzial, der Thaler Bach, der Katzelbach, Schöckelbachweg, hier mehrere Bäche angeführt, auch Mariatroster Bach, Josefbach, Rettenbach, Andritzbach, also eine Fülle von Bächen, die hier auch durchaus ein gleichgeartetes Gefährdungspotenzial aufweisen.

Am besten wissen sicherlich die Menschen vor Ort, Bescheid darüber, wo ein Hochwasserschutz am dringendsten voranzutreiben ist. Also ich möchte damit betonen, dass es notwendig ist, die Vorortkenntnisse mit einzubinden, mit einzubinden in die Prioritätenliste, die eben hier allenfalls verändert werden muss. Daher sollten insbesondere auch die Bezirksvertretungen, führe ich noch einmal an, in die Aktualisierung des Sachprogramms Grazer Bäche eingebunden werden. Namens des ÖVP-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

**Dringlichen Antrag:**

Die für das Sachprogramm Grazer Bäche zuständige Bürgermeisterstellvertreterin Mag. Judith Schwentner wird um eingehende Prüfung ersucht, inwieweit die nach wie vor erforderlichen Baumaßnahmen im Bereich der Grazer Bäche zu aktualisieren sind. Es geht also darum, schauen wir uns das noch einmal an, ist die Prioritätenliste und die aktuelle Liste, die derzeit vorliegt, tatsächlich dem letzten Stand entsprechend. Im Zuge dieser Prüfung sind auf jeden Fall die Bezirksvertretungen – das erscheint mir ganz wichtig- allenfalls auch die betroffene Bevölkerung zu konsultieren. Ziel ist es, ein dem letzten Erkenntnisstand entsprechendes Programm mit einem konkreten Zeitplan

zu erstellen. Bis zu der im Oktober 2024 – das haben wir gestern mit dem Herrn Klubobmann so abgesprochen, wenn ich das so sagen darf - stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung ist ein diskussionsfähiger Entwurf des letzten Erkenntnisstandes vorzulegen.

Bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages.

***Originaltext des Dringlichen Antrages:***

*Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden*

**Dringlichen Antrag:**

*Der Grazer Gemeinderat möge beschließen: Die für das Sachprogramm Grazer Bäche zuständige Bürgermeisterstellvertreterin Mag. Judith Schwentner wird um eingehende Prüfung ersucht, inwieweit die nach wie vor erforderlichen Baumaßnahmen im Bereich der Grazer Bäche zu aktualisieren sind. Im Zuge dieser Prüfung sind auf jeden Fall die Bezirksvertretungen zu konsultieren. Ziel ist es, ein dem letzten Erkenntnisstand entsprechendes Programm mit einem konkreten Zeitplan zu erstellen. Bis zu der im Oktober 2024 stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung ist ein diskussionsfähiger Entwurf vorzulegen.*

***Vorsitzwechsel – VizeBgm Mag. Schwentner übernimmt den Vorsitz (16.19 Uhr).***

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Gibt es Wortmeldungen? Bitte Frau Kollegin.

Gemeinderätin **Würz-Stalder:**

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, und die Zuseher:innen im Livestream und auf der Tribüne, auf der Galerie. Ich möchte eigentlich hier nur sagen, dass wir die Dringlichkeit in jedem Fall unterstützen. Angesichts der Ereignisse, die gerade stattgefunden haben, um das letzte Wochenende herum, muss man das unbedingt sich anschauen und die Dringlichkeit unterstützen. Zum Inhalt möchte ich aber sozusagen dann, wenn es um die inhaltliche Diskussion geht, einen Beitrag liefern mit meinem Zusatzantrag.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wünscht der Antragsteller, wahrscheinlich später, ums Schlusswort? Dann stimmen wir ab über die Dringlichkeit. Wer ist für die Dringlichkeit des Antrags? Das ist einstimmig. Gegenprobe, der Antrag ist angenommen.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen***

Zur Diskussion, wer meldet sich zu Wort? Gibt es Wortmeldungen zum Antrag selbst? Bitte Frau Gemeinderätin.

Gemeinderätin **Würz-Stalder:**

Wie schon gesagt, das Thema ist dringlich und wir werden das ja heute öfter besprechen. Wir werden zum einen noch einen Dringlichen Antrag in dieser Hinsicht besprechen und debattieren. Es gibt auch einen Antrag unsererseits zum EU-Renaturierungsgesetz und ich möchte gleich jetzt schon darauf hinweisen, denn alles,

was wir zur Problembehandlung hier debattieren, benötigt ganz grundsätzliche Entscheidungen im Hinblick auf den zukünftigen Umgang mit unseren Gewässern und den Raum, den sie benötigen. Das möchte ich hier an dieser Stelle gleich einmal vorwegnehmen.

Die Niederschlagsereignisse rund um das letzte Wochenende haben uns alle sehr betroffen gemacht. Das Leid der Betroffenen erschüttert uns und es ist auch immer wieder beeindruckend, wie doch die Nachbar:innen, Ehrenamtliche, die Feuerwehren und das Bundesheer diese Katastrophen irgendwie helfen zu bewältigen und auch dabei ganz an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gehen.

An dieser Stelle muss man wirklich danken, eines sei aber auch hier angemerkt: Es gibt Niederschlagsereignisse, deren zerstörerische Wirkung auf den Siedlungsraum auch durch die wirksamsten Schutzmaßnahmen nicht verhindert werden können.

Schutzmaßnahmen sind auf 100-jährige Ereignisse ausgelegt. Erste Auswertungen der Niederschlagsmessungen rund um das letzte Wochenende zeigen, dass dieses Niederschlagsereignis über denen eines 100-jährigen Hochwassers liegt. Die Zusammenhänge von Wassersystemen sind dabei hochkomplex und unsere Mitarbeiter:innen in der Grünraumabteilung arbeiten hochkompetent, vorausschauend in der Erfassung, der Planung und der Umsetzung des Hochwasserschutzes. Dafür möchte ich an dieser Stelle auch dem Leiter der Abteilung Grünraum und Gewässer, dem Herrn Wiener und auch dem Fachberichtsleiter, Herrn Egger-Schinnerl, wirklich ausdrücklich danken.

Im Übrigen, Herr Schinnerl hat immer wieder Kontakt mit Bezirksvertretungen. Er geht mit ihnen die Gewässer ab, er diskutiert das mit ihnen. Du, lieber Georg, Herr Gemeinderat Topf, bist Fachmann und kennst die Materie wie wahrscheinlich niemand sonst von uns Gemeinderät:innen und ich schätze dein Engagement zu diesem Thema, du weißt natürlich auch, wie komplex die Materie ist, wie viel an Fachwissen und Beschäftigung erforderlich ist und trotzdem stellst du dich jetzt hier hin und möchtest,

dass die Planung des Hochwasserschutzes und die Priorisierung der Projekte sich nach Einschätzungen der Bezirksvorsteher richten sollten.

Also ich muss da echt fragen, ist das dein Ernst? Ich selbst war Anrainerin oder bin Anrainerin in einem Gebiet, das von einer riesigen Naturkatastrophe betroffen war und ist und auch da gab es viele Treffen, viele Informationen mit den Behörden und ich wurde auch gebeten, Dinge zu beobachten, mitzuteilen, was mir auffällt. Ich wäre aber nie und nimmer damals und auch jetzt nicht, hätte ich mir da angemaßt, hier sozusagen Vorschläge zu machen, wie das zu lösen sei. Das ist zu komplex, die Wirkungszusammenhänge sind hochkomplex, das muss man wirklich an dieser Stelle mehrfach betonen.

In diesem Sinne befürworten wir natürlich, dass die persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen in den Bezirken eingebracht werden können und sie werden hier auch abgeholt. Aber diese allein reichen natürlich nicht, um sozusagen hier Lösungen zu finden. Selbstverständlich wird das Sachprogramm Grazer Bäche auch laufend nach den Erfordernissen und eventuellen Änderungen angepasst. In diesem Sinne können wir dem Dringlichen Antrag auch zustimmen.

Allerdings wird uns der Bau weiterer Rückhaltebecken, die eben zum Beispiel von Bezirksvorstehern gefordert werden, allein nicht vor solchen Extremwetterereignissen schützen, denen wir aufgrund der Klimakrise verstärkt ausgesetzt sein werden. Wir müssen grundlegende und präventiv wirkende Antworten finden, auch hier möchte ich noch einmal auf die Renaturierungsverordnung hinweisen, hier kann jeder und jede Farbe bekennen, indem er dieser Verordnung zustimmt.

Man kann aber auch Farbe bekennen, wie es wirklich steht um den Gewässerschutz und den Hochwasserschutz, wenn man sich sozusagen auch im Gemeinderat hier in die Debatte einbringt. Dementsprechend stelle ich folgenden

**Zusatzantrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich vorbehaltlich der derzeit noch ausstehenden fachlichen Einwendungsprüfung und Erledigung zu den in der Auflage

zum STEK- und FLÄWI-Änderungspaket angeführten Verordnungszielen zum verbesserten und verstärkten Schutz vor Hangwässern.

Dazu zählen die Einschränkung der bebaubaren Flächen in ausgewiesenen gefährdeten Lagen. Darüber hinaus die Ausweisung von naturbelassenen Baufreihaltezonen zur Retention entlang von Bächen sowie die Prüfung von Rückwidmungen von Bauland aufgrund von Naturgefahren, wie beispielsweise Oberflächenwasser. Weitere wichtige Maßnahmen in diesem Zusammenhang sind zum Beispiel auch die verpflichtenden Gründächer ab 60 m<sup>2</sup> Dachfläche, sowie die Einbeziehungen der Daten des KIS, also Klimainformationssystem, zu Niederschlägen in den Planungen.

Ich bitte um Zustimmung.

***Originaltext des Zusatzantrages:***

*Neben den Bächen spielen insbesondere die Hangwässer bei den aktuellen Hochwasserereignissen eine zentrale Rolle. Daher sind auch in diesem Bereich entsprechende Maßnahmen dringend umzusetzen.*

*Dementsprechend stelle ich*

***folgenden Zusatzantrag:***

*Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich - vorbehaltlich der derzeit noch ausstehenden fachlichen Einwendungsprüfung und -erledigung - zu den in der Auflage zum STEK- und FLÄWI-Änderungspaket angeführten Verordnungszielen zum verbesserten/verstärkten Schutz vor Hangwässern. Dazu zählen die Einschränkung der bebaubaren Flächen in ausgewiesenen gefährdeten Lagen, darüber hinaus die Ausweisung von naturbelassenen Baufreihaltezonen zur Retention entlang von Bächen sowie die Prüfung von Rückwidmungen von Bauland aufgrund von Naturgefahren, wie beispielsweise Oberflächenwässer. Weitere wichtige Maßnahmen in diesem Zusammenhang sind verpflichtende Grünflächen ab 60 m<sup>2</sup> Dachfläche sowie die*



*Einbeziehung der Daten des KIS (Klimainformationssystems) zu Niederschlägen in die Planungen.*

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Danke, Frau Gemeinderätin. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte.

Klubobmann **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, lieber Antragsteller. Nur ganz kurz auf meine Vorrednerin replizierend, möchte ich schon sagen, also ich muss dir da wirklich widersprechen, dass es nur die Experten sind, die da irgendetwas beurteilen können im Zusammenhang mit Hochwässern und Überschwemmungen. Ich habe das letzten Samstag erlebt, also ich war da persönlich kurz nach den Unwettern unterwegs, habe mit sehr vielen Menschen gesprochen und das sind die Experten, auf die man sich verlassen kann. Weil die wissen teilweise, was die örtlichen Gegebenheiten betrifft, besser Bescheid als die sogenannten Experten. Ich kann dir nur eines sagen: Wir haben eine umfangreiche Foto- und Videodokumentation vom vergangenen Samstag angelegt. Da waren Zuläufe zum Thalerbach dabei, die sind nirgends vermerkt. Die ganzen Experten, die Wochen später, Monate später sich mit dieser Thematik befassen, gerade was das pluviale Hochwasser betrifft, die kommen Wochen, Monate später dazu und haben dann die trockenen Bachläufe, die man teilweise nicht einmal sieht. Und diese Zuläufe, die es da gibt, die können die Anwohner und damit in weiterer Folge die Bezirksvertreter am besten beurteilen. Das muss man schon sagen. Also vielleicht, dass man sich nicht ausschließlich auf die Bezirksräte und Bezirksvertreter stützt, das hast du auch nicht gesagt, sondern, dass man die mit einbindet, weil die sind heute, oder sollten der

verlängerte Arm der Bezirksbevölkerung sein, die hier von den Überschwemmungen betroffen ist, das halte ich für grundvernünftig, weil das sind die Experten vor Ort. Also ich bin da generell immer ein bisschen kritisch, dass man sagt, alles in die Hände von Experten, weil Expertenmeinungen zeichnen sich oft dadurch aus, dass sie sich über die Jahre hinweg ändern. Und auch von deiner Partei wird das so vertreten, weil wenn ich höre oder lese, 2005, sagt das Bundesministerium: „Rückhaltebecken Fuchsloch, absolut wichtig“. Das hat ja hoffentlich ein Experte geschrieben. Jahre später sagen andere Experten, nein, nein, das Rückhaltebecken Fuchsloch, das brauchen wir eigentlich nicht, haltet nur vier Kubik-Irgendwas zurück, das ist zu wenig. Also, wenn man sich nur auf die Experten stützt, dann ist man im Endeffekt jemand, der den Expertenmeinungen nachläuft, die sich ja auch immer aufgrund der Erkenntnisse der Wirtschaft ändern können.

Vor vielen, vielen Jahren, oder ich sage jetzt einmal vor rund 20 Jahren, wurde die Situation am Thaler Bach, da kenne ich mich gut aus, ganz anders bewertet, als es heute ist. Der Thaler Bach war letzten Samstag zum Beispiel gar nicht das Problem. Es waren die ganzen Oberflächen und Hangwässer, die das Problem waren. Das können dir in erster Linie die Anrainer sagen und in weiterer Linie die Bezirksvertreter oder Gemeinderäte, die dort waren. Also, ich habe keine Ahnung vom Hochwasserschutz oder dergleichen, aber ich kann dir sagen, was ich dort gesehen habe. Deswegen sind diese ganzen Personen auch mit einzubeziehen. Das sind dann keine Experten, aber das sind, ich sage jetzt einmal so, sachkundige Zeugen. Die wissen von ihrer Situation vor Ort Bescheid. Die wissen, was sozusagen passiert ist, melden das in erster Linie ihrem Bezirksrat, ihrem Bezirksvorsteher. Deswegen ist diese Einbindung so wichtig. Also, das halte ich für einen sehr, sehr wichtigen Punkt, weswegen wir das auch mittragen. Sich nur auf Experten zu verlassen, die ja nachträglich das Ganze versuchen aufzuarbeiten oder aufarbeiten müssen, das ist eine, ich sage, eine zu beschränkte Sichtweise auf diese Dinge. Wir werden den Antrag mittragen, weil ich finde, dass es grundvernünftig ist, dass man dieses ganze Sachprogramm neu auflegt, unter

Einbindung der Experten vor Ort, der sachkundigen Zeugen. Das ist der richtige Begriff dafür.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Gemeinderat Piffli-Percevic.

Gemeinderat **Piffli-Percevic**:

Frau Vorsitzende, liebe alle, ich möchte unmittelbar anschließen. Vorab auch meinerseits, und mein Kollege Georg Topf wird das ja auch noch machen, ein wirklicher Dank an alle, die von Amtswegen, an alle, die von ihrem politischen Amt her im Zuge dieser Ereignisse auch Hand angelegt haben und Rat gegeben haben, aber insbesondere an unsere Bevölkerung, die sich großartig verhalten hat und die auch die Unterstützung von uns allen in einem Konzert dieser drei Ebenen braucht.

Und, liebe Alexandra, dieser Reflex, wenn irgendein Sachthema angegangen wird, wieso äußern wir uns, unsere Beamten wissen das ja. Ich verstehe das nicht ganz.

Einerseits, jetzt entschuldige, ist das so ein bisschen eine, schon vergangen geglaubte Oberigkeitshörigkeit. Die werden das schon wissen, ich bin verunsichert. Nur alle drei Ebenen - die politische Ebene, sozusagen auf unserer Ebene inklusive natürlich der Staatsratsmitglieder, die politische Ebene in den Bezirken, dafür haben wir und die Bevölkerung und das alles gemeinsam mit den Beamten. Der Georg Topf und ich, wir sind Beamte, wir verteidigen uns da nicht. Im Gegenteil. Du versuchst ja die zu den Einzigen und sonst niemand, - das geht nicht. Wir müssen in einem vernünftigen Konzert und in einer Kooperation arbeiten, das wollte ich nur sagen. Und ich möchte mich noch einmal bei allen, auch bei allen Stadtverantwortlichen namentlich und im Bezirk bedanken.

Ein zweiter Punkt, Alexandra, ein Großteil deines Zusatzantrages bezieht sich eins zu eins auf das, was wir gerade beginnen im Zuge der Einwendungserhebungen im STEK und im FLÄWI zu bearbeiten. Es ist rechtsstaatlich sehr bedenklich, ich mache keinen Vorwurf, ich versuche es nur aus meiner Sicht, auch als Jurist. Wenn wir mit Gemeindeanträgen oder gar Dringlichen Anträgen einfach de facto Empfehlungen für die Art der Abhandlung inhaltlich geben, was wir in den Ausschüssen, die nächste Sitzung ist am 18., nach den Bestimmungen des Raumordnungsgesetzes, das legt genau ein Verfahren zugrunde und es kann bis zur Rechtswidrigkeit von Verordnungen, von Entscheidungen durch uns führen, wenn wir durch parallel laufende Anträge und wir sollen ja beschließen, wie das alles zu geschehen hat, ich würde bitte dringend warnen, und ich möchte das auch im Protokoll festgehalten wissen, dass das natürlich nicht beabsichtigt ist von uns. Wir werden dem Antrag ohne dies nicht zustimmen. Wir sollen diese Verfahren getrennt halten.

In jedem Einzelfall im STEK- und FLÄWI-Entscheidung ist genau das zu prüfen, was du gesagt hast, aber nicht jetzt parallel vom Gemeinderat zu overrulen. Das wollte ich nur festgehalten haben.

In diesem Sinne habe ich, glaube ich, erklärt, warum wir deinem Antrag nicht nähertreten, und nochmals einen Dank an alle, die da mitgeholfen haben. Ich habe mir erlaubt, auch einen Antrag hier zu stellen, keinen dringlichen, einen einfachen, dass den Betroffenen in zweierlei Art geholfen wird.

Erstens gibt es zahlreichen Grünschnitt und Schadholz, das jetzt anfällt, und in gewissen Bezirken ist das ein großes Problem. Der Antrag lautet, bis zu einer Gratisabfuhrmöglichkeit sogar eine Abholung zu organisieren.

Nachdem ich mich gestern mit Betroffenen unterhalten habe, zweiter Punkt, das betrifft auch Sperrmüll. Es gibt Bezirke, wo sehr viele Keller ausgeräumt werden mussten, wo Sperrmüll, der unbrauchbar geworden ist, jetzt anfällt. Auch bitte hier sich zu überlegen bis hin zu einer Gratisabholung oder zumindest Gratisablieferung für

die vom Unwetter Betroffenen Sorge zu tragen. Das ist dieser einfache Antrag, der schon eingebracht wurde.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Klubobmann.

Klubobmann **Dreisiebner**:

Ich möchte nur, werter Kollege Peter Piffli-Percevic, ganz klar noch einmal den Satz von der Alexandra Würz-Stalder im Zusatzantrag auseinanderklauben, der ja genau die eingelangten Einwendungen ausnimmt, weil die erst fachlich bewertet, beurteilt, diskutiert und dann vom Gemeinderat nach bestem Wissen und Gewissen zu beschließen sind.

Das Einzige, was die Alexandra Würz-Stalder hier beantragt, ist, dass wir uns noch einmal - und offenbar geht das für euch nicht leicht - du hast ein nein angekündigt, noch einmal zu diesen Zielen, die einen verstärkten Schutz vor Hangwässern mit sich bringen sollen, in Zukunft zu diesen Zielen im STEK- und im FLÄWI-Änderungspaket bekennen. Das heißt, das, was eigentlich aufgelegt worden ist, wird hier noch einmal verstärkt und alles andere, Einzeleinwendungen, sind fachlich zu bewerten und unter Umständen eben anders zu betrachten und dann eben auch so von den politischen Vertreter:innen mit ihrem Stimmrecht und, wie gesagt, dem Gewissen verantwortlich abzustimmen. Nichts anderes steht hier, würde ich einmal sagen. Und wie gesagt, es kommt bei der ÖVP halt leider immer wieder ein Stück weit heraus, dass man, wenn es dann wirklich ans Eingemachte geht, wenn es dann wirklich darum geht, dass man aus Sicherheitsgründen für die Zukunft, für schon vorhandene und zukünftig dort lebende Menschen ein paar Einschränkungen, Bauverbotszonen, Versiegelungs- und Grünraumfaktoren etc. einbringt oder die Absenkung von dichten und ähnlichen mehr

bis hin zu einem absoluten Bauverbot zu diskutieren, das ist dann für euch nicht mehr möglich. Und wir haben, macht es auf, heute, Steiermark orf.at, wir haben nachgewiesenermaßen die höchste Zunahme an Flächenversiegelung in Österreich, eine Studie der Universität für Bodenkultur. In der Steiermark, Entschuldigung, das habe ich jetzt ausgelassen, in der Steiermark, und wir müssen uns dazu wirklich etwas überlegen. Besser wäre gewesen, wir hätten uns vor 20 Jahren schon etwas überlegt dazu.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, bitte, Herr Antragsteller.

Gemeinderat **Topf**:

Ich möchte, wie gesagt, durchaus noch einmal betonen, dass selbstverständlich die Experten, die Kollegen in der Abteilung für Grünraum, dass selbstverständlich Experten sind, mit denen ich auch immer wieder in Kontakt trete, das habe ich ja nie in Abrede gestellt. Also das möchte ich schon ausdrücklich betonen. Und ich möchte noch einmal ausdrücklich betonen, dass ich einfach anregen wollte, die Bezirksvertretungen oder die betroffene Bevölkerung, was ja ohnedies auch gemacht wird, vielleicht verstärkt wieder mit einzubinden. Nichts anderes habe ich hier in meinem Dringlichen Antrag. Ich habe also nicht in Abrede gestellt, dass es Experten und Expertinnen, die ich persönlich aus meiner beruflichen Tätigkeit ja kenne, dass die ja entsprechende Sachkenntnis haben und natürlich auch die entsprechenden Programme aufstellen. Es ist aus meiner Sicht nur notwendig, noch einmal sozusagen auch hineinhören in die Bevölkerung, um eben mit den Vertretungen aus den Bezirken möglicherweise das

eine oder andere zu arrangieren, möglicherweise das eine oder andere in einer Prioritätenliste etwas nach vorne zu stellen. Das ist also der Inhalt meines Antrages. Zu den Hangwässern möchte ich aber auch kurz etwas sagen, weil das ja ein wesentlicher Punkt auch des Zusatzantrages ist. Aus meiner Erfahrung, und möglicherweise ist das auch das, was jetzt auch die Aufsichtsbehörde ein bisschen bemängelt im Bereich der Aufschließungserfordernisse, ist das gerade die Hangwasserproblematik - wir haben ja inzwischen vielfach Fließfahrkarten und Hangwasserkarten, die werden ja auch gefördert und die Abteilung 14 betreut das ja auch. Es ist ja nicht so, dass wir über die Hangwässer nichts wissen, es gibt ja insbesondere auch für Graz schon die entsprechenden Karten, aber die Beurteilung jetzt im konkreten Bauverfahren wird nach meinem Wissensstand immer im Einzelprüfungsverfahren gemacht. Also wir können das nicht ganz miteinander verknüpfen, sondern es ist notwendig, dass diese Hangwasserproblematik selbstverständlich auch fachlich aufbereitet wird, aber im Einzelverfahren dann immer wieder zu einer Prüfung führt. Das heißt, dieses Hineinnehmen in die Aufschließungserfordernisse wird momentan aus meiner Sicht relativ kritisch beurteilt.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichen Antrag. Wer ist für den Dringlichen Antrag? Das ist einstimmig. Gegenprobe, der Dringliche Antrag ist einstimmig angenommen.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

Wir kommen zur Abstimmung über den Zusatzantrag. Wer ist für den Zusatzantrag? Das ist die Mehrheit Gegenprobe mit Mehrheit angenommen.

***Der Zusatzantrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio).***

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag der Grünen zum EU-Renaturierungsgesetz.

#### **8.4 Zustimmung zum EU-Renaturierungsgesetz (Gesetz zur Wiederherstellung der Natur) durch das Land Steiermark (GR Ram, Grüne)**

**Gemeinderat Ram:**

Liebe Grazerinnen und Grazer, liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, das ist ein Antrag, den man natürlich sofort entlang der parteipolitischen Linien führen kann, wo man sagen kann, der wäre vielleicht ideologisch motiviert. Meine Meinung ist, eigentlich könnte von jeder Partei ein Vertreter heute hier stehen und für die Annahme dieses Gesetzes plädieren. Und ich möchte gerne erklären, warum.

Dieses Gesetz kommt ja nicht irgendwo her, also es wird irgendwie transportiert, das ist jetzt so überbordende EU-Regularien, etc., brauchen wir alles nicht, Bürokratie haben wir alles schon. Es gibt einen konkreten Grund, warum dieses EU-Renaturierungsgesetz in dieser Form vorgeschlagen wurde. Wir befinden uns seit Jahren oder seit Jahrzehnten in einer beispiellosen Biodiversitätskrise. Jetzt ist natürlich dieses ein großes Wort und was ist das überhaupt? Wir verlieren beinahe täglich an Arten auf allen Ebenen, ob das jetzt im Boden ist, ob das Insekten sind, ob das Vögel sind, ob das landlebende Tiere sind, dieses Artensterben passiert momentan die ganze Zeit.



Jetzt kann man natürlich sagen, ich kann mich noch gut daran erinnern, der Jauk in der Sitzung, (unverständlich) und das wird dann wieder alles verhindern und natürlich, das ist immer leicht gesagt, ah, so ein kleiner Frosch und ist das überhaupt wichtig, dass man darüber nachdenkt. Wir sind ja alle Leute, die hier herinnen Verantwortung übernehmen und ich glaube, was wichtig ist, für alle, die hier drinsitzen, dass sie nicht sagen können, ich habe es nicht gewusst, weil das stimmt nicht.

Die Wissenschaft und viele, viele Menschen seit vielen, vielen bald Jahrzehnten weisen darauf hin, was passiert und das ist nichts, wo wir einfach sagen können: „Ah, wahrscheinlich die paar Tiere und das ganze Zeug ist das so wichtig“, wir werden vielleicht einmal da sitzen müssen und unseren Kindern und Enkelkinder erzählen, sei es drum: „Früher hat es einmal Vögel gegeben, die haben gezwitschert, ach schau, die gibt es nicht mehr“, auch wenn ich sage, ah, übertrieben, aber wie schaut das aus, wenn die ganze Nahrungskette versagt und es keine Insekten mehr gibt, die die Vögel fressen, wie sollen die dann leben? Jetzt kann man wahrscheinlich sagen, das ist jetzt alles total extrem, aber der Fakt ist, dass das wirklich gerade passiert weltweit, da ist die Klimakrise schuld, aber vor allem, was da schuld ist, ist der gravierende Eingriff in die Lebensräume in ökologische Systeme, die funktionieren. Und jetzt sagen wir, um Gottes willen, 20 % der Lebensräume sollen geschützt werden. Das sagt man vielleicht nicht dazu, dass es um die Gesamtfläche geht der EU, also auch bereits für geschützte Bereiche, dass es nicht darum geht, dass man zum Beispiel landwirtschaftliche Flächen nicht mehr nutzbar macht, sondern dass man diese landwirtschaftlichen Flächen wieder dazu bringt, dass das gute Flächen sind, dass sie ökologisch wichtig sind, dass wir Flächen schaffen, wo eben diese Biodiversität überleben kann. Da geht es um das, dass wir zwischen diesen Monokulturen, die wir hier hinpflanzen, Inseln schaffen, wo verschiedene Arten leben können und damit auch die Tiere und Insekten, die es braucht, damit wir überleben können. Es ist für mich, und ich stehe hier nicht nur als Grüner, sondern als Vater, als Unternehmer, weil es auch immer heißt, es geht um unsere Lebensgrundlage. Und ich bin dann bewusst so emotional, weil es für mich

wirklich schwierig ist, wie mit diesen Themen umgegangen wird und aus meiner Sicht ist es kurzsichtig, es ist populistisch, die Verantwortlichen sollen rausgehen und sie sollen Verantwortung darüber übernehmen, was da passiert und man kann nicht einfach umfallen. Man muss auch erklären können und das ist etwas, was viel zu wenig passiert. Dieses EU-Renaturierungsgesetz ist das Mindestmaß, an dem, dass man gesagt hat, die ganzen ökologischen Systeme in der Europäischen Union brechen zusammen und jetzt versuchen wir dieses Mindestmaß zu erhalten, damit die Biodiversität, und das ist unsere Grundlage, dass wir die erhalten können.

Und jetzt kommen wirklich Leute daher und sagen und schreien rein: „Das bedeutet Enteignung“, was nicht stimmt, wo es rein um Populismus geht und um irgendwelche parteipolitischen Dinge durchzubringen, weil es halt leicht von der Hand geht.

Und vielleicht können wir ja nicht bei allen Punkten mitgehen, der erste Punkt finde ich, ist ein wichtiger, und vielleicht gibt es da auch Einstimmigkeit, dass es wichtig ist, dass wir unsere Natur für uns als Lebensgrundlage erhalten.

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu den Zielen und Vorgaben des EU-Renaturierungsgesetzes, insbesondere der Wiederherstellung besonders schützenswerter Lebensräume, der Verbesserung der Stadtnatur durch eine Erhöhung der Grünflächen und Stadtbäume, der Wiederherstellung freifließender Flüsse, der Verbesserung der Agrarökosysteme zur Sicherung der Biodiversität und der Wiederherstellung der Waldökosysteme.

Als zweiten Punkt, und das ist natürlich der Grund, warum das heute auf der Tagesordnung steht: Wir befinden uns in dieser Situation, wo es auf Messers Schneide steht, dass ein Gesetz, das bereits im EU-Parlament beschlossen worden ist, im Rat nicht beschlossen werden kann, durch die Umweltminister, weil in Österreich die Landeshauptleute und zwei sind inzwischen schon anderer Meinung, sich dagegenstellen. Der Gemeinderat fordert Herrn Landeshauptmann Christopher Drexler am Petitionsweg dazu auf, seine Blockadehaltung gegen das EU-Renaturierungsgesetz aufzugeben, sich auf Ebene der Landeshauptleute umgehend für eine Zustimmung der

Länder einzusetzen und im Sinne der Grazer und der gesamten steirischen Bevölkerung eine führende Rolle im Schutz und der Wiederherstellung der europäischen und steirischen Naturräume einzunehmen.

Ich bitte um breite Zustimmung.

**Originaltext des Dringlichen Antrages:**

**Dringlicher Antrag**

- 1) *Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu den Zielen und Vorgaben des EU-Renaturierungsgesetzes, insbesondere der Wiederherstellung besonders schützenswerter Lebensräume, der Verbesserung der Stadtnatur durch eine Erhöhung der Grünflächen und Stadtbäume, der Wiederherstellung frei fließender Flüsse, der Verbesserung der Agrar-Ökosysteme zur Sicherung der Biodiversität und der Wiederherstellung der Wald-Ökosysteme.*
  
- 2) *Der Gemeinderat fordert Herrn Landeshauptmann Christopher Drexler am Petitionsweg dazu auf, seine Blockadehaltung gegen das EU-Renaturierungsgesetz aufzugeben, sich auf Ebene der Landeshauptleute umgehend für eine Zustimmung der Länder einzusetzen und im Sinne der Grazer und steirischen Bevölkerung eine führende Rolle im Schutz und der Wiederherstellung der europäischen und steirischen Naturräume einzunehmen*

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Gibt es Wortmeldungen? Bitte schön.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werter Antragsteller, ich glaube, von der Grundanalyse her sind wir im gleichen Boot, dass es dieses große Problem des Artensterbens gibt, dass es dieses große Problem des Insektensterbens gibt, dass es dieses große Problem eigentlich des Verlustes der Lebensräume gibt, das wird ein unbestrittenes Feld sein.

Eine vernünftige Politik zeichnet sich aber dadurch aus, dass sie in die Lebensrealitäten einfügbar ist, und wir sind in Europa, leider Gottes, möchte man sagen, leider Gottes, mancher sagt zum Glück, wie auch immer, in der Realität, dass der ganz, ganz große Teil unserer Fläche eine Kulturlandschaft ist und nicht eine Naturlandschaft ist.

Und wir werden uns mit Sicherheit darüber einig werden, dass wir Artenschutz betreiben müssen, dass wir die Biodiversität erhalten müssen, das ist außer Frage.

Aber diese Politik muss sich auch einfügen in ein Gebiet, das in erster Linie geprägt ist durch Kulturlandschaft. Und nehmen wir beispielsweise ganz praktische, ja durchaus greifbare Realitäten her: Eine Almenlandschaft. Eine Almenlandschaft geprägt durch eine Unzahl von verschiedenen Blumenarten, ist eine völlige Kulturlandschaft. Wenn wir allen Betrieb nicht betreiben würden, würde das ganze Gebiet früher oder später wieder verwalden und diese Biodiversität verschwinden. Anderes Beispiel: Nehmen wir aufgelassene Steinbrüche her. Steinbrüche sind, wenn nicht mehr abgebaut wird, innerhalb von wenigen Jahren ein Gebiet, wo eine sehr, sehr große Anzahl von Tieren und Pflanzen sich ansiedelt und ein eigener kleiner Lebensraum entsteht, der auch sehr wertvoll ist. Und das große Problem mit diesem Renaturierungsgesetz der EU ist nämlich Folgendes, dass es im Prinzip vorschreibt, dass alle Ökosysteme bis 2050 gänzlich wiederhergestellt werden sollen, auch die Fließgewässer.

Das große Problem ist, dass die Realität eben so aussieht, dass die meisten Flüsse eben durch Kraftwerke, durch verschiedene Hochwasserverbauungen, und das wird ja heute auch noch einmal Thema sein, leider Gottes nicht im natürlichen Ausmaß existieren, sondern eben in dem Sinn, leider Gottes, fern der Natur sich bewegen und

fern der Natur fließen. Und ich möchte Sie im Prinzip unterstützen bei der Grunddiagnose, aber das Problem ist, dass die Realität mit diesen Vorgaben schwer möglich sein wird.

Nachdem die Redezeit überschritten ist, würde ich dementsprechend im Inhalt vielleicht noch etwas sagen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Danke schön. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Riegler.

Stadtrat **Riegler**:

Ja, bei der Frage der Dringlichkeit und dann auch bei der Frage des Inhalts gibt es sozusagen zwei Ebenen zu betrachten, über die wir hier reden müssen. Zunächst einmal auf der Metaebene, die Ebene, warum reden wir hier darüber. Denn vergessen wir bitte nicht, dass es hier um ein extremes Expertenthema geht, bei dem es sehr, sehr viele Experten, sehr, sehr viele Wissenschaftler:innen gibt, die auf europäischer Ebene, auf nationaler, auf parlamentarischer Ebene, auf Ebene der EU-Kommission sich damit befassen.

Und es ist halt irgendwie spannend, wenn dann zwei Tage bevor die Frau Bundesministerin Gewessler in Brüssel in den Umweltausschuss gehen muss, man dann jetzt im Grazer Gemeinderat zwischen lauter Biodiversitätsexperten jetzt auf einmal Diskussion abhält, ob das jetzt gescheit ist oder nicht. Ich weiß nicht, was Ihre Qualifikation ist, Herr Ram, zu diesem Thema, meine besteht auch nur darin, dass ich halt aufmerksam Nachrichten lesen kann, dass ich aufmerksam Radiojournalisten zuhören kann und dass ich letzten Endes die Landwirtschaftskammer und die Landwirte frage.

Und ich habe natürlich mit den Landwirten gesprochen, ich habe mit der Landwirtschaftskammer gesprochen und kann Ihnen sagen, der Herr Winter hat da vollkommen recht. Selbstverständlich, wir reden ja von einer Kulturlandschaft und nicht von einer Naturlandschaft, das ist völlig naiv, wenn wir zum Beispiel ein Kulturprojekt am Schloßberg machen wollen, dass man dann maximal eine Stunde pro Woche einen Sound vom Uhrturm abspielen darf, weil offensichtlich der Naturschutz es verbietet, weil das zu sehr die Natur stören würde. Ich sage das deswegen, weil vor 30 Jahren, als das Projekt damals erstmals am Schloßberg stattgefunden hat, Steirischer Herbst, war das möglich, da hat man tagelang eben die Sounds gehabt. Jetzt, 30 Jahre später, ist es eben nicht mehr möglich, weil das Naturschutzrecht sehr, sehr streng geworden ist und weil man vermeintlich mit dem Instrument des Naturschutzes glaubt, ein Kulturgut schützen zu müssen, nämlich eine Kulturzone, die eben kultiviert ist. Dieser grundsätzliche Unterschied ist, glaube ich, nicht so bekannt und sollte aber darüber gesprochen werden.

Auch, dass es letzten Endes wir alle sind, dass wir alle Menschen im Grunde genommen einerseits Bedürfnisse haben, wir haben Erholungsbedürfnisse. Wenn wir Skifahren gehen, wenn wir wandern gehen, in die Ramsau, ins Ennstal, dann tun wir das eben in kultivierten Landschaften. Ihr würdet euch alle anschauen, wenn das alles tatsächlich Urwald- und Naturlandschaft wäre. Ich habe, wie gesagt, die Landwirtschaftskammer gefragt, denn selber bin ich gar nicht in der Lage, mich damit ausgiebig zu befassen. Die Landwirtschaftskammer sagt, dass dieses Gesetz eine schwere Bürde für das Verhältnis zwischen Naturschutz und Landwirtschaft ist. Es würde enorm viel kosten. Manche dieser Vorgaben, die dieses Renaturierungsgesetz verlangt, wären dann dergestalt, dass man bis 2050 wieder überall, wo bisher Moore trockengelegt sind, wieder Moore anlegen müsste. Das würde bedeuten, Achtung, dass das gesamte Ennstal keine Wiesen mehr hätte, sondern dass sie von Liezen bis Schladming und Reiteralp in Wahrheit wieder eine Moorlandschaft herstellen müssten. Als Referenz wurde für dieses Renaturierungsgesetz des Jahres 1993,

übrigens, liebe Frau Vizebürgermeisterin, auch du bist jetzt keine Biodiversitätsforscherin, sondern meines Wissens hast du eine Graduierung in Russisch. Also, auch du bist jetzt nicht so eine Expertin. Ich verlese nur das, was mir die Landwirtschaftskammer schickt an Fakten, die eben mitzubedenken sind und die dann eine Begründung dafür sind, warum wir der Meinung sind, dass wir hier im Grazer Gemeinderat ganz sicher nicht über die Frage abstimmen sollen, ob man jetzt das Renaturierungsgesetz gut oder schlecht findet.

Ich komme schon zum Schluss. Der Rückgang der land- und forstwirtschaftlichen Flächen wird dazu führen, dass Produktionsflächen nicht mehr genutzt werden können. Es sollen unter anderem, Sie haben es heute beim Herrn Zankel auch in der Kleinen Zeitung lesen können, 25.000 Flusskilometer bis 2030 in einen frei fließenden Zustand versetzt werden. Das ist zehnmal die Entfernung zwischen Rom und Helsinki. Also, ich wünsche viel Spaß, 25.000 Kilometer zu renaturieren. Aus diesem Grund darf ich meiner Fraktion empfehlen, dass wir diesem Dringlichen Antrag nicht zustimmen. Wir sollten es tatsächlich den Expertinnen und Experten auf Bundes- und auf europäischer Ebene überlassen und nicht im Grazer Gemeinderat jetzt Experten-Diskussionen führen, ob man jetzt dem Renaturierungsgesetz zustimmen soll oder nicht.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Braunersreuther.

Klubobfrau **Braunersreuther:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, liebe vielleicht noch Zuhörer:innen zu Hause und die, die noch da sind, oben. Ursprünglich wollte ich mich erst zum Inhalt melden. Wir sind ja jetzt eigentlich immer noch in der Debatte zur Dringlichkeit. Jetzt dachte ich mir, ich

melde mich zum Inhalt noch einmal, aber spreche jetzt zur Dringlichkeit, weil da wirklich zwei Dinge unübersehbar dringlich sind an diesem Antrag. Dringlich ist er und danke, David, dass du diesen Antrag gestellt hast, den ich sehr, sehr gut finde und wo ich nur noch Ergänzungen in der Begründung vornehmen kann. Und danke auch für die emotionale Einführung, weil da geht es um unsere Zukunft. Die Dringlichkeit erkennt man daran, was in den vergangenen Tagen stattgefunden hat. Diese extremen Hochwässer, vor denen nämlich, und das ist der zweite Grund, weshalb ich ihn dringlich finde, Expert:innen vor Jahren, Jahrzehnten schon gewarnt haben. Und jahrzehntelang sind die Meinungen dieser Expert:innen ignoriert worden. Das habe ich mitbekommen und das ist nach wie vor so, dass Expert:innen Meinungen geleugnet werde, überhört werden, übergangen werden, Großteiles um wirtschaftliche Interessen durchzusetzen oder aus Populismus, aus Bequemlichkeit. Und deswegen möchte ich zur Dringlichkeit nur sagen, wir sind keine Expert:innen, ich mute mir das auch nicht an, obwohl ich mich, glaube ich, im ökologischen Bereich nicht ganz schlecht auskenne, aber auf eine laienhafte Art. Aber deswegen höre ich Expert:innen zu und nehme das Warnen der Expert:innen ernst, und das ist wirklich dringlich. Das sollten wir jetzt tun. Expert:innen sind einhellig der Meinung, dass man die Biodiversität schützen und erhalten muss und reaktivieren muss, und dafür ist dieses Gesetz da und den Rest sage ich nachher zum Inhalt.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir ab über die Dringlichkeit des Antrags. Wer ist für die Dringlichkeit? Das ist mehrheitlich angenommen. Gegenprobe, die Dringlichkeit ist angenommen.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio).***



Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Wir kommen zum Inhalt des Antrags, bitte um Wortmeldungen. Bitte.

Klubobfrau **Braunersreuther**:

Ja, da hätte ich gleich draußen bleiben können, aber gut. Ja, wie gesagt, ich möchte dem Inhalt des Antrags wirklich überhaupt nicht widersprechen. Im Gegenteil, ich kann alles unterstützen, was da drinsteht. Einen Satz möchte ich aber noch ergänzen.

Das geplante EU-Renaturierungsgesetz ist die europaweite Antwort auf die Klima- und die Biodiversitätskrise. Den möchte ich ergänzen: Es ist auch zumindest ein Teil einer Antwort auf eine soziale Krise, die wir haben. Nämlich, da möchte ich die Frage stellen: Wer verliert, wenn ökologische Vielfalt verloren geht? Das sind nämlich, und deswegen habe ich gesagt, wir sollten auf die Expert:innen hören, die Bauern. Nämlich für die kleinen Bauern, die uns auch aus dem Grazer Umland auf den Märkten mit frischen Lebensmitteln versorgen. Die oft, sie nennen es nicht Bio, aber oft spritzen sie einfach nicht, weil was lohnt sich das bei den drei Apfelbäumen. Und für die spricht die Landwirtschaftskammer nachweislich nicht. Die hat, und das muss man leider sagen, leider auch die EU lange Zeit nicht unterstützt und gefördert. Umso wichtiger ist es jetzt, dass hier gegengesteuert wird, denn Pilotprojekte in Gegenden, wie zum Beispiel ein größeres in Norddeutschland, wo eben Moore und Salzwiesen wiederhergestellt wurden und dort eben auch diese speziellen alten Kuhrassen, die das Aushalten mit den Füßen im Wasser zu stehen wieder draufgelassen wurden. Da haben die Bauern davon profitiert langfristig. Erst haben sie natürlich Förderung bekommen für die Umstellung, aber das allein war es nicht. Die Vielfalt an vor allem Insekten und Wildtieren, kleineren Wildtieren, also die zunehmende Artenvielfalt, aber auch die zunehmende Pflanzenvielfalt, hat dazu geführt, dass die ihre Gewinne erhöhen konnten und vor allen Dingen mit regionalen Produkten wieder punkten konnten und nicht mehr untergegangen sind unter den Billigproduzenten, die von irgendwoher

irgendetwas importieren. Deshalb stehen wir zu unseren kleinen Bauern, denn die sind es, die das Wort Landwirtschaft noch ernst nehmen. Sie sind keine agrarindustriellen, sondern sie bewirtschaften das Land und das ist das, was wir brauchen.

Und die Zweiten, die verlieren, sind wirklich die Menschen, die in den Häusern wohnen. Ich sage das jetzt einmal so. Weil wer verdient denn an Umwidmungen von Flächen in Bauland, die eigentlich nie dafür geeignet waren? Und wer verdient am Bau von Siedlungen? Das ist die Bauwirtschaft, das sind die Investoren. Aber wer leidet unter den Schäden? Das sind nicht die Investoren, das ist nicht die Bauwirtschaft, sondern das sind die kleinen Häuselbauern, die drin wohnen und die von ihren Versicherungen dann zum Teil gar nichts ersetzt bekommen. Wenn nämlich im Nachhinein festgestellt wird, na ja, du hast ja viel zu nah am Fluss gebaut, wo es eigentlich überhaupt nicht ratsam gewesen wäre und wo man später festgestellt hat, das war eh nicht schlau, dann kriegst du auch keinen Ersatz und dann hast du halt kein Haus mehr und nichts mehr von dem, was drin war.

Und wer leidet eigentlich in Folge noch? Das sind die Städte und die Gemeinden, weil die nämlich zunehmend Maßnahmen gegen Hitze und Hochwasser herstellen müssen, die halt sehr viel Geld kosten.

Gut, das war das Ende meiner Wortmeldung. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Winter.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Kollegin Braunersreuther, also es ist wirklich durchaus amüsant, aber auch irgendwie erschreckend, was Sie da so vortragen. Sie erzählen von Kühen, die im Salzwasser stehen und von Salzwiesen und

von Häuselbauern und allem Möglichen. Also entweder sie haben sich weder mit diesem Renaturierungsgesetz beschäftigt oder sie haben es gelesen und haben es nicht verstanden. Ich weiß jetzt nicht, was davon zutrifft. Fakt ist aber, dass wir uns mit den Realitäten befassen müssen.

Wir sind der Kontinent mit der höchsten Bevölkerungsdichte. Wir stehen vor einer ganz, ganz großen Problematik: Naturschutz und Kulturlandschaft zu vereinen. Das ist die ganz, ganz große Aufgabe und das ist im Endeffekt nur durch konkrete Maßnahmen möglich. Und da gibt es in der Vergangenheit sehr, sehr gute konkrete Maßnahmen. Mich hat immer beispielsweise die Falknerei und Greifvögel sehr, sehr interessiert. Habe auch einen dementsprechenden Kurs darüber absolviert. Wir haben in den 60er und 70er Jahren komplett desaströse Bestände von Greifvögeln gehabt, weil wir bei den Pestiziden gewisse Substanzen verwendet haben, die die Eischalen dünn werden lassen und im Endeffekt die Bestände völlig vernichtet haben. Unsere Landwirtschaft hat aber umgestellt und hat Vorgaben bekommen, dass diese Substanzen nicht mehr verwendet werden. Was war die Folge davon? Die Bestände haben sich Gott sei Dank bei den meisten Greifvögeln wieder erholt und heute sind wir so weit, dass wir beispielsweise Wanderfalken auch in Graz regelmäßig als Brutpaare haben. Das ist eine konkrete Form des Umweltschutzes, die auch einen Teil zur Biodiversität beigetragen hat und genau das ist der richtige Weg, mit so einem Renaturierungsgesetz gehen wir pauschal vor, da werden großflächig Moore sozusagen teilweise wieder ins Leben gerufen, da werden landwirtschaftliche Flächen wieder vernichtet, dauerhaft, statt dass man versucht, die gemeinsame Brücke zu schaffen. Was man auch irgendwie bedenken muss, wir brauchen auch irgendwie eine Lebensmittellautarkie in Europa und wir müssen einen Einklang finden zwischen Naturschutz und Kulturlandschaften. Wenn wir einäugig und in dem Sinn blind auf einer Seite nur in diese eine Richtung schlagen und die Kulturlandschaft, so wie wir sie jetzt haben, völlig ausblenden, wird es ein Irrweg sein, wir müssen die Brücke zwischen Naturschutz- und Kulturlandschaft schaffen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Also nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Pointner.

Gemeinderat **Pointner**:

Werte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kollegen vom Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen. Viel Ideologische, was mich stört ist, dass das Renaturierungsgesetz ein Teil vom Green Deal ist. Der Green Deal ist das Projekt der EVP-Kommissionspräsidentin. Also ich stehe hier als EU-Gemeinderat, um über EU-Themen aufzuklären. Und hier und in Österreich torpediert die ÖVP, die Teil der EVP ist, den Green Deal. Bravo. Herzliche Gratulation zur Inkonsistenz. Das Renaturierungsgesetz ist absolut notwendig, das ist unbestritten. Und das verdeckte Anti-EU-Gerede vom Kollegen Winter.

*Zwischenruf*

Gemeinderat **Pointner**:

Oder das Offene, sehr gerne. Er sagt gerade, für das Publikum: "Herr Winter ist offen Anti-EU." Das gebe ich hiermit zu Protokoll, darf ich?

*Zwischenruf*

Ja, gerne.

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr gut, das zeigt einfach Ihr komplettes systemisches Unverständnis. Wir können weder in Ihrem Schrebergarten noch im Schrebergarten der Kommunisten, die großen Umweltprobleme lösen. Es geht nicht um die drei Apfelbäume oder um ihre Falken, es

geht um EU-Rahmen, die dann das konkrete Handeln möglich machen und deshalb selbstverständlich ja zu diesem Dringlichen Antrag.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte, Herr Klubobmann Pascuttini.

Klubobmann **Pascuttini**:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, werter Herr Antragsteller, lieber Vorredner, Fraktionsführer Pointner, ich lasse dir dann später etwas zukommen, nämlich einen Artikel in der Kleinen Zeitung, der aus meiner Sicht das sehr, sehr gut trifft. Erwin Zankel, der jetzt weiter davon entfernt ist als jemand, der besonders unkritisch in der Vergangenheit aufgefallen ist, der sagt im Endeffekt, dass ein EU-Gesetz Österreich nicht vor den Hochwassern in den vergangenen Tagen zukünftig beschützen wird. Und da ist etwas, was mich ein bisschen stört, wenn du dich da rausstellst und dann kritisierst, also man darf ja die heilige Kuh der NEOS, was die EU betrifft, das ist die EU, darf man ja nicht kritisieren mit keinem Wort, und man darf im Endeffekt auch nicht sagen, dass dieses Renaturierungsgesetz das nicht halten wird, was es jetzt verspricht, weil das ist die Tatsache. Oder glaubst du wirklich, wenn man dann beginnt zu renaturieren, jetzt irgendwelche Zahlen in den Raum stellt. Ich habe mir das angeschaut. 25.000 Flusskilometer sollen renaturiert werden. Glaubst du, dass das passiert? Das glaube ich nicht. Glaubst du dann, dass diese gesamten Probleme der letzten Tage nicht entstehen, wenn man die ganzen fließenden Gewässer renaturiert? Ich habe das vorhin schon versucht dazulegen. Ich habe mir das am Samstag angesehen, es waren teilweise nicht einmal die fließenden Gewässer, die das Problem dargestellt haben, es waren die starken Hangwässer, es war das pluviale Hochwasser, das eben nicht aus dem Bach oder aus dem Fluss kommt, sondern

aufgrund der Hangwässer, aufgrund örtlicher Besonderheiten entsteht. Das wird sich dadurch nicht lösen lassen, dass man renaturiert. Und wenn du dann von Schrebergärten sprichst oder dergleichen, im Schrebergarten Europa wird man die Klimakrise, mag es sie geben oder nicht, nicht lösen. Das möchte ich dir auch sagen: Europa hat in der Vergangenheit sehr, sehr viel für den Umwelt-, für den Klimaschutz getan. Und noch viel mehr als ganz Europa hat Österreich in diesen Fragen getan. Also jetzt zu sagen, die Überschwemmungen in Andritz und in Deutschfeistritz löst man jetzt mit dem EU-Renaturierungsgesetz, das ist einfach nicht schlüssig und das ist nicht stringent, diese Argumentation. Man wird schlussendlich auf unterster Ebene, auf kommunaler Ebene etwas tun müssen, um diesen Katastrophen entgegenzuwirken. Da kann man nicht einfach ein Gesetz darüberstülpen. Das funktioniert einfach nicht. Aber da orte ich auch bei dir eine gewisse Expertenhörigkeit.

*Zwischenruf*

Klubobmann **Pascuttini:**

Nein, überhaupt nicht nichts tun, lieber Kollege Ammerer, überhaupt nicht, überhaupt nicht. Nur das Problem in Deutschfeistritz oder in Gösting oder in Andritz wirst du mit diesem Gesetz nicht lösen.

*Zwischenruf*

Das sagt ja niemand.

Klubobmann **Pascuttini:**

Die Kollegin Würz-Stalder hat vorhin gesagt: Wir reden dann ja noch über das Renaturierungsgesetz, was ja auch dazu beiträgt, diese Probleme zu verhindern. Nein, da muss man auf unterster Ebene beginnen, diese Probleme, die örtlich sozusagen auch hervorgerufen werden, zu lösen und dann kann man sich nach oben arbeiten,

aber dieses Gesetz alleine wird das nicht tun. Und dann zu sagen, man soll nichts machen, sehe ich überhaupt nicht. Ich finde nur, dass es der falsche Zugang ist, das wollte auch der Kollege Winter zum Ausdruck bringen, das hat er, glaube ich, auch sehr deutlich dargelegt. Wir haben in Österreich viel getan, was den Klima- und Umweltschutz betrifft. Wir werden auch in Zukunft viel tun. Wir müssen jetzt sehr, sehr viel im Hochwasserschutz tun. Es betrifft nur Österreich, es betrifft nur die Steiermark und teilweise auch nur Graz. Bevor wir uns diesen Dingen zuwenden können, die dort, wo sie beschlossen werden sollten, gut zu diskutieren sind, aber nicht im Grazer Gemeinderat.

Gemeinderat **Pointner**:

Tatsächliche Berichtigung bitte.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte, dann Herr Kollege Hackenberger.

Gemeinderat **Pointner**:

Werte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, ich muss hier herausgehen wegen einer tatsächlichen Berichtigung. Ich bin kein Fraktionsführer. Der Führergedanke liegt mir sehr, sehr fremd, vielleicht anderen nicht. Ich bin Fraktionsvorsitzender. Danke schön.

Gemeinderat **Hackenberger:**

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt haben wir viel darüber gehört, wie unüberlegt, missraten, schädlich dieses Gesetz, was im Parlament in Straßburg bereits beschlossen wurde, sein soll. Wenn ich höre, dass die Landwirtschaftskammer ihre Meinung, ich sage jetzt das andere Wort, was ich im Mund gehabt habe, nicht, ihre Meinung zu diesem Gesetz kundgetan hat und die Landwirtschaftskammer als Expertin bezeichnet wird, dann mag ich das wirklich nicht glauben. Die Landwirtschaftskammer ist eine Interessensvertretung. Böartige sagen, ein Wurmfortsatz der ÖVP, und die Landwirtschaftskammer hat in den vielen Jahren der jüngeren Vergangenheit sehr, sehr viele Positionen eingenommen, die ganz offensichtlich für die Umwelt mehr als schädlich waren. Die haben bis zum Schluss alle giftigen Substanzen verteidigt, die man auf Felder und auf Obstkulturen aufgebracht hat, etc. Also ich lasse mir die Landwirtschaftskammer in dem Kontext sicherlich nicht als Expertin verkaufen.

Und wenn hier der Vorwurf laut wird, dass wir eine unzulässige oder unsinnige Experten-Diskussion führen, dann frage ich mal, ob irgendjemand in diesem Raum einen Experten oder eine Expertin gehört hat, die behauptet, dass das Renaturierungsgesetz, was die EU auf den Weg gebracht hat, etwas ist, was nicht nützen würde, was die Biodiversität nicht verbessern würde, was den Umweltschutz nicht befördern würde. Ich habe in meiner bescheidenen Weltsicht bisher ausschließlich Expertenmeinungen gehört, die der Auffassung waren, dass dieses Gesetz dringend notwendig ist.

Und wenn ich dann noch zurechtrücken darf, dass natürlich nicht das ganze Ennstal zu einem Moor werden soll, sondern es darum geht, 20 % der seinerzeit natürlichen Flächen wieder zu renaturieren, also 20 %, nicht 100 %, und wenn hier insinuiert wird, dass 25.000 Flusskilometer so und so viel von Lissabon nach Göteborg sein sollen, dann darf ich daran erinnern, dass wir in Österreich 100.000 Flusskilometer haben.



Das heißt, wenn in ganz Europa ein Viertel der Flussstrecken, die es allein in Österreich gibt, der Renaturierung unterzogen werden sollen, dann sind wir bei einer ganz anderen Position. Man soll es halt in einen passenden Rahmen geben, dann kann man es auch verstehen. Alle Äußerungen der Wissenschaft, die ich bisher gehört habe, zielen darauf ab und beinhalten, dass dieses Renaturierungsgesetz für die Landwirtschaft extrem nützlich sein wird, dass es notwendig ist, um die Landwirtschaft zu befördern und nicht zu behindern.

Ich habe heute zwar mehrere Meinungen dazu gehört, aber ich habe noch überhaupt keine Fachleute gehört, die behaupten würden, dass die Renaturierung, wie sie hier angesprochen ist und wie sie im übrigen Jahr ohnehin erst einen Kompromiss darstellt, weil da ist ja Wesentliches noch abverhandelt worden von dem ursprünglichen Konzept. Ich kenne nur Äußerungen der Wissenschaft bisher, die der Meinung sind, dass das eine sinnvolle Maßnahme ist.

Und wenn wir über die Kosten sprechen, dann frage ich Sie, ob Sie einmal überlegt haben, was das Hochwasser allein in den letzten Tagen in der Deutscheisritz, in Übelbach, im Hartberger Raum gekostet hat. Wieviel Unglück, Schmerzen, auch immaterielle Güter dieses Unwetter vernichtet hat, abgesehen von den rein wirtschaftlichen Folgen sind da ja auch unendliche immaterielle Schäden entstanden. Dann frage ich mich schon, was jetzt tatsächlich übrigbleibt, wenn Sie so massiv gegen diese Renaturierung auftreten.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte zum Schluss kommen.

Gemeinderat **Hackenberger**:

Da können nur irgendwelche Interessen dahinter sein, spezielle Partikularinteressen, keine allgemeinen Interessen.

Ganz kurz noch zum Kollegen Pascuttini: Hochwasserschutz, Hochwasserprävention mit Sandsäcken wird nicht gehen, so wie Sie das in Ihrem Antrag drinnen haben, Hochwasserschutz muss im Vorfeld passieren.

Danke schön.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, eine tatsächliche Berichtigung zur Wortmeldung von Kollegen Hackenberger. Weil da immer die verschiedenen Prozentzahlen herumtanzen: Dieses Renaturierungsgesetz sieht vor, dass bis 2030 20% der Landflächen, bzw. der Flüsse wiederhergestellt werden sollen und bis 2050 alle zerstörten Ökosysteme wiederhergestellt werden sollen, also alle Flüsse wieder renaturiert werden sollen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Tatsächliche Berichtigung, bitte keine Diskussion.

Gemeinderat **Winter**:

Tatsächlich ist die Quelle vom WWF, also wenn man das Wort Wurmfortsatz vorher benutzt hat, manche mögen ja behaupten, das ist eher NGO-Wurmfortsatz.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Das war die tatsächliche Berichtigung, bitte zum Schluss kommen.

Gemeinderat **Winter**:

Infolgedessen sind auch diese Zahlen zur Kenntnis zu nehmen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Frau Gemeinderätin Heinrichs. Jetzt ist die Frau Gemeinderätin Heinrichs am Wort.

Gemeinderätin **Heinrichs**:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, danke vielmals und nur ganz kurz: Sehr geehrte Damen und Herren, das Stichwort Deutschfeistritz ist zuerst gefallen vom Kollegen Pascuttini. Ich habe sehr gute Kontakte dort hinauf, sehr gute Freunde und daher weiß ich, was dort für ein Jammer passiert ist. Ich habe daher natürlich auch alles verfolgt diesbezüglich und unter anderem diese Steiermark-heute-Sendung unmittelbar nach dem Unglück.

Und jetzt möchte ich zu Ihnen, sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler, mit allem Respekt sagen, Sie haben sich jetzt ein paar Mal lustig gemacht über Leute, die sich mit diesem Renaturierungsgesetz sicher auseinandergesetzt haben. Es ist ja ganz klar, dass nichts anderes übrigbleibt als das, aber was ich in dieser besagten Sendung gesehen habe, das möchte ich jetzt kurz wiedergeben. Wie gesagt, ich habe gute Bekannte oben, daher ist uns allen, auch Ihnen natürlich, ihr Parteikollege, der Herr Bürgermeister Viertler von Deutschfeistritz bekannt, ich kenne ihn auch persönlich. Und er wurde dort in dieser Sendung gefragt: „Herr Bürgermeister, was haben Sie für Gedanken und welche Ideen haben Sie angesichts dieses Unglücks“. Er ist unmittelbar neben dieser überschwemmten Bahntrasse gestanden und hat tatsächlich gesagt: „Ja, wenn ich hier herunterschaue, fällt mir nur ein, die Bahnlinie gehört endlich weg“. Also wenn mir nichts anderes einfällt angesichts so einer Katastrophe und wie Sie selbst gesagt haben, wir sind nicht jeder von uns und auch der Herr Bürgermeister, wie wir wissen,

ist ein Bäcker und kein Experte, aber wenn mir als verantwortlicher Bürgermeister nichts anderes einfällt angesichts einer Hochwasserkatastrophe die Bahnlinie wegzureißen, da weiß ich wirklich nicht mehr, was ich dazu sagen soll. Ich habe jetzt nur diese Geschichte erzählt, jetzt zum Schluss noch einmal Danke für den Antrag und unbedingt die Renaturierung brauchen wir, weil irgendwie müssen wir das Ganze noch überleben. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Herr Stadtrat Riegler will eine tatsächliche Berichtigung.

Stadtrat **Riegler**:

Es sind gleich zwei Berichtigungen. Die erste Berichtigung ist gerichtet an Herrn Doktor Hackenberger, und zwar möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Landwirtschaftskammer kein, wie Sie es genannt haben, Wurmfortsatz der ÖVP ist, und da ersuche ich Sie höflich, das zurückzunehmen. Ich werde selbstverständlich dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer davon berichten und bitte Sie, oder würde ich demjenigen auch berichten, wenn das der Fall wäre, dass Sie das wieder zurückgenommen hätten. Zweite Berichtigung: Ich habe schlicht und ergreifend festgestellt, dass es nach der österreichischen Bundesverfassung keine Zuständigkeit des Grazer Gemeinderates für die Frage des Renaturierungsgesetzes und den Gesetzgebungsprozess gibt. Ich habe daher gemeint, wenn es auf anderen gesetzlichen Gebietskörperschaftsebenen Expertenwissen und Zuständigkeiten gibt, dann ist es unnötig, wenn wir hier, die wir ja nicht einmal Fachleute sind darüber diskutieren.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Willst du das irgendwie korrigieren, deine Aussage? Sonst kann ich das auch gerne machen. Die Aussage war: „Böse Zungen könnten sagen“ oder so ähnlich. Man kann es im Protokoll nachlesen, es war keine Behauptung.

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Inhalt? Bitte Herr Gemeinderat.

Gemeinderat **Piffl-Percevic**:

Frau Bürgermeisterin, liebe alle, zu fortgeschrittener Stunde. Das ist ein Musterbeispiel aus dem grünen Werkzeugkasten. Ich fordere etwas, was per se gut ist. Die Renaturierung ist gut. Ich mache jetzt ein Gesetz, ich drücke es mit Lobbys durch. Das ist auch parlamentarisch.

*Zwischenruf*

Die EVP macht das.

Gemeinderat **Piffl-Percevic**:

Alle ihre Einwendungen sind bei diesem angeblichen Kompromiss nicht zum Tragen gekommen, bitte nachzulesen. Wir reden jetzt von der Umsetzung in Österreich, ihr wollt, dass die Länder und die Ministerin das so macht, wie ihr wollt.

Hier wird auch ein Antrag gemacht, wo nur Gutes angestrebt wird: Renaturierung, Rückbau von Flüssen ist nur gut. Im Übrigen bitte, das einzige Beispiel, das wir in Graz dazu wirklich haben war der Rückbau eines Gartens, der diesen Namen nicht mehr verdient hat. Das war der Augarten und dort haben wir Wasserflecken hineingebaut. Wer war dagegen? Fundamentalistisch, das ist unerhört kein Rückbau des Augartens. Ich hätte dann, wenn wir das nicht geschafft hätten, einen Antrag gestellt, ihn umzubenennen. Das ist ein Beispiel für vernünftigen Rückbau und wenn ihr mitgetan hättet, wäre da noch viel mehr an Wasserflächen hineingekommen. Soweit als

Exempel. Ihr stellt euch hin, schreit quasi haltet den Dieb und habt selber einiges verändert in der Stadt und ihr lasst euch dann sonnen, weil ihr so grün seid. Die Christine Braunersreuther ruft gleich die soziale Krise aus. Ja, es ist eine soziale Krise, wenn ein Teil der Gesellschaft de facto – und jetzt verwende ich ein Wort, ich erkläre es gleich – insinuiert. Ich habe es selber nachschauen müssen. Also, so durch Anträge, durch Wortmeldungen tut, als würden die anderen alle nichts getan haben, nämlich die Bauern. Das ist eine gesellschaftliche Krise, die ihr hervorruft. Unsere Bauern, die produzieren unsere Lebensmittel, die immer hoch gelobt werden im Zusammenhang mit den Bauernmärkten. Das wird überhaupt nicht beachtet, was die machen. Wir haben die EU-ÖPUL-Richtlinie. Hier werden beachtliche, umweltkonforme, natürliche Lebensräume schützende Maßnahmen tagtäglich von unseren Landwirten umgesetzt. Wir haben die Wasserrahmenrichtlinie der EU, wo bis 2027 alle Gewässer auf einen gewissen Standard gehoben werden. Wer erwähnt das, was schon geschieht? Ich sage nicht, dass das genug ist und das reicht, aber es wird hier nochmals so getan, als würden die anderen genau nichts machen und nur dieses Gesetz würde das Ziel tendenziell erreichen lassen. Dagegen wehre ich mich entschieden. Dieser schwarz-weiß-grün-Weißmalerei verwehre ich mich entschieden. Damit wird der guten Sache, nämlich der berühmte Bärenienst. Das Pendel der Akzeptanz in der Gesellschaft für Umweltmaßnahmen brauchen wir. Wir brauchen diese Akzeptanz, aber wir dürfen sie nicht unterlaufen und untergraben. Durch solche politisch unfairen, unklugen Vorgangsweisen und Unrichtigkeiten wird genau das Gegenteil erreicht. Also zurück: Wir wollen einen kooperativen Naturschutz haben und mit den Beteiligten, mit den Landwirten, mit ihren Interessensvertretungen gemeinsam daran arbeiten, Schritt für Schritt. Das ist mein Ziel und in diesem Sinne brauche ich kein weiteres Schlusswort sagen, danke.

***Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz (17.26 Uhr).***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Sie sind jetzt schon eine Minute drüber und das Schlusswort hätte der Gemeinderat Ram, wenn keine weitere Wortmeldung mehr ist, dann darf ich darum bitten.

Gemeinderat **Ram**:

Es tut mir leid, ich habe mich hinreißen lassen, auf ein paar Wortmeldungen direkt zu reagieren. Also, ich tue mir jetzt auch schwer, weil da jetzt so ein großes Sammelsurium an Dingen war.

Um das jetzt vielleicht noch einmal zu wiederholen: Es geht da sicher nicht um das, dass wir jetzt da Experten sind. Es geht um das, dass in einem jahrelangen Prozess auf EU-Ebene auf ein Problem reagiert wurde. Dort mit Experten, Interessensgruppen, Lobbys und verschiedensten Gruppen an einem Gesetz gearbeitet wurde, ein Mindestmaß zu erfüllen, dass wir in der gesamten Europäischen Union, und ich glaube, da sind wir uns auch alle einig: Das ist kein Thema, das wir jetzt in Graz oder in Österreich lösen, sondern die Natur geht über die Grenzen hinweg. Und natürlich haben wir schon viel getan, aber wir sind auch eines der reichsten Länder der Welt. Wir haben eine besondere Verantwortung, wir verbrauchen wahnsinnig viele Ressourcen. Populismus, und ich muss ehrlich sagen, Herr Stadtrat, hier erwarte ich mir eigentlich mehr, weil da geht es genau um diese Sachen. Zu sagen 25.000 Kilometer ohne Kontext und dann noch zusätzlich, ich habe mich sehr geärgert über diesen Artikel, ich habe ihn auch gelesen, „Das ist zehnmals die Verbindung“ und nicht dazu zu sagen, dass es 1,65 Millionen Kilometer Flussfläche gibt in ganz Europa und dass das zwei Prozent sind und dass das wirklich nicht viel ist. Das ist Populismus und das sind die Dinge, die Problem sind und ich habe es von Herrn Pascuttini auch gehört. Das wird einfach übernommen und es tut mir leid, da geht es um Interessensgruppen und ich verstehe das, da gibt es dann vielleicht dann sagt man, ok, jetzt kommt da aus der EU dann eine Zielvorgabe. Und um das geht es, es ist eine Zielvorgabe und dieses

Gesetz wurde dermaßen aufgeweicht, dass man gesagt hat, liebe Länder, ihr könnt es tun, wie ihr das wollt, aber wir wollen verbindliche Ziele setzen, um ein Mindestmaß an Biodiversität in der EU zu gewährleisten. Aber ihr könnt es selber entscheiden.

Und alle diese Sachen, die da kommen, die tatsächliche Berichtigung, also, Entschuldigung, war das wirklich ernst gemeint, dass man jetzt 100 % der Flüsse wieder? Das stimmt nicht. 25.000 km und das, was Sie zitiert haben, da geht es um die besonders schützenswerten Ökosysteme, die wir wieder bis 2015, müssen wir Maßnahmen setzen dort, genau das steht nämlich im Text, um zu gewährleisten, dass dort die Biodiversität wieder hergestellt wird.

Und, Entschuldigung, es geht nicht um Ideologie, es geht um persönliche Verantwortung und es kann sich jeder hier herinnen überlegen, und ich glaube halt einfach, und da bin ich natürlich schon auch auf der Ebene, dass ich sage, solche Dinge sind natürlich EU-Ebene. Und ich finde es gut, dass die einzelnen Länder, dass es da nicht um das geht und dass man sagt, ihr müsst das und das und das machen, sondern dass man sagt: „Okay, schaut, versuchen wir gemeinsam einen Weg zu finden, dass wir gewisse Ziele erreichen“. Dafür bilden wir einen Rahmen und dann tun wir gemeinsam und dann lernen wir voneinander. Dann stellen wir Geld zur Verfügung, das man sich dann übrigens abholen kann dafür. Aber nein, wir müssen jetzt irgendwo, ach Gott, da könnte doch irgendwas sein, was uns einschränkt oder irgendjemandem nicht passt, in unserer Interessensgruppe und dann sind wir halt dagegen und torpedieren ein wirklich wichtiges Gesetz. Es geht ja natürlich auch um die anderen Länder, da geht es um eine Konkurrenzfähigkeit auch unserer Landwirte, die vielleicht nach besseren Regeln spielen als die anderen. Wir stimmen diesem Gesetz nicht zu und dann sagen wir wieder, ah, da können wir nichts machen, weil die Ungarn, die produzieren dann so viel billiger. Entschuldigung, aber es ist einfach nicht nachvollziehbar, nicht logisch, nicht richtig. Und auch wenn das nicht unsere Ebene ist, aber es ist, glaube ich, wichtig, als Stadt Graz, weil wir sind eine große Stadt und es ist auch beim Städtetag ein Kompromiss rausgekommen, wo man sagt: „Wir wissen nicht genau, ob wir wirklich



dafür sind, dass wir als Stadt Graz ganz klar sagen, uns ist es wichtig, dass die Natur in Graz und in der Steiermark und in Österreich und in Europa wieder eine Chance bekommt“. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke auch. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag selbst. Ich darf bitten, wer dafür ist, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe, der Antrag ist mehrheitlich so angenommen.

***Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio).***

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag eingebracht von Frau Gemeinderätin Slama. Hier geht es um eine Hilfe für unsere Tiere in der Stadt, bezogen auf heiße Tage.

#### **8.5 Hitzeschutzkampagne für Tiere in der Stadt (GR<sup>in</sup> Slama, Grüne)**

Gemeinderätin **Slama**:

Ja, immer ein bisschen schwierig nach so einer Diskussion irgendwas machen zu müssen, ehrlicherweise, aber wir kommen jetzt zu einem Thema, wo wir hoffentlich ein bisschen weniger hitzig darüber diskutieren müssen, obwohl es genau darum geht, um Hitze.

Also, liebe alle, in meinem Antrag geht es um eine grundsätzliche Hitzeschutzkampagne für Tiere in der Stadt. Da sagt der Name schon relativ viel, würde

ich sagen, auch wenn es heute vielleicht nicht so wirkt mit den Temperaturen und dem Wetter, grundsätzlich steht uns ein unglaublich heißer Sommer vor der Tür und wir kennen es ja eh, wir müssen uns nur anschauen, wie geht es uns bei über 30 Grad in der Stadt, auf dem Beton. Meistens nicht sonderlich gut. Und die Sache ist aber, wir können uns helfen, wir können uns artikulieren, Tiere können das nicht. Das heißt, wir haben in unserem Stadtgebiet unglaublich viele kleine Tiere.

Entschuldigung, ich denke jedes Mal an Weihnachten bei der Glocke.

Also bei uns leiden kleine Wildtiere im Stadtgebiet ganz besonders. Ihnen fehlt Wasser, ihnen fehlt Schatten, ihnen fehlt die Möglichkeit sich irgendwo auszuruhen und zu verstecken vor dieser Hitze.

Also die baulichen Maßnahmen gehen wir da ja schon an, da passiert derzeit auch sehr viel. Das Problem ist aber, wir könnten noch sehr viel mehr helfen und damit meine ich nicht nur den Wildtieren, sondern auch den Tieren, die ganz bewusst mit uns leben.

Also unseren Nutztieren, unseren Haustieren, wir können denen unglaublich bei dieser Hitze helfen, indem wir zum Beispiel etwas wie aufgeheizte Autos im Kopf haben, den ultraheißen Beton, der im Sommer bis zu 60 Grad erreichen kann, die fehlenden Abkühlungsmöglichkeiten und vor allem die Gefahr von einem Hitzschlag auch bei Tieren. Und ganz viele von diesen Dingen sind leider einfach nicht im Allgemeinwissen vorhanden, so etwas wie, dass man mit seinem Hund nur ganz in der Früh oder ganz am Abend hinausgeht, damit sie sich die Pfoten am Asphalt nicht verbrennen, wissen leider viele Menschen einfach nicht. Dass einige Tierrassen, zum Beispiel Hunderassen oder auch einige Nagetierrassen, ein viel höheres Risiko haben für Probleme mit Hitze als andere, wissen auch die meisten leider nicht. Dass man zum Beispiel Tiere im Sommer auf keinen Fall auf einen Balkon halten darf oder auch nur rauslassen darf, hätte ich vor diesem Antrag selbst nicht gewusst. Und genau das sollte aber unsere Aufgabe als Stadt sein: Dass wir nicht nur baulich alles tun, damit es den Menschen und den Tieren im Sommer gut geht, sondern auch die Informationen weiterbringen,

damit die Menschen selbst darauf achten können, wie es ihren Tieren geht oder wie es den Tieren in ihrer Umgebung geht.

Deshalb geht es mir darum, dass wir unsere Verantwortung in der Stadt nicht nur den Menschen gegenüber ernst nehmen, sondern auch den Tieren gegenüber. Und deswegen darf ich meinen

**Dringlichen Antrag**

an Frau Stadträtin Schönbacher stellen. Schön, dass wir immer wieder miteinander zu tun haben. Und zwar: Die Tierschutzzuständige Stadträtin Claudia Schönbacher wird ersucht, die Möglichkeiten einer Informationskampagne zum Thema "Stadttiere vor Hitze schützen" zu prüfen.

Erste Eckpunkte einer solchen Informationskampagne sind dem Gemeinderat in der Juli-Sitzung 2024 zu berichten.

***Originaltext des Dringlichen Antrages:***

*Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden*

***Dringlichen Antrag***

*Die für Tierschutz zuständige Stadträtin Claudia Schönbacher wird ersucht, die Möglichkeit einer Informationskampagne zum Thema „Stadttiere vor Hitze schützen“ zu prüfen. Erste Eckpunkte einer solchen Informationskampagne sind dem Gemeinderat in der Juli Sitzung 2024 zu berichten.*

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke. Wortmeldungen zur Dringlichkeit bitte. Frau Stadtrat Schönbacher, bitte.

Stadträtin **Schönbacher**:

Vielen herzlichen Dank, liebe Anna, du sprichst mir da aus dem Herzen, weil Tierschutz ist uns allen sehr wichtig und es ist auch ein Thema, wo wir wirklich immer einer Meinung sind und der Zeitpunkt ist der richtige, deswegen ist auch dieses Thema dringlich, weil auch wenn es jetzt nicht so aussieht, es könnten tatsächlich Hitzetage kommen.

Für Information bin ich immer zu haben, weil einfach Wissen ist Macht, durch Wissen kann man Dinge richtig machen und das ist sehr, sehr wichtig, deswegen arbeite ich ja sowieso auch an Informationskampagnen. Wir haben auch für den Juli in der BIG-Ausgabe schon einen Platz reserviert für ein Tierschutzthema, das wird in diesem Fall dann auch dieses Thema sein, weil es dann gut passt und da kann man dann auch weiterschauen, weil soweit ich weiß, in den vergangenen Jahren hat man im Sommer in verschiedensten Medien auch immer lesen können, was man auf jeden Fall tun soll für seine Tiere, was man auch vermeiden soll, also das ist auf jeden Fall ein gutes Thema, deshalb setze ich mich auch immer wieder für Badestellen und viel Nass auf Hundewiesen ein. Leider sind bei den Auwiesen unten, die Badestelle, lässt echt zu wünschen übrig, da gäbe es wirklich großen Handlungsbedarf, weil sehr viele Hundehalter dort ausweichen und es ihnen dann nicht erlaubt ist. Das ist sehr schade. Also auch da gäbe es einen Bedarf und da können wir auf jeden Fall zukünftig zusammenarbeiten. Da gebe ich dir auf jeden Fall für diesen Antrag auch unsere Zustimmung.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Dringlichkeit ab. Wer ist dafür? Gegenprobe ist mehrheitlich angenommen. Es fehlen nämlich viele, aber es ist mehrheitlich angenommen.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, Eustacchio).***

Dann kommen wir zum Antrag selbst. Herr Gemeinderat Pointner, bitte.

Gemeinderat **Pointner:**

Werte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenate, werte Kolleg:innen, liebe Anna, ich grätsche mich da jetzt gleich hinein, weil ich einen Zusatzantrag dazu habe zu deinem sehr, sehr schönen Antrag, der auch wirklich so eine rührende Komponente hat, dass man nicht immer nur glaubt, man ist als Mensch ein Wesen, sondern da gibt es noch andere Wesen, die diesen Stadtraum bevölkern. Mensch und Tier kommen gleichermaßen in Probleme mit der Hitze in der Stadt. Es war gerade EU-Wahlkampf. Da kann man das auf der Herrengasse sehr hautnah als Wahlkämpfer erleben. Die Extremwetterereignisse, also dieser monsunartige Regen, dann prackt wieder die Hitze her. Ja, das geht uns allen gleich, die wir Tiere oder Menschen sind. Aber da gibt es einen Lösungsansatz von NEOS dagegen und somit auch ein echtes Herzensanliegen. Wieso ist das schon rot?

Bürgermeisterin **Kahr:**

Das muss ein Irrtum sein. Ich passe ja auf. Einfach weiterreden.

Gemeinderat **Pointner:**

Also, da gibt es ein wirkliches Herzensanliegen von NEOS, das Ihnen allen wohl bekannt ist. Das ist die Stadtallee, weil gerade von heißen Pfoten geredet worden ist, von Igel und so weiter. Auch andere Tiere haben heiße Pfoten, das sind Eichhörnchen, Füchse, Dachse gibt es auch in der Stadt und so weiter. Warum keine Stadtallee nach dem

Schwammstadtprinzip, vom Eisernen Tor über den Hauptplatz bis zum Hauptbahnhof, die Annenstraße würde sich auch freuen, auch die Tiere in der Annenstraße, und zudem wäre das Ganze noch etwas Tolles, weil wir haben ja eigentlich das Grüne Netz Graz. Leider ist die Frau Vizebürgermeisterin jetzt nicht da, weil dieses Grüne Netz Graz, da haben wir ja einige Maßnahmen verbindlich erklärt, vom grünen Netz Graz. Und so eine Stadtallee würde einen Grünkorridor schaffen, von der Elisabethstraße im Osten bis zur Eggenberger Allee. Eine alte Maßnahme, noch unter Bürgermeister Nagel, sehr, sehr löblich. Grünes Netz Graz, unterstützen wir das Grüne Netz Graz durch eine Stadtallee und helfen wir Menschen und in diesem Falle besonders auch Tieren dadurch. Auch die Vögel können in einer wunderbar nach dem Schwammstadtprinzip gepflanzten Baumkrone herrlich nisten, anstatt dass sie sich ihre Füße am heißen Stadtboden verbrennen müssen.

Daher mein

**Zusatzantrag,**

die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, welche positiven Auswirkungen eine Stadtallee, gepflanzt nach dem Schwammstadtprinzip, vom Eisernen Tor über den Hauptplatz bis zum Hauptbahnhof auf Mensch und Tier hat. Bitte um gewogene Annahme.

***Originaltext des Zusatzantrages:***

*Wie im Motiventext des dringlichen Antrags von Gemeinderätin Anna Slama angeführt, leiden Mensch und Tier gleichermaßen von der zunehmenden Hitze in der Stadt. Sowohl für Mensch als auch für Tier sind mehr Grünraum entscheidend, um dem Hitzestress Einhalt zu gebieten. Um die Situation in Graz – vor allem innerstädtisch zu verbessern - wäre eine Stadtallee vom Jakominiplatz durch die Herrengasse bis hin zum Hauptbahnhof eine der zielführenderen Maßnahmen. Zudem würde diese Allee einen im Grünen Netz Graz vorgesehenen Grün-Korridor schaffen, der von der Elisabethstraße im Osten bis zur Eggenberger Allee im Westen geht und somit Eichhörnchen, Bienen,*

*Dachse, Füchse und Vögel eine Durchquerung der Stadt im Schutz der Bäume ermöglicht.*

*Daher stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß §21 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den Zusatzantrag:*

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, zu prüfen, welche positiven Auswirkungen eine Stadtallee, gepflanzt nach dem Schwammstadtprinzip, vom Hauptplatz bis zum Hauptbahnhof auf Mensch und Tier hat.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals, ich wollte nur sagen, das grüne Netz, das stimmt, das gibt es schon sehr, sehr lange. Warum es nicht durchgehend noch umgesetzt ist, weil man sonst die Straßenbahnschienen wegreißen müsste, das ist halt manchmal nicht überall möglich. Dachs finde ich super, weil den habe ich gestern aufgehängt im Bürgermeisterbüro, also ein Bild. Herr Gemeinderat Winter, und dann kommt die Frau Gemeinderätin Pogner.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Antragstellerin, grundsätzlich ein sehr, sehr positiver Antrag, freut mich, dass so ein Antrag kommt, den wir auch unterstützen werden. Mich wundert persönlich nur ein wenig die Wandelung der Gesinnung von der letzten Sitzung zur jetzigen Sitzung. Da haben wir einen Antrag eingebracht hinsichtlich dem Bettelverbot mit Tieren. Da ist nämlich genau die gleiche Thematik aufgekommen, dass es mit Sicherheit Tieren nicht gut tut, wenn sie lange Zeit in der Hitze sein werden, wenn sie lange Zeit am heißen Asphalt sein werden. Da hat man noch in dem Sinn gesagt, es hat alles damit nichts zu tun und im Endeffekt lehnt man den Antrag ab.

Es freut mich, dass zumindest eine gewisse, sagen wir jetzt einmal, inoffizielle Wandlung eingetreten ist und dass man doch erkannt hat, dass Hunde nicht so gerne permanent in der Hitze sein werden. Vielleicht können wir uns langfristig, vielleicht nächsten Sommer darauf einigen, dass man auch Hunde beim Betteln langfristig nicht in der Hitze sitzen lassen soll.

Das andere ist natürlich der Antrag vom Kollegen Pointner. Ja, ist natürlich ein Herzensanliegen. Von der realen Umsetzung her ist es etwas schwierig und eigentlich, muss ich ganz ehrlich sagen, schade, dass er nicht da ist, also, naja, versteckt sich.

Der springende Punkt ist auf alle Fälle der, dass man einen sinnvollen Antrag, so wie er da gegeben ist, dazu nutzt, irgendwie noch gleichzeitig eine Bühne zu kreieren und sein eigenes Herzensanliegen, nämlich diese Stadtallee, die eigentlich in keiner Weise umsetzbar ist, da einzuflechten, ist natürlich fragwürdig. Ich hoffe, dass die meisten Hundebesitzer, um auf den Antrag zurückzukommen, ohne dies wissen, dass sie eigentlich die Hunde nicht im Auto lassen sollen, bei Hitze oder extremer Hitze aussetzen sollen. Ich glaube, wenn man so etwas macht, müssten die meisten schon zumindest im Sternzeichen Zwilling sein, weil die Einzelperson allein kann fast nicht so dumm sein. Der springende Punkt ist, wir werden ihn unterstützen und werden dem Ganzen natürlich entgegenkommen und das mittragen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals für die Wortmeldung. Frau Gemeinderätin Gamsjäger-Katzensteiner. Frau Gemeinderätin Pogner haben Sie sich zu Wort gemeldet?

Gemeinderätin **Gamsjäger-Katzensteiner**:

Ich möchte auch der Antragstellerin danken für den wichtigen und guten Antrag. Auch Tiere sind natürlich massiv vom Klimawandel und den Folgen betroffen. Wir haben es



auch vorhin in der Diskussion schon gehört, wie es den Wildtieren auch geht, die vom menschengemachten Klimawandel betroffen sind. Naturkatastrophen, Überschwemmungen, Brände oder eben auch Hitze beeinträchtigen natürlich auch Tiere. Wir haben erst in letzter Zeit gehört, dass massive Hitze, wie in Indien, dazu geführt hat, dass die Affen teilweise tot von den Bäumen gefallen sind.

In Graz haben wir im Moment noch kein Hitzewetter, soll aber nächste Woche, laut Prognosen, wieder kommen. Von dem her ist es natürlich wichtig, dass wir auch hier in den Klimawandel-Anpassungsmaßnahmen die Tiere mit einbeziehen und mitdenken und den Menschen einfach wichtige Informationen auch zukommen lassen, wie sie sowohl die Wild- als auch unsere Haustiere schützen können. Deswegen natürlich hier gerne unsere Zustimmung. Dem Zusatzantrag werden wir nicht zustimmen, weil ganz einfach die Umsetzungen dieser schon mehrfach eingebrachten grünen Meile nicht sonderlich realistisch scheint.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gemeinderätin Hopper, bitte.

Gemeinderätin **Hopper**:

Geschätzte Kollegen, die noch da sind, liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Anna, vielen Dank für den Antrag in aller Kürze. Bei der Dringlichkeit waren wir nicht dafür, aufgrund der Ausführungen von Stadträtin Schönbacher und dem, was die Stadt bereits umsetzt, ist uns das nicht als außerordentlich dringlich erschienen. Es wäre nämlich eigentlich jedes Jahr dann vorm Sommer dringlich, haben es aber doch nicht auch jedes Mal im Gemeinderat. Zum Inhalt ist es uns wichtig zu sagen, dass wir selbstverständlich alle Maßnahmen, die einem Leid von Tieren irgendwie entgegenwirken und das Ziel haben, unsere Tiere in Graz, egal ob es Nutztiere,

Haustiere oder Wildtiere, zu schützen, sehr offen gegenüberstehen und uns über alles freuen was umgesetzt wird. Zum Antrag von Kollegen Pointner, auch wenn die Umsetzung vielleicht etwas zweifelhaft ist, aber aufgrund der Tatsache, dass man, glaube ich, alles versuchen sollte, was irgendwie möglich ist, werden wir diesem Zusatzantrag auch zustimmen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, darf ich die Antragstellerin zum Schlusswort bitten.

Gemeinderätin **Slama**:

Ich freue mich sehr über diese sich abzeichnende Zustimmung, auch danke an die ÖVP mit einem ein bisschen spannenden Abstimmungsverhalten, aber schön, dass wir euch beim Inhalt an Bord haben. Ich muss leider auch sagen, beim Zusatzantrag, Philipp, grundsätzlich, ideenmäßig finde ich es ja eh cool, aber wir haben es jetzt schon gehört, wir haben die Machbarkeit mehrmals überprüft, ist leider nicht so leicht möglich, aber ich kann dir versichern, seit Amtsantritt wurden 1.000 Bäume gepflanzt, wir werden weitermachen, vielleicht nicht genau alleeförmig in der Straße, wo du es dir jetzt vorstellst, aber grundsätzlich, es werden immer mehr Bäume gepflanzt und das wird auch weitergehen und ansonsten freue ich mich sehr, vor allem von der zuständigen Stadträtin, da auch so eine positive Rückmeldung zu kriegen. Und danke schon einmal, für den, wie es klingt, einstimmigen Antrag?

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Abstimmung selbst, wer ist für den Antrag? Gegenprobe, die Frage ist eindeutig beantwortet, sie ist einstimmig angenommen, der Antrag.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

Wer ist für den Zusatzantrag? Ist in der Minderheit geblieben.

***Der Zusatzantrag wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, NEOS).***

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag eingebracht von Herrn Gemeinderat Gjergji. Es geht um die Ungleichbehandlung, Abstellen bei Unternehmer:innen im Krankheitsfall.

**8.6 Ungleichbehandlung abstellen! Unternehmer:innen im Krankheitsfall  
ausreichend absichern!  
(GR Gjergji, SPÖ)**

Gemeinderat **Gjergji**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Mitglieder der Stadtregierung, geschätzte Kolleg:innen im Gemeinderat, es ist für mich eine Herzensangelegenheit, vor allem auch, weil ich selber selbstständig bin und wir wissen, es gibt auch von der Statistik Austria die Zahlen, wir haben in Österreich österreichweit über 600.000 Unternehmen und 99 % davon sind Klein- und Mittelbetriebe. Und da geht es halt um diese Ungleichheit, nämlich wenn es um Krankheitsfälle geht, sind diese Menschen in letzter

Zeit allein gelassen worden. Wir haben nämlich die Situation, dass vor dem 43. Krankheitstag keine Leistung vorhanden ist und diese Menschen tun sich sehr schwer, wir wissen auch, es ist bekannt, auch aus den Gesprächen mit ganz, ganz vielen Menschen, die da betroffen sind, wenn man mit denen spricht, erstens einmal ist es so, dass sie oft gar nicht wissen, manchmal auch nicht die nötige Zeit dafür haben, weil man einfach so als Unternehmer immer so unter diesem Druck ist, eben dass die Leistung dementsprechend passt. Und wenn sie es wissen, vielleicht auch das ein bisschen vernachlässigen. Und irgendwie fühle ich mich da in der Pflicht eigentlich etwas zu tun und ich glaube, es wird auch vielen hier so gehen, weil es nämlich darum geht, wir können nicht zuschauen, dass diese Menschen krank arbeiten gehen. Das ist nicht Sinn der Sache.

Wir kennen alle Unternehmerinnen und Unternehmer, die für uns vieles tun, wir wissen, dass Unternehmerinnen und Unternehmer nicht ihre acht Stunden am Tag arbeiten, sondern viel, viel länger sehr oft. Und wenn sie dann nachher auch gezwungen werden, nämlich krank arbeiten zu gehen, ich glaube, da müssen wir auch uns in der Verantwortung sehen, dass hier etwas gemacht werden muss. Und es gibt auch weitere Statistiken, zum Beispiel auch laut Statistik Austria, was die Zahlen jetzt, die Krankheitstage betrifft, von 2022 ist ein Durchschnitt von 0,4 Tagen, was Menschen krank sind und wir haben hier 43 Tage, also das ist deutlich niedriger als was hier nämlich aktuell SVS den Versicherten anbietet. Natürlich muss ich auch erwähnen, dass man versucht hat, etwas zu tun, aber da sind wir noch nicht dort gelandet, wo wir sein sollen. Es gibt die Möglichkeit, sich privat zu versichern. Natürlich hängt das vom Geld ab, und wir wissen alle, es ist jetzt nicht selbstverständlich, dass jemand, der selbstständig ist, automatisch das Geld hat und sich das leisten kann. Das ist definitiv nicht so, die tun sich auch schwer. 2,5 % von der Versicherungsprämie, was man bei SVS dazu quasi als Leistung kaufen kann, das ist für viele auch nicht wenig, und viele wissen auch nicht davon. Deswegen ist es für mich auch ganz wichtig, dass wir uns damit auseinandersetzen. Natürlich wissend, dass das nicht unsere Kompetenz hier ist,

aber mit einer Petition an den Bund, ein Zeichen für diese Menschen zu setzen, dass sie uns wichtig sind und dass es uns ganz wichtig ist, dass wir auf ihre Gesundheit schauen und dass sie nicht, wenn sie krank sind, arbeiten gehen müssen.

Deshalb mein

**Antrag:**

Der Bundesgesetzgeber wird gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich auf Petitionswege ersucht, eine Unterstützungsleistung im Krankheitsfall einzuführen, die sofort ab dem vierten Tag zu erfolgen hat.

Ich danke euch für die breite Zustimmung, auch für die Diskussion, wenn es notwendig ist, danke.

***Originaltext des Dringlichen Antrages:***

*Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden*

***Dringlichen Antrag:***

*Der Bundesgesetzgeber wird gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich auf dem Petitionsweg ersucht, eine Unterstützungsleistung im Krankheitsfall einzuführen, die sofort ab dem 4. Tag zu erfolgen hat*

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke für den wichtigen Antrag. Gibt es zur Dringlichkeit Wortmeldungen? Bitte Herr Gemeinderat Deveci.

Gemeinderat **Deveci**:

Danke für den Antrag, der ist sehr wichtig, und als Unternehmer weiß ich, dass man sich halt entscheiden muss, wird man jetzt krank oder stellt man sein Existenzminimum aufs Spiel? Dann entscheidet man sich halt, dass man krank arbeiten geht, weil man doch vielleicht eine Firma gegründet hat und sein ganzes Ersparnis eingesteckt hat und keine Unterstützung von der Sozialversicherungsanstalt hat. Es ist auch nicht immer das Unternehmen, was damit abhängig ist, sondern auch die Mitarbeiter, was man damit vielleicht in Gefahr stellen könnte. Deswegen bin ich sehr dankbar für den Antrag von dir und wir werden den auch natürlich sehr, sehr unterstützen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Frau Gemeinderätin Reininghaus.

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss mich als Unternehmerin jetzt auch zu Wort melden. Unternehmer haben es wirklich nicht leicht, wenn Sie sich erinnern an meinen Schulterbruch vor zwei Jahren. Sechs Wochen lang musste ich eine Schiene tragen, ich habe sechs Wochen lang einhändig am Computer gearbeitet, Groß- und Kleinschreibungen gab es natürlich nicht, das habe ich nicht geschafft, und hätte ich nicht eine Betriebsunterbrechungsversicherung gehabt, wäre ich, ja eigentlich, weiß ich eigentlich gar nicht, wie das gegangen wäre. Und irgendwann dann, nach acht Wochen, hat dann die Sozialversicherungsanstalt mir lächerliche € 2.000,00 überwiesen. Das ab dem 43. Tag. Ich war ja eigentlich nicht sechs Wochen, sondern zwei Monate quasi krank. Also, es ist ganz wichtig, vielen Dank für diesen Antrag, und ich denke, dass es hier eh zu einer breiten Zustimmung kommt. Das hat schon lange gebraucht, dass es hier eine Änderung gibt. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Herr Stadtrat Riegler, bitte.

Stadtrat **Riegler**:

Zunächst einmal dem Herrn Gemeinderat Gjergji auch ein aufrichtiges Danke. Als Wirtschaftsstadtrat kann ich mich nur darum bemühen, dass man das Unternehmertum nicht als Feindbild sieht, was meistens in der rot-grünen Welt gesehen wird, sondern eben auch in einem positiven Sinne. Na ja, der kommunistische Spitzenkandidat bei der Europawahl hat ja sogar im laufenden Fernsehen Enteignungen in Aussicht gestellt und gutgeheißen. Die rot-grüne Regierung hat zweimal in diesem Gemeinderatssitzungssaal Dringliche Anträge unserer Fraktion für ein Innenstadtförderpaket abgelehnt und abgewiesen. Das Einzige, was man von euch bekommen haben, war eine Hausaufgabe, dass wir eine Wirtschaftsstrategie schreiben dürfen, aber selbst das Geld für die Wirtschaftsstrategie gebt ihr uns schon wieder nicht. So gesehen muss man ja eigentlich dankbar sein, wenn zumindest einer bei euch, nämlich der Herr Gjergji, eben tatsächlich etwas für Unternehmer übrighat, weil er selber einer ist.

Allerdings muss ich Sie enttäuschen. Die breite Zustimmung wird zumindest bei uns für diesen Vorschlag nicht kommen, nämlich aus einem ganz einfachen Grund, weil offensichtlich hier wieder einmal der Sozialismus durchschlägt und es sozusagen nur darum geht, dass alles und jedes umgewälzt wird auf den Steuerzahler. Denn auf nichts anderes läuft der Vorschlag ja hinaus.

Selbstverständlich haben alle Dienstnehmer:innen, die in Österreich arbeiten, zahlen einerseits Dienstnehmerbeiträge und andererseits Dienstgeberbeiträge. Die Dienstgeberbeiträge betragen circa 27 % des Bruttogehaltes. Das heißt, mit diesen Beiträgen werden eben Leistungen, zum Beispiel für die Entgeltfortzahlung, gezahlt. Demgegenüber ist es bei Unternehmer:innen so, dass es ihnen freigestellt wird, ob sie

entweder die Zusatzversicherung in Anspruch nehmen, die beträgt 2,5 % der Beitragsgrundlage, das sind mindestens 30 Euro pro Monat, die man zusätzlich einzahlen kann. Dann ist man ab dem vierten Tag in Geldvorauszahlung gesichert. Also es geht im Grunde ja nicht darum, dass es dieses Angebot nicht gibt, liebe Frau Reininghaus. Selbstverständlich gibt es dieses Angebot. Selbstverständlich kann man sich dagegen versichern. Man muss halt nur zahlen. Das einzige Ansinnen der Babler-SPÖ, der Kahr-KPÖ und der Grünen ist halt, dass möglichst alles auf den Steuerzahler umgelegt wird. Und wer ist derjenige, der das zahlt? Wer ist der Steuerzahler? Das sind wir alle. Das heißt, es ist im Grunde genommen ein reines Ringelspiel. Wenn ihr jetzt dieser Forderung zustimmt, dann habt ihr schlicht und ergreifend von Wirtschaft nichts verstanden. Weil das, was ihr dann fordert, ist einfach nur, dass über die Preise, über die Einkaufspreise, über die Waren, Güter und Dienstleistungen eben zusätzlich auch dieser Versicherungsbeitrag von € 30,00 pro Monat pro Unternehmer dann eben vom Kunden gezahlt wird. Dann dürft ihr euch aber nicht wundern, wenn die Inflation so hoch ist, wenn man ständig neue Steuern erfindet. Deswegen darf ich für unsere Fraktion mitteilen, dass wir einer weiteren Steuer- und Gebührenerhöhung, wie von euch gefordert, nicht zustimmen werden.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Erstens ist unser Spitzenkandidat, danke, dass Sie ihn aber hier noch einmal erwähnen, für die Werbeeinschaltung, der ist selber selbstständig und weiß davon, was er redet, nämlich sein Leben lang.

Und zweitens wäre natürlich die Umverteilung von den Vermögenden hin zu jenen Selbstständigen, die es schwerer haben, das ist nämlich die breite Masse, von der der Herr Gjergji gesprochen hat, schon längst überfällig.

Ich bitte um weitere Wortmeldungen. Wenn das nicht der Fall ist, darf ich Herrn Gemeinderat Gjergji um das Abschlusswort bitten.



Gemeinderat **Gjergji:**

Werde ich sehr gerne nutzen, vor allem aus zwei Gründen. Erstens einmal möchte ich mich bei allen bedanken für diese breite Zustimmung, auch ohne ÖVP. Wichtig ist nämlich hier ein Zeichen zu setzen. Mich wundert es ein bisschen, wobei es wundert mich ja gar nicht so viel, weil ich habe gewusst, dass vom Günter etwas kommt, weil du, lieber Günter, anfangs, wie wir uns begrüßt haben, mich gefragt hast, wie man meinen Namen ausspricht, habe ich gewusst, du wirst mich auf irgendwas heute ansprechen. Also da habe ich gewusst, dass da etwas kommt. Sie haben ihn gut ausgesprochen, da bin ich eh schon sehr froh, weil da ein bisschen Populismus und keine Ahnung, alles Mögliche vorgeworfen wird und das kriege ich immer wieder mit. Ich meine, das machst du auch mit Perfektionismus auf der anderen Seite, aber ist ok, das sei dir gegönnt.

Ich möchte dich nur informieren, dass die selbe Initiative, da wirst du aber von deinen Kollegen aus der Wirtschaftskammer nicht informiert, anscheinend, sonst hättest du ein bisschen anders bei der Wortwahl gearbeitet, weil diese Initiative nämlich ziemlich ähnlich im steirischen Wirtschaftsparlament drinnen war und mehrheitlich nämlich dafür gestimmt worden ist und da hat es nicht solche Wortmeldungen gegeben.

Also Herr Wirtschaftsstadtrat, ganz ehrlich, ich höre das immer wieder von dir, dass du sagst, dir ist wichtig für Wirtschaft zu arbeiten und treffen wir uns und es geht um die Unternehmer und alles, das ist mir auch extrem wichtig, nur danach es irgendwie mit einem Aber zu enden und danach den anderen etwas vorzuwerfen und dann zu sagen, deswegen stimmen wir nicht dafür, finde ich, ist nicht der richtige Zugang. Es sind auch die Rückmeldungen, die ich bekomme, das ist nicht das, was bei den Menschen ankommt und auch bei den Unternehmerinnen und Unternehmern nicht, und wenn wir es nicht schaffen, ein bisschen besser gemeinsam zu arbeiten, werden wir beide zusammen nicht viel mehr erreichen. Ich bin gerne bereit zusammenzuarbeiten, aber vielleicht eben dementsprechend, dass das auch fair ist und nicht immer wieder etwas vorgeworfen wird. Danke für eure Aufmerksamkeit.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Vielen Dank. Wir kommen zuerst zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist somit gegeben.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio).***

Wünscht wer zum Antrag selbst noch das Wort? Frau Klubobfrau Braunersreuther.

Klubobfrau **Braunersreuther**:

Ja, liebe Kolleg:innen, jetzt werden sich vielleicht manche wundern, dass es von der KPÖ gleich zwei Wortmeldungen, positive, zu einem Antrag für Unternehmer:innen gibt, aber es ist eben nicht mehr so, dass Unternehmer:innen eben die Firmenchefs, also wie man sich das so klassisch, klischeehaft vorstellt, diese großen, sondern selbstständig sind. Häufig sind es auch Menschen, die das nicht ganz freiwillig sind. Ich möchte jetzt aus einem Bereich ein Beispiel nennen, mit dem ich mich wissenschaftlich, aber auch in der Unterstützung der IG24 beschäftige, nämlich denkehrbereich, den Bereich, der in der Corona-Zeit als sehr unterstützungswürdig empfunden worden ist und danach wieder so aus unserem Bewusstsein verschwunden ist. Österreich hätte nämlich eine massive Pflege- und Betreuungskrise, wenn nicht Betreuungskräfte aus Süd- und meistens Osteuropa die häusliche 24-Stunden-Betreuung von meist älteren Menschen übernehmen würden, die nicht mehr selbstständig zu Hause leben können, aber doch gerne zu Hause leben möchten. Diese, meistens Frauen, bilden die höchste Anzahl an EPU, also an Einpersonenernehmen, bei der Wirtschaftskammer, obwohl sie genau genommen nicht selbstständig sind. Es gibt gerade einen Prozess, um deren Scheinselbstständigkeit zu beweisen, aber das ist eben etwas anderes.

In diesen scheinselfständigen Verhältnissen zahlen sie verpflichtend in die Sozialversicherung der Selbstständigen ein.

Zum Teil, da sie sehr prekär verdienen, bis zu einem Drittel ihres Brutto-Einkommens. Also, sie verdienen oft nicht mehr als € 1.000,00. Sie nehmen aber quasi nie Leistungen in Anspruch, weil wer 24 Stunden arbeitet, der nutzt - also sie haben eigentlich eine Pflichtpause von zwei Stunden, die kriegen sie häufig noch nicht einmal zugestanden und in der werden sie sicher nicht zum Arzt gehen, sondern die brauchen sie wirklich zum Erholen. Wenn sie krank sind, dann bleiben sie entweder in ihren Herkunftsländern zu Hause, also meistens, weil wo sollen sie auch sonst hin? Für sie gibt es in den Häusern nur ein Zimmer für eine Betreuerin, die halt gerade da ist. Zum Zahnarzt und sowas erledigen sie halt auch alles dann in ihrer Freizeit. Pension bekommen sie aus der Sozialversicherung im Durchschnitt € 10,00 pro Berufsjahr, weil sie eben so wenig verdienen. Also da ist eigentlich eine Menge zu tun für diese, zumeist Frauen, die eigentlich die Stützen unserer Gesellschaft sind, aber dass sie zumindest eben in den Krankenstand gehen können und dafür bezahlt werden, das wäre mal ein wichtiger Anfang, eben nicht nur für diese Frauen, aber ich nehme diese 24-Stunden-Betreuer::innen als das wahrscheinlich prekärste Beispiel dafür, an dem die Sozialversicherung nämlich sehr viel verdient und wo ich wirklich gerne wissen würde, was sie mit dem Geld tut, ich glaube nicht, dass man dafür nachfinanzieren müsste, wenn man denen etwas auszahlt.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, Herr Gemeinderat, möchten Sie noch einmal ein Schlusswort? Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag selbst. Wer ist dafür? Gegenprobe. Danke, der Antrag ist somit angenommen.

***Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG).***

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag eingebracht von Frau Gemeinderätin Robosch, hier geht es um günstigere Stromtarife für gemeinnützige Veranstaltungen.

### **8.7 Vergünstigungen bei Stromtarifen für gemeinnützige Veranstalter:innen (GR<sup>in</sup> Robosch, SPÖ)**

Gemeinderätin **Robosch**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Stadtsenat, falls Ihnen dieser Betreff und auch der Text bekannt vorkommt: Ich habe den ähnlichen, wenn nicht fast gleichen Antrag letztes Jahr schon gestellt, fast genau ein Jahr her, am 06. Juli, weil dieses Thema sehr wohl dringlich auch in Graz ist, weil wir sehr wohl merken, dass sehr viele Veranstalter und Veranstalterinnen zum Dieselaggregat greifen, einfach und ganz banal ausgedrückt, weil der Strom aus dem Stromkasten allein fürs Aufsperrn so teuer ist, dass das Dieselaggregat zum Mieten alle Stromkabel zu legen und der Diesel für viele Veranstalter:innen billiger kommt und damit auch leistbarer ist.

Dann haben wir eine Beantwortung bekommen von diesem Dringlichen, der hat uns wirklich ein bisschen geärgert, weil in der Sache ist nichts weitergegangen, außer dass wir uns erklärt haben, wie die Pauschalpreise pro Stromkasten gelegt werden. Die Preise waren uns durchaus bekannt, wir machen auch die eine oder andere Veranstaltung in Graz, das eine oder andere Grätzl-Fest, wir wissen, dass ein Stromkasten nur zum Aufsperrn fast € 500,00 in Graz kostet. Das sind vor allem für kleine Veranstaltungen, vor allem für gemeinnützige Veranstaltungen, Kosten, die sehr, sehr schwer zu stemmen sind und das merken wir auch anhand des erst kürzlichen Vorfalls mit dem Schlagergarten Gloria, wo wir über den Spendenaufruf eben auch gehört haben, dass generell die Kosten für Veranstalterinnen und Veranstalter so enorm gestiegen sind und die auch die Auflagen für Veranstalter:innen

so enorm gestiegen sind, dass es einen Spendenaufruf gebraucht hat, um überhaupt das Schlagergarten Gloria wieder zu veranstalten.

Side-Fact, auch der Schlagergarten greift auf ein Dieselaggregat zurück, obwohl, wie in dieser Beantwortung wir lesen durften, eigentlich die Dieselaggregate in Graz verboten sind und nur in Ausnahmefällen überhaupt genehmigt werden, in der Veranstaltungsgenehmigung muss man das aber nicht angeben.

Ich mache jetzt niemanden an Veranstaltern einen direkten Vorwurf, dass sie das machen, es ist mir völlig klar, solange das so einen preislichen Unterschied macht, dass eine so viel leistbarer ist als das andere, dass es dann zum Dieselaggregat und zum Einsatz dessen kommt.

Demnach haben wir uns jetzt zum Ziel gemacht, diesen Antrag noch einmal zu stellen und auch ein bisschen konkreter zu stellen und auf dich, Manfred, zuzukommen, weil wir mit dir auch schon sehr viele Gespräche in diesem Bereich getroffen haben.

Durchaus ist allen bewusst, dass diese fast 500 € pro Kasten eben, also wenn man einen größeren Park hat und mehrere Kästen hat, dann kostet es auch mehr. Dass es da schon durchaus ein Bewusstsein gibt, dass Handlungsbedarf da ist, deswegen darf ich den Dringlichen Antrag noch einmal stellen. Namens des Sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich den

**Dringlichen Antrag:**

Der für Beteiligungen zuständige Stadtrat Manfred Eber wird ersucht, gemäß Motivenbericht zu prüfen, inwieweit man für gemeinnützige Veranstalter:innen die Stromnutzung durch das Haus Graz günstiger zur Verfügung stellen kann, um den Einsatz von Mobilaggregaten hintanzustellen.

***Originaltext des Dringlichen Antrages:***

*Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den*

***dringlichen Antrag:***

*Der für Beteiligungen zuständige StR Manfred Eber wird ersucht, gemäß Motivenbericht zu prüfen, inwieweit man gemeinnützigen Veranstalter:innen die Stromnutzung durch das Haus Graz günstiger zur Verfügung stellen kann, um den Einsatz von Mobilaggregaten hintanzustellen.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wortmeldungen zur Dringlichkeit, bitte. Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für die Dringlichkeit? Das ist die Mehrheit.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, FPÖ, Eustacchio).***

Dann kommen wir zum Antrag selbst. Wer wünscht das Wort? Auch nicht der Fall, Anna, dann bitte Frau Gemeinderätin Robosch. Auch kein Schlusswort. Dann kann ich nur mich bedanken für die breite Zustimmung. Ich glaube, für die Schriftleitung ist es noch notwendig gewesen. KFG, glaube ich, hat dagegen gestimmt. KFG, Gemeinderat Wagner und Herr Gemeinderat Eustacchio. Gegenprobe ist wieder mehrheitlich angenommen, mit denselben drei Gegenstimmen.

***Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, FPÖ, Eustacchio).***

Danach kommen wir zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Klubobmann Pascuttini. Hier geht es um das Thema Hochwasser in Graz und die Unterstützung von Betroffenen.

**8.8 Hochwasser/Überschwemmungssituation Graz, weitere Unterstützung  
Betroffener, Sachprogramm Grazer Bäche  
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Klubobmann **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat, ich möchte jetzt nicht alles wiederholen, was wir heute schon zu diesem Thema gehört haben. Da wurde ja schon heftig diskutiert. Die Ereignisse der letzten Tage sind uns alle noch in deutlicher Erinnerung. Wir haben in Graz ein Problem. Die Unwetter machen nicht vor der Stadtgrenze Halt und man muss eines sagen, also man kann in diesem Bereich aus meiner Sicht gar nicht genug tun. Seit ich vor einigen Jahren mit der Politik begonnen habe, habe ich in meinem näheren Umfeld, wo ich auch wohne, immer wieder mit Überschwemmungsereignissen zu tun. Und diese Überschwemmungsereignisse sind nicht immer gleich, die sind nicht immer gleich im Ursprung. Wir haben 2021 erlebt, wie der Thaler Bach aus den Ufern getreten ist und auf der anderen Seite dieses Berges, dieses Hügels haben wir erlebt, wie Oberflächenwässer die gesamte Raach überschwemmt haben. Man sieht diese Umweltkatastrophen, die lösen unterschiedliche Ereignisse aus, und es ist die Aufgabe der Stadt Graz, da immer up to date zu bleiben, was ihre Pläne betrifft.

Und in diese Richtung geht mein heutiger Antrag, zum Einen geht es darum, dass wir diese pluvialen Hochwässer, wo wir heute schon ein bisschen diskutiert haben, diese pluvialen Überschwemmungen in den Fokus rücken. Dagegen helfen die herkömmlichen Rückhaltebecken nicht, da helfen auch die herkömmlichen Linearausbauten von Becken nicht in diesem Maße, weil die können überall auftreten. Und ich habe das ja schon vorhin ausformuliert, wie wir über Experten und deren Meinungen diskutiert haben. Bei Unwettern treten teilweise den Experten nicht bekannte neue Phänomene, neue Zuläufe, neue Quellen auf, die dann plötzlich in diesem Bereich, in diesen sehr kleinen Bereichen, für große Schäden sorgen. Dies ist zum einen zu berücksichtigen und zum anderen geht es auch darum, dass man nicht

nur, ich sage jetzt, im Nachhinein etwas tut, im Nachhinein versucht, Probleme, die entstanden sind, zu beheben, sondern dass man auch in vormöglichen Katastrophen den Anrainern, den Betroffenen, den möglichen Betroffenen die Chance gibt, etwas zu tun. Maßnahmen im privaten Bereich sind oft sehr teuer. Ich habe mir viele private, sozusagen, private Wehranlagen angesehen, habe mir viele private Schutzmaßnahmen angesehen, die mit teurem Geld errichtet werden mussten von den Anrainern, die in diesen Gebieten wohnen. Man muss auch eines sagen, man muss auch mit diesem, was schon oft auch ein bisschen so durchschwingt, aufräumen. Die Menschen, die in einem Hochwassergebiet wohnen, die sind nicht selbst schuld, dass sie dort wohnen, da hat man vor vielen, vielen Jahren einmal genehmigt dort zu bauen, also das liegt schon auch in der öffentlichen Hand, wenn man sagt, ihr dürft dort bauen, ihr könnt dort bauen, ihr könnt euch dort ansiedeln, dass man dann nicht viele Jahre später sagt, na ja, mit den Konsequenzen eures Handelns müsst ihr selbst klarkommen. Also damit muss man ganz klar sagen, muss man auch einmal aufräumen, deswegen ist es aus meiner Sicht wichtig, dass man die Möglichkeiten schafft, dass Menschen sich auf Katastrophen vorbereitet können, dass Menschen nicht nur ihr privates Geld hernehmen können, sondern dass es auch eine Förderung gibt, wenn man sein Eigenheim überschwemmungs- und hochwassersicher macht. Das wird nicht auf jeden in Graz zutreffen, jemand, der im fünften Stock eines Mehrfamilienhauses wohnt, der wird zum Glück von Überschwemmungen verschont bleiben, aber es gibt viele Gebiete, es gibt viele Betroffene, wo man einfach sagt, es würde Sinn machen, wenn die Stadt eine Förderung auszahlt, wenn man Maßnahmen präventiv setzt. Ich habe auch in Reaktion auf diesen Antrag dann die Rückfrage bekommen: Na ja, man kann sich ja auch versichern gegen mögliche Hochwasser- und Überschwemmungen. Da muss ich sagen, da gäbe es auch einiges zu tun. Ich wollte das jetzt nicht an den Grazer Gemeinderat tragen, aber da könnten wir zukünftig einmal eine Petition an den Bundesgesetzgeber beschließen, weil das, was wir vielfach in den letzten Jahren erlebt haben, ist, dass nach einem Starkregenereignis, wo man die Versicherung in Anspruch



nehmen will, die Versicherung dann entweder einen Minimalbetrag auszahlt und dann auch natürlich diesen Anlass vorherrscht, um zu kündigen. Also ich habe da stapelweise, sozusagen, diese Kündigungsschreibung dann zugeschickt bekommen, wo man wenig dagegen tun kann und noch eine neue Versicherung bei einem anderen Versicherungsnehmer abzuschließen, ist dann sehr, sehr schwierig. Ich weiß, da laufen gerade einige Verfahren, ob es nicht doch für diese Versicherungsunternehmen einen Kontrahierungszwang gäbe, dass sie sozusagen abschließen müssten, aber das ist alles rechtlich nicht ausjudiziert.

In diesem Sinne ist es da, glaube ich, wirklich an der Zeit, dass die Stadt Graz auch tätig wird. Dass die Stadt Graz einen Fonds errichtet, wo auch diese privaten Maßnahmen, diese Maßnahmen, die man in Prävention auf mögliche Katastrophen trifft, dass die eben sozusagen da finanziert werden und zum anderen, dass man sich endlich auch an diesen, ich sage jetzt, übergeordneten Werken, die es gibt, zu erwähnen ist da der Risikomanagementplan 2021, dass man sich da Anlehnungen nimmt und diese auch in das Grazer Sachprogramm Bäche eben aufnimmt.

Sie haben die Punkte alle gelesen, ich werde aus zeitlichen Gründen darauf verzichten, sie vorzulesen und bitte um Ihre Zustimmung.

***Originaltext des Dringlichen Antrages:***

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***Dringlicher Antrag***

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz*

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob und in welcher Höhe die Einrichtung eines Fonds zur Förderung von Maßnahmen zur*

*Hochwasser- und Überschwemmungsprävention für Grazer Privathaushalte – beispielsweise für den Ankauf von Barrieren für Einfahrten und Türen/Fenstern, Ankauf von Sandsäcken – realisierbar ist und ist dem Gemeinderat bis zur Gemeinderatsitzung im November 2024 darüber ein Bericht zu erstatten.*

- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, Gespräche mit den auf Landesebene zuständigen Stellen zur Änderung des Sachprogramms Grazer Bäche angelehnt an den RMP2021 GRAZWEIT aufzunehmen. Inhalt der Gespräche soll unter anderem auch die Berücksichtigung von pluvialem Hochwasser sowie Maßnahmen, die sich daraus ergeben (Sofort-Maßnahmen bei Hangabflüssen, Kanalerweiterung, Straßenbau) oder bereits im RMP2021 vorgesehen sind (zum Beispiel RHB-Fuchsloch/Winkelbach) sein.*
- 3. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die unter Punkt 2 erwähnten Sofortmaßnahmen, insofern sie in den eigenen Wirkungsbereich der Stadt fallen, im Anlassfall auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen.*
- 4. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht bei Maßnahmen auf Gemeindestraßen und öffentlichen Plätzen die Oberflächenentwässerung gezielt und großräumig (Auswirkungen der Maßnahmen auf die Umgebung) zu berücksichtigen.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Vielen Dank, Herr Gemeinderat. Darf ich vielleicht nur vorab die Gelegenheit nutzen, weil es, glaube ich, auch wichtig ist, weil wir doch eine öffentliche Gemeinderatssitzung jetzt noch haben und dies dankenswerterweise ein guter Anlass ist, auch hier die Möglichkeit zu nutzen, um in unser aller Namen wirklich auch

unseren Einsatzorganisationen und unserem Katastrophenschutzteam zu danken. Ich habe dürfen hier die zwei Tage, Samstag und Sonntag, dabei sein und die haben das wirklich großartig abgearbeitet. Ich glaube, dass das uns gut ansteht, Ihnen allen zu danken.

Das ist nicht abgesprochen, möchte ich aber vorab Ihnen nur sagen, weil ich mich da durchaus auch verantwortlich fühle, was dieses Thema betrifft. Ich habe vor, noch vor dem Sommerbeginn, bevor wir alle weg sind und unsere Kollegen die größten Abarbeitungen auch erledigt haben, in einer Stadttregierungssitzung hier auch einen Bericht an alle Kollegen und Kolleginnen zu geben. Damit wir auch wissen, was es hier eigentlich an Volumina immer auch von der Bevölkerung an Anträgen kommt, weil wir haben ja die Sachverständigenstelle, ist ja bei uns beim Städtischen Wohnungsamt. Das sind zwei Kollegen, das ist die technisch-wirtschaftliche Prüfstelle und die erfährt jetzt auch eine Unterstützung auch durch die Kollegen in der Stadtbaudirektion, weil sonst wäre das gar nicht möglich, das alles, diese Menge abzuarbeiten. Ich möchte Ihnen da nur wirklich auch durch die Kollegen einen Bericht zukommen lassen, damit wir wissen, mit was wir da vielleicht künftig hin auch zu rechnen haben, weil wir haben, wie schon angesprochen 2021 ein starkes Unwetter gehabt, das davor, das Größere war 2008 und wir haben jetzt eben und durch ein Glück, dass Sonntag sozusagen das vorbeigezogen ist, ist nicht mehr entstanden, aber man weiß nicht, der Teufel schläft nicht und wir wissen, wie das mit dem Wetter sein könnte und das ist mir selber wichtig, das zum Thema zu machen und das gilt natürlich für alle Fraktionen im Haus.

Ich bitte um Wortmeldungen zur Dringlichkeit, bitte. Herr Gemeinderat Huber.

Gemeinderat **Huber**:

Hohe Stadttregierung, ich möchte nur, weil Sie hier die Einsatzorganisationen erwähnt haben, eine Institution besonders herausgreifen, das ist die Freiwillige Feuerwehr Graz,

die da wirklich einen großen Anteil geleistet hat, dass diese Situation auch unter Kontrolle gebracht werden konnte und deswegen ist es umso bedenklicher, dass man da das Budget mehr als halbiert hat, von € 57.000 auf € 27.000, ich glaube, dass wir uns da durchaus noch einmal Gedanken machen sollten, ob das der richtige Weg ist, weil ich glaube, auch die Freiwillige Feuerwehr braucht das bestmögliche Gerät, die bestmöglichen Voraussetzungen, dass sie uns in dieser Situation helfen kann.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Ich muss mich hier auch zu Wort melden. Das mache ich selber, eine tatsächliche Berichtigung: Das Budget und die Förderung, damit da kein falscher Eindruck ist vom Sicherheitsmanagement in meiner Zuständigkeit, ist nicht gekürzt worden, das ist jährlich angehoben worden, auch 2024 und zwar seit 2020 weg. Das möchte ich nur sagen. Was Sie ansprechen, sind die Investitionen, das ist in einem anderen Bereich und da hat es aber auch in den letzten Jahren Erhöhungen gegeben. In diesem Jahr nicht, aber das könnte vielleicht sonst...

*Zwischenruf*

**Bürgermeisterin Kahr:**

Das macht nichts, das ist der Indianereffekt, aber das wollte ich nur erwähnen, nicht Subventionen, da geht es um die Infrastruktur, um Ankauf von Gerätschaften.

*Zwischenruf*

**Bürgermeisterin Kahr:**

Aber dieses Jahr, aber da gibt es Gespräche und das ist auch immer in Absprache. Ich möchte das nur richtigstellen, sonst ist da ein komplett falscher Eindruck.

Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich den Herrn Klubobmann bitten. Auch nicht, dann kommen wir zur Abstimmung. Sind wir beschlussfähig? Jawohl, dann bitte, wer ist dafür? Die Dringlichkeit ist einstimmig gegeben.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen***

Gibt es Wortmeldungen zum Antrag? Frau Gemeinderätin Würz-Stalder, bitte.

Gemeinderätin **Würz-Stalder:**

Heute beschäftigen wir uns wirklich eingehend mit diesem Thema und wir haben der Dringlichkeit zugestimmt und das ist unbestreitbar, dass man vor allem in die Prävention und in diese Maßnahmen investieren muss. Auch gerade das Thema der Hangwässer benötigt eben Gegenmaßnahmen und Strategien. Diese Problemlagen betreffen aber eben nicht nur Graz und müssen daher grundsätzlich und in einer Gesamtstrategie für die Steiermark gelöst werden. Bestes Beispiel dafür sind ja die Hochwasserereignisse in unserer Nachbargemeinde in Deutschfeistritz in noch nie dagewesenem Ausmaß mit hohen Schäden an öffentlichen und privaten Gütern. Diese Situation hat aber natürlich auch die Situation in Graz verschärft, das muss man dazu sagen.

Zum objektbezogenen Schutz gibt es im ländlichen Wasserbau auch genau eine solche Form der Förderung von präventiven Vorkehrungen in Form von Wasserschutzprojekten, wie zum Beispiel die Errichtung für größere Siedlungsbereiche grundstücksübergreifend von Drainageanlagen, das ist ein Beispiel dafür. Sie betrifft sowohl die Förderung von Planungen als auch in der Umsetzung. Diese Förderung ist aber in Graz leider im städtischen Bereich derzeit noch nicht möglich, deshalb werden wir dies auch als Dringlichen Antrag an das Land stellen. Im Dringlichen Antrag wird

auch der unmittelbare Schutz der Bevölkerung erwähnt, mit Maßnahmen, die einzelne Objekte betreffen, als niederschwellige und günstige Maßnahme.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass es tatsächlich im Verhältnis günstige Maßnahmen gibt, die schon in der Errichtung der Objekte, aber auch nachträglich noch umgesetzt werden können. Das sind zum Beispiel

Schwellenbauwerke im Bereich von Tiefgaragen oder Garagenzufahrten. Das ist nicht schwierig, das ist relativ einfach umzusetzen und hätte hohe Wirksamkeit. Diese werden aber leider selten umgesetzt, deshalb besteht die Notwendigkeit, diese in belasteten Lagen vorsorglich auch im einfachen Bauverfahren zu prüfen und entsprechende Vorkehrungen am Objekt einzufordern. Das wäre im Baugesetz zu regeln und würde die Situation tatsächlich weitgehend verbessern. Es wurden sogar vor langer Zeit Beratungen dahingehend und auch Förderungen in der Stadt angeboten, leider wurden die nicht wahrgenommen, also es blieb bei einer Hand abzählbaren Anzahl von Anträgen.

Ich möchte auch hier noch einmal auf das Thema eingehen, was das du vorher angesprochen hast: Was hätte das denn mit dem Renaturierungsgesetz zu tun? Die Probleme, die hier auftreten, vor allem hinsichtlich der Hangwässerkonzentrierung, sind Probleme im Siedlungsraum. Nur dort stören sie auch die Bebauungen, und das verschärft sich natürlich extrem durch die weitergehende Zersiedelung und auch den großen massiven Bodenverbrauch in unseren städtischen Gebieten. Hier setzt die Verordnung zur Renaturierung sehr wohl an, denn sie sieht auch den Erhalt und den Ausbau der städtischen Grünflächen vor. Insofern ist es ebenfalls wichtig für diese ganzen Problemlagen.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, es geht wirklich nicht um eine Symptompolitik, immer die Bekämpfung quasi der Symptome und dann sozusagen auch noch das mehr oder weniger noch aufzubauen. Deshalb stelle ich den folgenden

**Abänderungsantrag:**

Die Steiermärkische Landesregierung wird am Petitionsweg ersucht:

1. Die Einrichtung eines Fonds zur Förderung von Maßnahmen zur Hochwasser- und Überschwemmungsprävention zu prüfen. Auf eine solche Planungs- und Errichtungsförderung sollen auch Städte zugreifen können.

2. Die Notwendigkeit von Maßnahmen hinsichtlich pluvialem Hochwasser zu prüfen, insbesondere hinsichtlich Änderungsnotwendigkeiten im Baugesetz. So sollten beispielsweise Restrisikoanalysen im Bauverfahren in entsprechenden Lagen verpflichtend vorgeschrieben werden.

Ich bitte um Zustimmung.

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Deshalb stelle ich den folgenden*

**Abänderungsantrag:**

*Die Steiermärkische Landesregierung wird am Petitionswege ersucht:*

- 1) Die Einrichtung eines Fonds zur Förderung von Maßnahmen zur Hochwasser- und Überschwemmungsprävention, zu prüfen. Auf eine solche Planungs- und Errichtungsförderung sollen auch Städte zugreifen können.*
  
- 2) Die Notwendigkeit von Maßnahmen hinsichtlich pluvialem Hochwasser zu prüfen, insbesondere hinsichtlich Änderungsnotwendigkeiten im Baugesetz. So sollten beispielsweise Restrisikoanalysen im Bauverfahren in entsprechenden Lagen verpflichtend vorgeschrieben werden.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Herr Gemeinderat Topf, bitte.

**Gemeinderat Topf:**

Beim Abänderungsantrag sind wir zweigeteilt, eins und zwei. Es sind zwei Punkte angeführt, also wir können uns durchaus vorstellen, dass also hier im Bereich des Baugesetzes etwas gemacht wird. Wir haben nämlich momentan die große Problematik, die ich immer wieder auch im Zusammenhang mit Bebauungsplänen sehe, dass wir zwar immer wieder Aufschließungserfordernisse haben, was die Hangwasser- oder die Hochwasserproblematik betrifft, es dann auch immer wieder zur Ausklammerung, sozusagen, dieser Aufschließungserfordernisse kommt. Das heißt dieses Aufschließungserfordernis trotz Zustimmung zum Bebauungsplan ist nicht erfüllt, es aber dann im konkreten Bauverfahren, sage ich sehr vorsichtig, oft nicht in der Tiefe beachtet wird. Also da gebe ich dir vollkommen recht, da müssen wir ein bisschen nachjustieren. Denn im Bebauungsplan ist es klar ausgedrückt worden, dass dieses Aufschließungserfordernis vorhanden wäre. Wir beschließen dann auch den Bebauungsplan, sozusagen halten aber dieses Aufschließungserfordernis nach wie vor aufrecht im nachfolgenden Bauverfahren. Möglicherweise, ich will das jetzt nicht unterstellen, möglicherweise wird das zu wenig unter Führungszeichen beachtet und beurteilt. Also deshalb, der Punkt zwei scheint uns sinnvoll, Punkt eins ist eigentlich jetzt eine Ausweitung, dass bereits auch im städtischen Bereich eine Förderung, sozusagen, von der Landesseite möglich gemacht wird, aber das ist eigentlich eh schon im Antrag von Kollegen Pascuttini dabei, aus meiner Sicht.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Gibt es noch Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Ammerer.



Gemeinderat **Ammerer**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich muss mich schon im Vorhinein entschuldigen für einen kleinen Exkurs, der die Stadtgrenze etwas verlässt. Der Hochwasserschutz, wie wir alle gesehen haben, ist überlebenswichtig. Umso unverständlicher war die Debatte, die entgleisende Debatte im Vorfeld bezüglich Renaturierung von Flusslandschaften, die einen sehr wirksamen Hochwasserschutz darstellt.

Was mich vorhin wirklich geärgert hat, ist die Art und Weise, wie über meinen Heimatort, Deutschfeistritz, der als Gemeinderatsgimmick erhalten musste für manche. Die absolute Verwüstung, die wir dort erlebt haben, lässt mir das Herz bluten. Das hier bis zum ersten Stock unter Wasser steht, das im Erdgeschoss, ist die Praxis von meinem Vater. Ich wollte nur einen Aufruf in den Gemeinderat schicken: Helft doch, anstatt nur zu reden! Gebt Geld her. Danke, liebe Claudia Unger, wir haben schon gesprochen, du hast eine konkrete Hilfestellung angeboten. Und ich glaube, in einer Katastrophenlage ist es wichtig, dass man zusammenrückt, Politisches hintenanstellt und einfach einmal hilft, wo Not am Mann oder Frau ist. Wir haben in Deutschfeistritz unglaubliche Solidarität erlebt. Es wäre schön, wenn wir das auch von Graz aus erleben dürfen. Alleine in den letzten vier Tagen haben wir aus unserem Sensenwerk Kulturverein 35 Kubikmeter Schlamm und Geröll herausgeholt. Mir tut alles weh, ich bin zutiefst erschöpft. Jeder von uns, der dort gearbeitet hat, hat irgendwo am Körper einen grauslichen Ausschlag von diesem Maschinenöl, das sich mit dem Schlamm zu einem ätzenden Schlick vermischt hat und irgendwo auf unserem Körper gepickt ist. Helft uns ein bisschen, danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Dann darf ich den Antragsteller um das Schlusswort bitten.

Klubobmann **Pascuttini**:

Nur ganz kurz zur Wortmeldung von der Kollegin Würz-Stalder. Ich sage, auf unterster Ebene, das ist nicht despektierlich gemeint, im kommunalen Bereich, da kann man halt oft nur die Symptome bekämpfen, die auftreten. Das muss man schon klar festhalten. Also die Generallösung, die können wir da nicht beschließen und auch nicht umsetzen. Auch die Ursachen sind oft schwer zu bekämpfen. Wenn du davon sprichst, was die Zersiedelung betrifft, dann gebe ich dir auch bis zu einem gewissen Teil Recht. Das mag schon so sein, nur in einer Stadt wie Graz, wo wir begrenztes Stadtgebiet haben, da ist klar, dort leben Menschen, leben Menschen in höheren Dichten, dort wird gebaut. Da sehe ich jetzt nicht, wie das Stadtgebiet irgendwie zersiedelt wird, denn sonst, warum ist das dann noch Stadtgebiet?

Und ich muss dir ein Beispiel ganz klar entgegenhalten, wo auch ihr sozusagen in der Koalition diese Zersiedelung ja vorantreibt: Bebauungsplan Waldweg, gerade in der Auflage. Ich habe da mit den Menschen gesprochen die sagen: „Na, ein Wahnsinn, das ist eigentlich ein natürliches Versiegelungsareal von den ganzen Hangwässern“. Dort hat man diesen Bebauungsplan jetzt in die Auflage gebracht und ich brauche nicht dazu zu sagen, wem dieser Grund eigentlich gehört, das wisst ihr alle, und dann sagt man, ok, gut, es wird zersiedelt. Das macht ihr auch. Dort sammeln sich die Hangwässer, bevor sie dann, wenn wirklich zu viel Wasser ist, sich zur Buswendeschleife in der Raach runter machen und zur Straße unten. Das muss man ganz klar sagen, also das, was ihr kritisiert und was ihr teilweise zurecht kritisiert, macht ihr gerade selbst, das muss man ganz klar dazu sagen.

Ja, ich sage in diesem Sinne, wenn zumindest der Antrag dann im Land landet und wir irgendwann eine Antwort kriegen, soll es mir auch recht sein, ich sehe nur nicht ein, warum wir immer alle Probleme sozusagen, die wir in der Stadt auch lösen könnten, warum wir die immer ans Land schieben müssen, wo das Land dann teilweise sagt, na ja, ihr könnt das ja selbst auch machen. Hier Buswendeschleife in der Raach, wo wir heute schon einmal darüber geredet haben, denn das, was der Herr Karl Dreisiebner

einwirft, habe ich jetzt nicht verstanden. Vielleicht möchte er es noch einmal laut sagen. Mag er nicht. Gut, in diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu meinen Anträgen, die wir gestellt haben, und freue mich schon auf die Beschlussfassung. Herzlichen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, wir kommen zuerst zur Abstimmung über den Abänderungsantrag. Und ich habe noch einmal die Frage, ist der Wunsch nach getrennter Abstimmung? Gern. Dann darf ich bitten, zuerst den Punkt 1 im Abänderungsantrag von der Kollegin Würz-Stalder zur Abstimmung zu bringen. Wer ist hier dafür? Gegenprobe ist gegen die Stimmen von ÖVP und Herrn Gemeinderat Wagner und KFG trotzdem so angenommen, mehrheitlich.

***Punkt 1 des Abänderungsantrages wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ).***

Dann kommen wir zu Punkt 2 im Abänderungsantrag. Wer ist hier dafür? Gegenprobe. Dieser Punkt ist gegen eine Stimme der KFG angenommen.

Und die Kollegin Schleicher, Sie müssen dann aber auch aufzeigen, bitte, es ist sonst echt schwer für den Kollegen, bitte. Also ist angenommen gegen die Stimmen der KFG, danke.

***Punkt 2 des Abänderungsantrages wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG).***

Dann kommen wir zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Klubobmann Pascuttini, bitte.

GR Stücklschweiger verlässt den Raum wegen Befangenheit.

## **8.9 Abhaltung einer Volksbefragung zur Stadionfrage (KO GR Pascuttini, KFG)**

Klubobmann **Pascuttini:**

Ja, dann kommen wir beim Stadionthema zur zweiten Halbzeit. Die erste haben wir ja schon vorhin erlebt, wo wir heftig diskutiert haben und der Klubobmann Dreisiebner schon die eine oder andere gelbe Karte zu verteilen geglaubt hat, aber ich werde jetzt ein paar Karten verteilen in dieser Stadionthematik. Ich bin in den letzten Tagen oft darauf angesprochen worden, warum man diesen Antrag einbringt und was eigentlich das Ziel dahinter ist. Mir geht es eigentlich nur darum, dass man einmal aufzeigt, was für ein Spiel mit dieser Stadionfrage in den letzten Jahren eigentlich getrieben wurde. Und in Vorbereitung auf diesen Antrag habe ich mir die letzte ehrliche Wortmeldung eines Verantwortlichen der Stadt Graz gesucht, auf Stadtregierungsebene, und da habe ich sie gefunden. Ist ja heute auch schon zitiert worden. Das war 2019 der Stadtrat Günter Riegler, der zum damaligen Zeitpunkt, voller Überzeugung gesagt hat: „Die Stadt trägt finanziell diese zwei Stadien nicht“. Das war die letzte klare Aussage, die dann eben sozusagen als Pflock in diese Frage eingeschlagen wurde. Man hat sich dann danach, also von den jetzigen Regierungsparteien, in eine Position manövriert, wo man in Vorbereitung auf die Wahl 2021 gesagt hat: „Na ja, wie wäre es mit dem zweiten Stadion?“, dann hat man auch die Fanszene instrumentalisiert, die haben dann brav die Plakate hochgehalten vor der letzten Gemeinderatswahl, wer jetzt sozusagen ein zweites Stadion will, der darf Schwarz-Blau nicht wählen, sondern die anderen.

Man hat dann erlebt, dass dieser Regierungswechsel gekommen ist, und jetzt erleben wir seit zwei oder drei Jahren, je nachdem wie man die Zeit rechnen möchte, ein totales Hin und Her. Also ich vermisse die klaren Positionierungen, weil von dem, was

Sie in der Wahl behauptet habt, liebe jetzige Regierungsparteien, nämlich eine zwei-Stadien-Lösung, zumindest von der SPÖ habe ich das deutlich vernommen und auch bei der Bürgermeisterpartei, da seid ihr schon weit, weit weg. Ihr habt jetzt in den letzten zwei, zweieinhalb, drei Jahren geschafft, euch ein bisschen Zeit, ich sage jetzt einmal, zu erwirtschaften. Am Anfang hat man die wenigen, die wirklich daran geglaubt haben, einmal euphorisiert, hat man gesagt: „Boah, bist du narrisch“, also nach so langem Stillstand, geht jetzt etwas weiter und meine Fraktion hat euch ja auch Vorschusslorbeeren gegeben, wir haben gesagt: „Gut, dass etwas weitergeht“, kann mich aber erinnern, da waren wir noch bei den Sitzungen in der Messe, da hat gerade, sage ich auch, diese ganze Thematik begonnen, wo wir über das Trainingszentrum geredet haben, wo wenig weitergegangen ist, wo wir über andere Dinge gesprochen haben, wo wir gesagt haben: „Na, was passiert jetzt, was ist in der Stadionfrage?“, ja, da war noch abwartende Haltung.

Wir haben dann gemerkt im Jahr 2021 oder 2022 war das, pardon, dass die finanzielle Lage der Stadt überraschenderweise durch den Regierungswechsel nicht plötzlich völlig sich verbessert hat, sondern dass es die gleiche Lage war, wie die Jahre davor und trotzdem hat man dann angefangen, sozusagen dieses Stadionprojekt weiter treiben zu lassen. Natürlich war das auch so ein perfides Spiel innerhalb der Koalition, wo man die SPÖ natürlich sehenden Auges in diese Katastrophe hat laufen können, die schlussendlich jetzt auch eingetreten ist. Wir haben dann heute natürlich schon gesprochen über diesen Gemeinderatsausschuss, wo man jetzt, also ein völliger Wahnsinn aus meiner Sicht, sagt: „Nein, er hat jetzt das Ziel erreicht, wir wollten einen zweiten Standort suchen, den haben den gefunden“, also ich sage, ich bin teilweise sprachlos, weil wo wird das zweite Stadion sein und gibt es wirklich nur diese Standorte, die man da rausgesucht hat? Ich habe in der letzten Woche wirklich mit vielen Personen versucht zu sprechen, die gesagt haben, es gäbe ja noch andere Alternativen, die hat man halt auch nicht wahrgenommen. Die gäbe es ja, das muss man ganz klar dazu sagen. Gut, aber jedenfalls der Stadionausschuss war erfolgreich,

wir haben jetzt unsere Machbarkeitsstudien und da hat meine Überlegung dann begonnen, dass man sagt, was passiert dann mit den Machbarkeitsstudien? Entweder kommt eh das gewünschte Ergebnis raus, dass man sagt, ok, rechtlich geht gar nichts, also können wir eh nichts machen, dann kann die zweitgrößte Stadt Österreichs einfach nicht mehr sozusagen ein Stadion realisieren, ok, soll so sein.

Man könnte aber auch den anderen Weg gehen und sagen: „Na gut, ok, danach lassen wir dann abstimmen“, wie es die Bürgermeisterin zuerst signalisiert hat, ihre Zustimmung für eine derartige Abstimmung. Dann hat man es am nächsten Tag über eine andere Zeitung revidiert mit dem Argument, mit dem Totschlagargument, das immer kommt, wenn es um Volksbefragung und Volksabstimmungen geht: „Naja, das können die Leute nicht entscheiden“. Andere Dinge schon, aber gerade das nicht. Und dann schauen wir uns in der Vergangenheit an, wo die KPÖ sich für Volksabstimmungen und Volksbefragungen eingesetzt hat: Murkraftwerk, Olympia, sind das so einfachere Themen? Also, ich weiß nicht, wie misst man den Schweregrad? Wann traut man es der Bevölkerung zu, etwas abzustimmen, wann liegen genug Informationen da und wann kann man sozusagen die Menschen wirklich abstimmen lassen? Das ist mir einfach in dieser Diskussion nicht ganz klar. Jetzt hat man seit zwei, drei Jahren diese Diskussion und möchte dann sozusagen jetzt sagen: „Na ja, die Menschen wissen ja noch gar nicht was sie abstimmen“. Dabei ist die Frage ja so einfach, weil das ist ja das Ziel, was ich erreichen möchte, dass man von der Bevölkerung, der Politik den Auftrag gibt: Soll es ein Stadion geben für beide Vereine oder die Zwei-Stadion-Lösung? Und wenn man sagt, diese Frage, das ist zu weit heruntergebrochen, damit seid ihr in die Wahl gegangen, damit hat der Michael Ehmann geworben, Zwei-Stadion-Lösung, da hat jeder von seinen Wählern gewusst, der Michael Ehmann setzt sich für die Zwei-Stadion-Lösungen. Der hat nicht plötzlich am Wahlkampfstand die Machbarkeitsstudien ausgepackt und was weiß ich nicht alles, der hat gesagt: „Ich bin für die Zwei-Stadion-Lösungen“ und die Menschen die sich dafür interessiert haben, die haben die Botschaft verstanden, die haben gewusst, dann

kriegt der GAK eines und Sturm kriegt auch eines. Das war die Botschaft, die versprochen wurde. Darüber können wir aber heute nicht mehr abstimmen, heute ist das Thema plötzlich zu komplex und das zeigt eigentlich, und ich habe da viele Zuschriften bekommen von Leuten, die gesagt haben: „Bitte, die Stadt soll sich das Geld sparen, wir brauchen überhaupt gar nichts in den Sport stecken“. Und dann haben die Menschen gesagt: „Ich bin enttäuscht, weil ich bin Fußballfan, ich sehe einen Verein als meinen Lieblingsverein, hätte gerne, dass sich der entwickelt und das am besten mit eigener Infrastruktur“ und die Menschen sind sehr enttäuscht, dass ihr von diesem klaren Weg, den ihr eingeschlagen habt damals, nämlich eine Zwei-Stadien-Lösung zu realisieren, das war zumindest eure Vorgabe, liebe SPÖ, davon seid ihr abgekommen. Jetzt geht es darum, wir müssen einmal schauen, was realistisch ist und damit, unterm Strich sieht man ganz klar, dass im Endeffekt, und damit möchte ich schließen, der letzte verantwortungsvolle Stadtpolitiker - vielleicht werdet ihr mich in wenigen Minuten revidieren - der wirklich eine klare Meinung zu dieser Stadiondebatte gehabt hat, die ehrlich war, die ehrlich gemeint war, zu dem Zeitpunkt, der Finanzstadtrat Günter Riegler, damals war, der gesagt hat: „Die Stadt trägt das finanziell nicht“, danach habt ihr die Angel ausgeworfen mit der Karotte und habt die Leute nachlaufen lassen. Und was wird jetzt das Resultat sein, dass es wieder nicht geht, dass ihr es nicht wollt, weil eins muss man schon auch sagen, selbst wenn die Rahmenbedingungen schwierig und beschissen sind, es muss die Aufgabe der Politik sein, auch einmal etwas Schwierigeres möglich zu machen. Das muss man schon ganz offen sagen, und nicht vor den Umständen zu kapitulieren.

In diesem Sinne stelle ich den

**Antrag,**

den ihr alle gelesen und studiert habt und freue mich auch über den Antrag der NEOS, werden wir auch zustimmen. Ich hoffe, die Bevölkerung liest dann diese Broschüre. Ja, und bitte um Zustimmung.

**Originaltext des Dringlichen Antrages:**

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

**Dringlicher Antrag**

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat*

*der Landeshauptstadt Graz*

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, eine Volksbefragung nach dem Steiermärkischen Volksrechtegesetz über die Fragenstellung einer 1- oder 2 Stadionlösung noch im Jahr 2024 vorzubereiten.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön, gibt es Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, möchte ich nur noch anmerken, ich kann es Ihnen auch zeigen, mehrmals gesagt: Die Stadt wird ein Stadion, ein neues, selbst nicht finanzieren können, so wie ich es x-mal gesagt habe, ist auch logisch. Das liegt auf der Hand, wir werden kein Stadion bauen können aus städtischen Mitteln.

Bitte, Herr Gemeinderat Alic.

Gemeinderat **Alic**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Alex, ich wollte mich kurzfassen, es geht sich sicher aus, in drei Minuten, obwohl ich es jetzt nicht tue. Ich muss dich jetzt zweimal tatsächlich berichtigen, und zwar: Beim ersten Mal hast du gesagt, du bist sprachlos, das glaube ich nicht, das ist das eine.



Und das zweite ist, ich kann mich nicht erinnern und ich bin sehr oft im Stadion, dass die KPÖ versprochen hat, ein zweites Stadion zu bauen im Wahlkampf, also das weiß ich jetzt nicht, aber da kannst du mich dann tatsächlich berichtigen, wenn du das besser weißt, und um die Ehre von Michi Ehmann oder der SPÖ zu retten: Wie er in Wahlkampf gegangen ist, war noch nicht gewiss, dass man in Weinzödl nicht bebauen kann mit dem Stadion und das war, glaube ich, die einfache und vermutlich auch eine finanzierbare Lösung gewesen, deswegen, nehme ich an, ist er damit in den Wahlkampf gegangen. Sonst kann ich nur sagen, ich bin ein großer Freund von Volksbefragungen, aber es braucht dazu nicht nur das Volk, sondern natürlich auch Fragen. Und es ist tatsächlich jetzt noch zu früh, um die Frage zu stellen. Warten wir ab, was die Machbarkeitsstudien hergeben, was dann wirklich wer machen will, wer was zahlen will, wer was zahlen kann. Und ja, wir warten die Studien ab. Alles andere ist primär, habe ich gehört. Und ja, vielen Dank, Alex, trotzdem für den Antrag. Wir werden nicht zustimmen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Herr Gemeinderat Wagner und dann Herr Gemeinderat Pointner.

Gemeinderat **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Mitglieder des Stadtsenats, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller. Ja, zur Bürgerbeteiligung, da hast du natürlich meine Unterstützung. Und ja, ich bin auch der Meinung, dass in den letzten zweieinhalb Jahren sicher einiges an Verzögerungstaktik angewandt wurde, dass man vielleicht erhofft hat, dass der eine oder andere Grazer Verein ein bisschen weniger erfolgreich ist, dass einen das Thema nicht so einholt. Und ja, wahrscheinlich könnte heute auch schon so eine Befragung stattfinden. Wenn wir die Studien schon hätten,

wenn man gleich einen Auftrag gegeben hätte und wenn man die Informationen hat, aber ich bin andererseits auch bei der Frau Bürgermeisterin und bei anderen Mandatären dabei, dass ich sage, wir müssen zuerst einmal schauen, was ist machbar, ist es überhaupt machbar. Mit diesen Informationen können wir dann auch die richtige Frage stellen und natürlich dann auch jedem zutrauen, dort seine Stimme dementsprechend abzugeben. Aber alles andere, jetzt eine Befragung machen, ohne vorher diese Machbarkeitsstudien zu machen, wäre unseriös, ist nicht richtig und deshalb werde ich dem Antrag so nicht zustimmen können.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Gemeinderat Pointner, bitte.

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, nachdem sich hier wieder so bleiernes Schweigen über den Gemeinderatssitzungssaal senkt, habe ich instinktiv so die Wahrnehmung, dass das Gleiche heute passiert wie mit meinem letzten sehr sinnvollen Antrag, dass man die Erstwähler:innen doch irgendwie unterstützen sollte. Das hat man eben hier im Saal koalitionär als demokratiepolitisch nicht wichtig empfunden und dann war gar nichts. Deshalb erlaube ich mir meinen Zusatzantrag, der vom Kollegen Pascuttini als sinnvoll schon tituliert wurde und den ich natürlich als sehr sinnvoll erachte, trotzdem vorzustellen. Volksbefragungen, Volksabstimmungen, direkte Demokratie ist hoffentlich unbestrittenermaßen, aber das mag ja auch wieder so sein wie letztes Mal, ein sehr wichtiges Mittel. Also ich finde direkte Demokratie, Beteiligung der Bürger:innen ist genauso wichtig wie, dass man junge Menschen, die zum ersten Mal zur Wahl gehen, einfach für ihre Leistung auch an sich bindet. „Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“, Sie erinnern sich noch. Deshalb

auch hier, jedem Anfang wird ein Zauber innewohnen, wenn wir direkte Demokratie faktenbasiert gestalten, weil wir sind hier in einem Zeitalter der Desinformation, Fake News etc., etc., etc., ein Zeitalter, das den faktenbasierten Diskurs verlernt hat. Der geht nämlich so nach humanistischer Tradition: Es gibt ein Argument, es gibt ein Gegenargument, es gibt eine These, es gibt eine Antithese und dann gibt es eine Synthese. Und die nennt sich dann Kompromiss. Und dazu braucht es belastbare Fakten. Das heißt, Bürgerbeteiligung ist nur dann sinnvoll, und das ist das Schweizer Best Practice - dass es zu jeder Bürgerbefragung, mag sein wie sie ausgestaltet ist, ausreichend Informationen gibt. Ist gleich eine Informationsbroschüre. Und die sollte unabhängig und eben faktenbasiert erstellt werden.

Wir haben das hier 2017 schon per Dringlichem Antrag einmal mehrheitlich durchgebracht, das wurde dann vom Land zurückgewiesen. Deshalb haben wir jetzt im Landtag wieder so einen diesbezüglichen Antrag gestellt, dass man eine Informationsbroschüre beilegen sollte und wie die auch ausgestaltet werden sollte. Und das würde ich gerne, dass wir dieses Anliegen per Gemeinderatsbeschluss unterfüttern und stelle deshalb den

### **Zusatzantrag**

zum Hauptantrag: Der Gemeinderat der Stadt spricht sich für eine verpflichtende Informationsbroschüre bei direktdemokratischen Abstimmungen gemäß dem Steiermärkischen Volksrechtegesetz aus und tritt auf dem Petitionsweg an die Steiermärkische Landesregierung heran, einen Gesetzesvorschlag zum Steiermärkischen Volksrechtegesetz vorzulegen, der eine Informationsbroschüre im Zusammenhang mit direktdemokratischen Abstimmungen vorsieht.

Also ein Zusatzantrag zum Verhindern von basisdemokratischen Entscheidungen aufgrund von Fake News, ich sage nur, genauso ist der Brexit passiert.

***Originaltext des Zusatzantrages:***

*Volksbefragungen und Volksabstimmungen sind ganz wesentliche Elemente des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes. Bürger:innen haben dadurch sowohl auf Gemeinde- als auch auf Landesebene die Möglichkeit, diese direktdemokratischen Instrumente einzufordern. Jedoch gibt es ein Problem: Wir leben alle in Zeiten von Desinformation und Fake News. Die Verbreitung von fehlerhaften, unzureichenden und scheinheiligen Argumentationen durch unterschiedlichste Akteuer:innen ist so einfach wie nie. Viele Menschen werden geblendet, weil es schlicht auch an umfassenden Informationen fehlt, auf deren Grundlage sich Bürger:innen eine fundierte Meinung bilden können. Es ist dringend notwendig und an der Zeit, dass Bürger:innen mit wahrheitsgetreuen Fakten sowie den Argumenten von Befürworter:innen und Gegner:innen versorgt werden, anhand derer sie eine überlegte Entscheidung treffen können.*

*Der Grazer Gemeinderat hat bereits im Jahr 2017 einen von NEOS initiierten Dringlichen Antrag mehrheitlich angenommen, der die Einführung einer verpflichtenden Informationsbroschüre vor Volksabstimmungen vorsah ([https://www.graz.at/cms/beitrag/10305051/7790932/Aus\\_dem\\_Gemeinderat\\_III.html](https://www.graz.at/cms/beitrag/10305051/7790932/Aus_dem_Gemeinderat_III.html)). Die Rechtsabteilung des Magistrats vertrat jedoch nach der Prüfung des Antrags die Rechtsinterpretation, dass eine solche Informationsbroschüre aufgrund der derzeitigen Rechtslage des Steirischen Volksrechtegesetzes nicht zulässig sei. Deshalb sind NEOS im Steiermärkischen Landtag aktiv geworden und haben einen diesbezüglichen Antrag gestellt, indem die Landesregierung aufgefordert wird,*

- einen Gesetzesvorschlag zum Steiermärkischen Volksrechtegesetz vorzulegen, der eine Informationsbroschüre im Zusammenhang mit direktdemokratischen Abstimmungen vorsieht;*
- mit relevanten Stakeholdern ein Konzept auszuarbeiten, wie eine Informationsbroschüre nach dem Vorbild der Schweiz aussehen könnte, wie und von wem so eine Broschüre im Vorfeld von Volksbefragungen- und Abstimmungen erarbeitet werden könnte und wie sie verteilt werden könnte*

<https://pallast2.stmk.gv.at/pallast-p/pub/document?dswid=4177&ref=fe554ebf-5f61-4d89-844d-04064b0dc11b&inner=false>).

*Als Zeichen des politischen Willens und um die Dringlichkeit von qualitativ hochwertigen Informationen im Vorfeld von Volksbefragungen zu unterstreichen, stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß §21 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den*

**Zusatzantrag:**

*Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich für eine verpflichtende Informationsbroschüre bei direktdemokratischen Abstimmungen gemäß dem Steiermärkischen Volksrechtegesetzes aus und tritt auf dem Petitionsweg an die Steiermärkische Landesregierung heran einen Gesetzesvorschlag zum Steiermärkischen Volksrechtegesetz vorzulegen, der eine Informationsbroschüre im Zusammenhang mit direktdemokratischen Abstimmungen vorsieht.*

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke, es tut mir leid, nur zur Information: Es sind die Seiten erst wieder beim nächsten Gemeinderat wieder hier, die sind gerade bei der Reparatur. Das geht leider nicht, wollte ich nur sagen, weil es Sie sehr stark blendet, hinten.

Weitere Wortmeldungen, Frau Klubobfrau Schlüsselberger bitte.

Klubobfrau **Schlüsselberger:**

Lieber Gemeinderat, liebe Stadtregierung, liebe Zuhörer:innen, lieber Alexis, Vergangenheitsbewältigung, also was im Wahlkampf gesagt worden ist oder nicht, möchte ich heute mit dir gar nicht betreiben, weil da können wir nicht beide aus dem Wahlkampf so Berichten, aus diversen Gründen, allerdings will ich versuchen näher zu bringen, wieso wir die Idee für nicht so ganz durchdacht halten.

Ich lade dich ein, zu einem Gedankenexperiment:

Alexis, ich würde wirklich gerne mit dir etwas essen gehen. Alexis, ich würde mit dir was essen gehen, bitte bringst du vegane Rohkost mit, wir treffen uns nach einem 25 Kilometer-Marsch und gehen anschließend auf eine Demonstration, um den Klimaschutz in Österreich voranzutreiben.

Was ich damit sagen will, ein bisschen ist der Kontext bei Befragungen nicht so unwichtig. Die Variante 1 war jetzt charmanter, die Variante 2 hat jetzt nicht mehr so ganz geklungen und worauf ich raus will: Ja, auch wir in der Sozialdemokratie sind grundsätzlich für dieses Instrument, aber nicht in dem Status, nicht mit ungenügender Vorarbeit und deswegen essen gehen können wir trotzdem, aber mit dem Antrag tun wir uns ein bisschen schwer. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, Herr Stadtrat Riegler, bitte.

Stadtrat **Riegler**:

Danke, Herr Gemeinderat Pascuttini, dass Sie sich da noch historisch zurückerinnern an die schönen Zeiten, als ich noch Finanzstadtrat war und mich ein bisschen darum kümmern durfte, was man alles für den Profisport in Graz Positives tun kann, und das war einiges.

Wir haben in meiner Zeit die Mieten für Sturm und GAK reduziert auf ein Pauschalmodell. Wir haben sogar während der Corona-Pandemie, während der sogenannten Geisterspiele, die Mieten auf null runtergesetzt. Das heißt, das Stadion war für Sturm und GAK gratis. Wir haben natürlich auch sehr hohe Verluste bei der Stadiongeseellschaft tragen müssen. Einen Hauch davon haben wir in der heutigen Tagesordnung schon miterleben können, als wir nämlich gesehen haben, wie allein in

einem guten Jahr, wo wir sogar noch außertourlich die Schadenersatzbeträge für das Rotterdam-Vandalentheater bezahlt bekommen haben. Aber damals war es natürlich noch weit schlimmer und das sei natürlich jedem gesagt, der mit der Forderung eines zweiten Stadions herumgeht. Du musst halt dann den langen, langen Atem haben und zwar für 20, 25 Jahre, dass du jedes Jahr zusätzlich zum Netto-Erlös, den du hast, also Erlös minus Kosten, musst halt dann noch einmal ca. € 1.000.000,00 bis € 2.000.000,00 pro Jahr einschließen an Defizitspending, das zahlt der Steuerzahler. Also das muss einem auch klar sein, das habe ich auch dem Hannes Reinmayr damals versucht zu erklären im Krone TV. Man kann das übrigens heute immer noch nachschauen, das ist auf Google immer noch auffindbar, und deswegen danke für die freundliche Erwähnung, Herr Pascuttini. Unser damaliger Ansatz war, und wäre die Wahl nicht so ausgegangen, wie sie ausgegangen ist, hätten wir wahrscheinlich längst schon das Veranstaltungszentrum, hätten wir wahrscheinlich längst schon eine Modernisierung des Stadions gemacht, aber dann war natürlich so die Stunde der Sieger, „ta, ta, ta, Jerry oh zur Feier“. Die SPÖ hat ja angefeuert, ja, kein Kreuzerl bei der Ein-Stadion-Partei und der Michael Ehmman hat sich abbilden lassen, wie toll, dass er sozusagen den Weg freimacht zu einer Zwei-Stadion-Lösung. Und jetzt ist halt nichts, und deswegen sind wir ehrlich gesagt jetzt auch dagegen, dass man die Verantwortung jetzt auf den Bürger und auf den Steuerzahler abschiebt. Der soll das jetzt irgendwie richten mit einer Volksbefragung, sondern da müsst ihr jetzt drauf bleiben. Da kommt jetzt irgendwann die Stunde der Wahrheit, irgendwann müssen die Dreisiebeners, Schlüsselbergers, Schwentners, überhaupt die Grünen, die die Wahl damit bestritten haben mit einer Botschaft, nämlich „Es wird zu viel gebaut, es wird zu viel gebaut und wir dürfen nicht mehr so viel bauen und Beton ist ganz schlecht“. Und jetzt schaue ich mir das natürlich an, jetzt seid ihr in der Ziehung, jetzt müsst ihr als Koalition dann halt einmal einen ordentlichen Topf hinbauen um € 100.000.000,00. Für so ein 20-30.000er-Stadion haben braucht man halt so 15 bis 20 Parkplätze. Ich freue mich schon. Also, ich freue mich auf den Tag, an dem in der Zeitung das Foto drinnen

ist, wo die Judith Schwentner und die Elke Kahr mit der Schere bei der Tiefgarage stehen und das Band durchschneiden, damit endlich ihre Autos rein können in das Stadion.

Also, was ich damit sagen will, ist: Bitte, brauchen wir keine Volksbefragung machen. Bitte, jetzt müsst ihr liefern. Ihr habt die Wahl gewonnen, zweieinhalb Jahre sind vorbei, Ihr kriegt noch zwei Monate Zeit, aber irgendwann müsst ihr jetzt liefern und sagen: „Mach ma“.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Jeder muss liefern, wie du weißt, und danke für den netten Beitrag. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Klubbermann Dreisiebner, bitte.

**Klubobmann Dreisiebner:**

Geschätzter Stadtrat Riegler, das war jetzt wirklich ein humoristischer Beitrag, den ich mir von dir öfter wünschen würde. In dem Sinn noch einmal Applaus für den Stadtrat mit den zusätzlichen Fähigkeiten, würde ich vorschlagen. Trotzdem zum Antrag selbst, geschätzter Alexis Pascuttini, jetzt eine Volksbefragung zu machen - der Günter Riegler soll jetzt bitte weghören, er will keine - wäre so wie den Elfmeter schon zu schießen, bevor der Schiedsrichter den Ball freigibt. Es wird das Tor nicht gelten. Es wird aber noch einmal wiederholt werden müssen. Ich meine, diese Machbarkeitsstudien, die im Juli ja in Auftrag gegeben werden, über die Standorte, die verblieben sind und nicht, wie du behauptet hast, es gäbe noch weitere. Dazu gibt es Unterlagen, die den Ausschussmitgliedern ausgehändigt worden sind. Du hättest ja auch selbst kommen können zu dem einen oder anderen Termin des Ausschusses. Es gibt diese Flächen nicht, ja, und wir sind auch nicht im Besitz dieser alternativen Fläche. Deswegen Machbarkeitsstudie der Alternativfläche, die uns zwar nicht gehört, aber wo wir in



Richtung Verkehr, in Richtung Licht- und Lärmemissionen, in viele andere Richtungen mehr, laut Herrn Baudirektor, wird wohl auch eine UVP erforderlich oder könnte eine UVP erforderlich sein und diese Dinge mehr und wir werden das auch für Liebenau machen, damit wir zumindest wissen, was alles möglich ist, wo was möglich ist, was das kostet, das ist nicht unwichtig und wie das mit der Realisierung dann ausschauen könnte. Ich habe – Riegler möge bitte wieder weghören – dann nichts dagegen, a) eine Volksbefragung und b) im Sinne des Zusatzantrags eine entsprechende Broschüre, die versucht sich dem Pro und Cons möglichst offen und umfassend zu nähern, zu präsentieren bzw. den Menschen zur Verfügung zu stellen. Aber zuerst müssen wir zwei Optionen haben, und das wissen wir alles noch nicht. Ja, in der Opposition kann ich sagen, das muss alles schon gestern gewesen sein und nicht erst morgen und nicht erst in acht Monaten, wenn man den Fachleuten glaubt und wenn man das verantwortlich angeht und das wollen wir, dann werden wir diese Machbarkeitsstudien im ersten Quartal des nächsten Jahres bewerten können und auf Basis dessen politische Vorentscheidungen treffen können. Vielleicht ist es auch eine Volksbefragung. Vielen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich dich bitten, um das Schlusswort.

Klubobmann **Pascuttini**:

Ein kurzes Schlusswort. Ich darf vielleicht kurz bei deiner Metapher anknüpfen, lieber Klubobmann Dreisiebner. Es ist nicht so, dass der Ball liegt und der Schiedsrichter den Ball noch nicht freigegeben hat. Es ist so, dass jeder das Foul gesehen hat, dass jeder weiß, dass das ein Elfer ist und wir seit zweieinhalb Jahren darauf warten, dass der

Video Assistant Referee entscheidet. Wir stehen alle im Stadion, jeder schaut zu, denkt sich: „Was passiert denn jetzt?“ Seit zweieinhalb Jahren passiert nichts und langsam wird es ein bisschen fad, das Ganze, aber man muss sagen, mit leeren Händen gehe ich heute nicht fort. Das Essen nehme ich gerne mit. Meine Verwunderung für die vergangenen Zeiten habe ich zum Ausdruck gebracht und ich habe natürlich auch etwas mitgebracht, wo man ganz klar sieht, was von Seiten der KPÖ, lieber Horst Alic, kommuniziert wurde. Ich lese vor: Ein regelmäßiger Sonderausschuss soll nun tagen, eine Zwei-Stadien-Lösung werde weiterhin angestrebt, so die KPÖ zu lesen auf Sky Sport Austria, die in diesen Belangen gut informiert sind. Wenn man dann runterscrollt, bekommt man sogar nach ein paar Details. Von einem Rückschlag in der Stadionfrage sprach Bürgermeisterin Elke Kahr, KPÖ. Die Machbarkeitsstudien, die von den zuständigen Abteilungen des Landes Steiermark und der Stadt Graz erstellt worden sind, haben leider ergeben, dass in Weinzödl ein bundesligataugliches Stadion aus fachlichen Gründen nicht möglich ist. Umso wichtiger sei es nun, die Vorschläge von Sturmpräsident Christian Jauk detailliert zu prüfen und parallel die Standortsuche für den GAK voranzutreiben, meint Kahr weiter. Was kann man jetzt für einen Schluss daraus ziehen, wenn man detailliert prüft, die Vorschläge von Sturm, das Stadion allein zu übernehmen und gleichzeitig die Standortsuche vorantreiben will? Das hat man im August 2023 so kommuniziert von Seiten der KPÖ. Dann ist das die Zwei-Stadien-Lösung, nichts anderes. Geht aber noch weiter, weil wir haben in diesem Artikel dann noch jemanden, der etwas zitiert, etwas ganz klar darlegt. Für Jauk, der Sturmpräsident, ist nun mal klar, es wird keine von uns angestrebte Lösung, eine schnelle Lösung in der Stadien-Frage geben. Der Sturm-vorschlag, das Stadion Liebenau und das Baurecht zu erwerben, wird nun ernsthaft von der Stadt geprüft. Genaue Zahlen dazu sind öffentlich nicht weiter bekannt. Zitat: Frau Bürgermeisterin Elke Kahr hat uns, gemeint ist Sturm Graz, zugesagt, dass der Prozess nun offiziell gestartet wurde (August 2023). Bis Ende des Jahres 2023 soll die Zwei-Stadien-Lösung am Tisch liegen, sagt Präsident Jauk.

Jetzt ist die Frage, hat er sich da etwas aus der Nase gezogen und Sky Sport Austria irgendwas erzählt? Wenn es so wäre, warum habt ihr dann nicht dort reagiert und das klargestellt? Das sind die Sachen, die der Öffentlichkeit gegenüber kommuniziert wurden. Und ich sage ganz offen, da glaube ich dem Sturmpräsidenten schon, wenn er sagt, dass ihm das auch zugesichert wurde. Wir haben das auch erlebt. Und nur ganz oben, wenn Sky Sport Austria schreibt, man hat zum einen geprüft, ob Weinzödl funktioniert als zweiter Stadionstandort. Nein, hat nicht funktioniert. Wenn man sagt, ok, wir gehen jetzt auf Standortsuche und parallel prüfen, was Sturm vorgeschlagen hat, nämlich das Stadion allein zu übernehmen, ja, dann ist schon richtig. Dann hat die Frau Bürgermeisterin nicht gesagt, wir sind für die Zwei-Stadien-Lösung. Also diese Worte hat sie nicht benutzt, sie hat es nicht mit fünf Worten gesagt, sondern halt mit 30 oder mit 40. Aber im Endeffekt ist es das Gleiche, ihr wart für die Zwei-Stadien-Lösung, habt ihr so kommuniziert, habt diesem Artikel nicht widersprochen. Insofern kann ich das Hickhack wirklich nicht verstehen. Hoffe immer noch auf die Zustimmung, freue mich schon auf das gemeinsame Essen, werde jetzt später dann mit Günter Riegler über vergangene Zeiten sinnieren. Wird noch ein schöner Abend, herzlichen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Bitte, eine tatsächliche Berichtigung.

Gemeinderat **Alic**:

Wenn du von Wahlversprechen sprichst und dann Sky Sport Austria zitierst, dass die Bürgermeisterin Elke Kahr zitiert wird, dann muss das ja nach der Wahl gewesen sein, weil das war ja vor der Wahl nicht, also war das kein Wahlversprechen, nachher, wie

soll ich sagen, geplante Dinge vorzuführen, zu versuchen, ist nichts Verwerfliches, also in dem Fall Wahlversprechen, war es keines.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke für die tatsächliche Berichtigung, aber es wird sowieso vieles Kraut und Rüben geredet oft. Entschuldigung, dass ich das so sage, und auch nicht alles, was in den Medien steht, wird korrekt wiedergegeben, das möchte ich einfach wirklich sagen, das gilt eh für alle, das ist nicht nur bei mir, das gilt generell oft.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Dringlichkeit ist somit mehrheitlich abgelehnt.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen KFG, NEOS).***

Wir kommen nun zum nächsten Dringlichen Antrag eingebracht von den NEOS und ich darf bitten Herrn Gemeinderat Pointner um seinen Antrag.

#### **8.10 Ergänzung des Kinder- und Jugend-Sommersportprogramms um paralympische Disziplinen (GR Pointner, NEOS)**

Gemeinderat **Pointner**:

Und da stehe ich schon am Rednerpult. Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtsenatsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen, ich nehme das Wort der Bürgermeisterin gewissermaßen als Volley auf, wie man in der Fußballsprache sagt, Volley, und versuche jetzt kein Kraut und Rüben zu reden, sondern meinen Antrag sehr

klar vorzubringen, damit ich keine Rüge bekomme. Und der geht um die Ergänzung des Kinder- und Jugendsommersportprogramms um paralympische Disziplinen, ein, glaube ich, sehr wichtiger Antrag in Richtung Inklusion und in Richtung Sport, in Richtung ein gesunder Geist wohnt in einem gesunden Körper. Ja, Fußballer Europameisterschaft kommt, Olympische Spiele kommen, die werden sicher unsere Jugend motivieren, selber auch mehr Sommersport zu betreiben und da gibt es ja auch in Graz ein Sommersportprogramm und Graz ist ja auch Austragungsort der Nationalen Special Olympics, also eine veritable Sportstadt und eben auch eine Inklusionsstadt, also inklusiver Sport ist Graz wichtig und deshalb sollten wir ihn bitte weiter ausbauen, denn natürlich ist im Sommersportprogramm es behinderten Kindern möglich teilzunehmen. Der Antrag hier geht aber weiter. Es soll sich jetzt der Fokus auf diese Kinder mit Behinderungen richten und zwar, dass man auch einen leistungssportlichen Kontext hineinbringt, eben durch die paralympischen Disziplinen. Also, es mangelt derzeit noch an spezifischen Angeboten, die gezielt auf besondere Bedürfnisse dieser Kinder eingehen. Sie dürfen zurzeit in den Programmen mitmachen, aber sie werden nicht gezielt angesprochen und betreut. Und da sollte sich eben nun die Aufmerksamkeit auf diese Disziplinen richten, wie zum Beispiel Para-Leichtathletik, Para-Schwimmen, Rollstuhltennis, Rollstuhlbasketball etc. Das Ganze zahlt sich in vielerlei Hinsicht aus, durch das spielerische Element werden Verbesserungen in den koordinativen, neurologischen und muskulären Bereichen der Kinder erreicht, der Jugendlichen auch. Außerdem können durch die Teilnahme an diesen Angeboten auch neue soziale Kontakte geknüpft werden und auch der Wettbewerb im Sinne des Olympischen Gedankens wird gefördert. Daher stelle ich den

**Dringlichen Antrag,**

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie die Integration von paralympischen Sommersportarten in das Sommersportprogramm der Stadt Graz stattfinden kann.

Das Ergebnis der Prüfung ist dem zuständigen Gemeinderatsausschuss bis spätestens im November 2024 mitzuteilen und soll als Diskussionsbeitrag für die Planungen des Grazer Sommersportprogramms 2025 Anwendung finden.

Ich hoffe sehr, dass dieser Antrag angenommen wird und dass wir 2025 ins Tun kommen können. Paralympics, yes.

***Originaltext des Antrages:***

*Namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat stelle ich daher den*

***dringlichen Antrag:***

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie die Integration von paralympischen Sommer-Sportarten in das Sommer-Sportprogramm der Stadt Graz stattfinden kann.*

*Das Ergebnis der Prüfung ist dem zuständigen Gemeinderatsausschuss bis spätestens im November 2024 mitzuteilen und soll als Diskussionsbeitrag für die Planungen des Grazer Sommer-Sportprogramms 2025 Anwendung finden*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Wer wünscht das Wort, bitte? Frau Gemeinderätin Kreiner, bitte.

Gemeinderätin **Kreiner**:

Lieber Kollege Philipp Pointner, danke für deinen Antrag. Das ist eine gute Gelegenheit, wieder über unser Sommersportkursangebot zu sprechen. Wir haben ja 4.500 Plätze,

die wir jedes Jahr vergeben. Das ist der Einstieg für viele Kinder in die Sportvereine, vor allem werden die sehr gut angenommen. Das wird auch immer wieder berichtet, viele Kinder kommen auch nach den Ferien noch und melden sich dann bei den Vereinen, da wir auch niederschwellige Angebote haben. Eben mit dem Sportgutschein in den vierten Klassen, aber auch die Gratismitgliedschaften für Kinder und Jugendliche bis 16, deren Eltern eine SozialCart haben.

Es gibt ja 50 Sportarten, die es auszuprobieren gibt und darunter gibt es Tennis, Schwimmen, Klettern, Reiten, Segeln und auch vieles mehr, und das eben um € 10,00.

Diese Kurse sind sehr gut gebucht, aber sie haben auch eines gemeinsam: Sie haben keinen Leistungssportansatz. Sie sollen dazu dienen diesen Sport einmal

niederschwellig auszuprobieren und da eben den Einstieg in die Sportart zu finden.

Weil du den Leistungssportlichen Kontext angesprochen hast: Kinder und Jugendliche, die bereits in einem Verein sind, wo eben so ein Leistungssportansatz vorhanden ist, nutzen diese Sommerangebote auch über ihre Vereine und fahren dann aber auch auf Trainingslager. Genau das gibt es auch bei Kindern mit Behinderung: Angebote aus den Vereinen, zum Beispiel auch von Vertretern wie eben „Move on to Inclusion“.

Noch etwas haben wir in unseren Kursen alle gemeinsam. Und zwar: Wir versuchen, jeden Sport inklusiv zu gestalten und nicht exklusiv. Das heißt, Kinder mit besonderen Bedürfnissen melden sich bei uns im Sportamt und es wird dann gemeinsam praktisch mit dem Sportamt und mit dem Verein geschaut, wo eben ein Kurs möglich ist mit der Teilnahme, wo eben auch „Move on to Inclusion“ mit Expertise zur Seite steht und auch unterstützt. Es gibt halt sehr viele verschiedene Themen und auch jeder Kurs und jedes Kind haben eben auch andere Bedürfnisse.

Vielleicht auch noch eine Information: Über „Bewegt im Park“ hat es vergangenen Sommer das Angebot für Rollstuhlbasketball gegeben. Allerdings haben sich tatsächlich nur Sportler:innen und Kinder und Jugendliche gemeldet, die bereits aber auch in einem Verein ganzjährig schon tätig sind und da auch diesen Sport eben ausüben. Darum findet dieser heuer nicht mehr statt. Trotzdem werden wir nach

Rücksprache mit dem Geschäftsführer des steirischen Behindertensportverbandes, Mag. Sidak wird das nächste Jahr Tischtennis und Tennis speziell für Rollstuhl anbieten. Da wird man einmal schauen, wie das angenommen wird.

Dein Antrag ist zwar nicht dringlich, aber natürlich sehr wichtig. Inhaltlich werden wir auf jeden Fall zustimmen. Wie gesagt, mit dem Behindertensportverband und Institutionen wie „Move on to Inclusion“ ist auch das Sportamt in enger Zusammenarbeit. Da wird auch der Bedarf immer wieder abgefragt.

Vielleicht ein Satz noch zum Schluss, sei mir zugestanden: Das Sportbudget wird ja seit zwei Jahren nicht erhöht und wie man hört, auch in Zukunft nicht. Da ist es halt dann auch schwierig, solche Ideen umzusetzen. Wir strecken uns jetzt schon auf der Decke. Vielleicht ein kleiner Blick nach links zu unserem Finanzstadtrat, der Sport braucht das Geld. Danke, Philipp. Wir sehen es zwar nicht dringlich, aber inhaltlich stimmen wir gerne zu.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Danke schön für die Information, das schadet nie, über diese Angebote zu erfahren, weil sie ja wirklich gut sind. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Sie bitten, auch nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür? Gegenprobe, das ist mehrheitlich angenommen, nur gegen die Stimmen der ÖVP.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP).***

Dann kommen wir zum Antrag selbst. Herr Gemeinderat Ullrich und dann Frau Gemeinderätin Slama.



Gemeinderat **Ulrich:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher und Zuseherinnen. Danke lieber Philipp für deinen Antrag. Wir haben uns im Vorfeld schon kurz darüber abgesprochen. Ich habe den ähnlichen Antrag vor einem Jahr eingebracht. Damals wurde mir versprochen, dass das Inklusionsprogramm für die Sommersportkurse dann auf die Beine gestellt wird. Gut, dass du den Antrag jetzt stellst, denn es ist nicht so viel passiert, wie wir uns erhofft hätten.

Was ich ganz spannend gefunden habe, war die Behindertenbeiratssitzung im Frühling 2023. Dort hat eine Kollegin vor Ort, von Jugend am Werk, erwähnt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Menschen zu den Sportkursen begleiten würden, vorhanden seien. Es gibt nur das Sportangebot nicht. Das Sportangebot selbst ist super, denn es beinhaltet Alpaka-Ausflüge, Segelabenteuer und Wandern. Ein bisschen muss ich meiner Kollegin auch widersprechen: Es geht nicht immer nur um Leistungssport, vor allem nicht im Inklusionsbereich. Dort geht es natürlich auch viel um die sozialen Kontakte, die hergestellt werden, und die Möglichkeit, mit anderen Menschen mit oder ohne Behinderung zusammenzukommen.

Der Vorteil, den es natürlich hat, wenn man neue Sportarten ausprobieren kann, die dann ein inklusives Setting bekommen, ist natürlich, dass man dann auch neue Athletinnen und Athleten eventuell auch für internationale Turniere gewinnen könnte. Und ich denke mir, ein paar mehr Medaillen für Rot-Weiß-Rot wird uns ja allen gut gefallen.

Zum Abschluss möchte ich aber auch erwähnen, das ist mir besonders wichtig, weil das leider immer wieder vergessen wird, dass auch Menschen, welche unter psychischen Erkrankungen und Behinderungen leiden, sollten in einer inklusiven Vorzeigestadt ihren Platz bei den Freizeitangeboten wiederfinden. Darum würde ich auch bitten, diese Gruppe bei eventuell hoffentlich nächstem Jahr geplanten, verstärkt geplanten, inklusiven Sportangeboten mitzubedenken. Vielen Dank.

Gemeinderätin **Slama:**

Ich muss sagen, der Kollege Ulrich hat mir jetzt eh schon viel vorweggenommen, ich finde, es geht genau darum jetzt dieses ok, gut, ganz viele sind schon in Vereinen oder man kann zu irgendeinem Verein gehen auch, aber es ist ja schon gefallen, dieses niederschwellige Ausprobieren, diese Möglichkeit, die wir in so vielen anderen Sachen schon bieten, wo, glaube ich, genau das, diese Geschichte ist. Kann ich zu dem Ort gehen, zu dem auch alle anderen Leute in meinem Alter gehen, und kann ich dort ein Angebot finden, das für mich passt? Kann ich das ausprobieren? Kann ich dort auch wirklich Menschen finden, die die Ausbildung haben, die ein Know-how dazu haben, wie die sich damit befassen können? Und geht das oder geht das nicht?

Und ich glaube, wir als Menschenrechtsstadt, einen Titel, den wir uns als Gemeinderat ja auch gegeben haben, schaffen das sehr wohl, dass wir für alle Personengruppen da ein passendes Angebot schaffen. Und ich muss sagen, ich bin ein bisschen überrascht, weil meiner Meinung nach ist Inklusion und Sichtbarkeit immer dringlich. Also vor allem Menschen in marginalisierten Personengruppen zu zeigen, hey, ihr seid wichtig für uns, ist, glaube ich, immer ein dringliches Anliegen. Deswegen sind wir auch sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt dabei. Es geht hier nämlich wirklich, wie der Kollege Ulrich schon gesagt hat. Es geht hier um eine gegenseitige Bestärkung, es geht um eine Gruppe, in der ich mich wiederfinde, mit der ich mich identifizieren kann. Es geht nicht darum, gibt es irgendwo, irgendwie ein Angebot dafür, sondern wir als Menschenrechtsstadt haben wir ein Angebot. Denken wir an diese Gruppen, nehmen wir sie mit oder nicht?

Und da muss ich sagen, danke für diesen Antrag. Ich habe selbst in meinem Kindergarten ein paar Kinder, die sicher sehr, sehr happy sind, wenn sie da ein paar Sachen ausprobieren können. Auch glaube ich, dass das für die Durchmischung, für die Vielfalt und vor allem für die Inklusion ein großer und wichtiger Schritt ist. Deswegen, wir sind auf jeden Fall dabei. Danke.

Gemeinderat **Pointner:**

Ein kurzes Schlusswort, danke Kollegin Slama für diese sehr schönen Ausführungen zur Dringlichkeit im Thema Inklusion und eben auch Bildung, der Ausbildung und sei es jetzt für Behinderte oder andere Kinder und Jugendliche, völlig egal. Das ist immer dringlich, weil da darf in keinem Moment irgendjemand zurückgelassen werden. Danke dafür. Danke für die Ergänzung der psychischen Komponente vom Kollegen Ulrich, eine sehr schöne Ergänzung des Antrags, vielen Dank dafür.

Zur ÖVP, es muss nicht alles in Vereinen sein, auf Leistungssport nicht, und es ist nicht. Ich habe nicht nur Rollstuhlbasketball und Rollstuhltennis genannt, sondern eben Paraleichtathletik und Paraschwimmen. Und das ist genau das, was die Frau Slama auch gesagt hat. Da kann man ja auch einmal etwas ausprobieren und das kann man ja auch begeistern. Ich schaue nichts lieber als jetzt gerade Leichtathletik oder bei den Paralympics die Leichtathletik bewerte. Lass mir die Kinder doch alle gemeinsam da sperrwerfen, weil es gerade aktuell ist, egal, zusammen. Und deshalb alles Bestens, hoffe wirklich um Annahme und bedanke mich schon dafür. Danke. Vielmals.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Wir kommen zur Abstimmung, wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe ist einstimmig angenommen.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Bürgermeisterin Kahr:**

Nächste Dringliche Antrag von Frau Gemeinderätin Sabine Reininghaus.

**8.11 Seniorinnen und Senioren beim Umgang mit digitaler Kommunikation unterstützen  
(GR<sup>in</sup> Reininghaus, NEOS)**

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe auch einen wichtigen, dringlichen Antrag. Es geht um eine andere Gruppe von Menschen, es geht jetzt um unsere Älteren und unsere Pensionisten und Pensionistinnen. Wenn wir zwar alle sagen, die Corona-Krise hat natürlich positive Aspekte mit sich gebracht, nämlich der Digitalisierungsschub, wahnsinnig schnell haben wir gelernt, uns im digitalen Meetings uns zu verabreden, allerdings empfindet die ältere Generation diese zunehmende Digitalisierung doch eher als negative Veränderung.

Das ist das Resultat auch aus einer Umfrage des Landes Steiermark aus dem Jahr 2022, die unter Steirerinnen und Steirern ab 65 Jahren durchgeführt wurde. Vergleichen wir die Umfrage aus dem Jahr 2020, so erkennen wir, dass viermal so viele Seniorinnen und Senioren die Digitalisierung des Alltags als Belastung empfinden. Klar, wer mit den digitalen Trends wenig bis gar nicht Schritt halten kann, fühlt sich schnell von der Gesellschaft ausgegrenzt und das kann ernste psychische Probleme nach sich ziehen, so der Salzburger Psychiatrieprimarius Dr. Hannes Bacher. Seiner Erfahrung nach erleben Pensionistinnen und Pensionisten die digitale Welt als stur und abweisend und das überfordert sie oft, frustriert und ängstigt.

Beispielsweise hat 86% der insgesamt 22.943 Befragten, ich meine, das ist ja schon eine Zahl, zur Frage des Tages im Krone-Online-Voting am 27. Mai, dass sie sich beim Thema Digitalisierung von der Politik, von der Gesellschaft im Stich gelassen fühlen. Das ist auch im Bund mittlerweile angekommen, denn mit dem, letztes Jahr im Bund beschlossenen Finanzausgleich, wo 1,3 Milliarden Euro für Kinderbetreuung, Pflege, Gesundheit, Wohnen, Wirtschaftsförderung und Sanierung an die meist überschuldeten Kommunen fließen, da sind auch 120 Millionen Euro dafür reserviert, dass der digitale Übergang in den Gemeinden funktioniert.

Um damit eigene I.G. aus der Registrierstellen einzurichten oder zum Beispiel die vom Grund vorgeschlagenen digitale Ansprechpartnerin, mit dem Ziel eben diese gesellschaftliche Kluft zu gering wie möglich zu halten und die Menschen nicht weiter auszugrenzen. Braucht für die Bürgerinnen und Bürger Unterstützung bei ihren Behörden und Amtswegen, wenn diese nur mehr digital erledigt werden können. Ich denke, es ist unsere Pflicht hier der älteren Generation hilfreich unter die Arme zu greifen und daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats folgenden klinischen

### **Antrag**

Erstens, die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, durch welche Maßnahmen ältere Menschen im Umgang mit digitaler Kommunikation unterstützt werden und vor weiterer gesellschaftlicher Ausgrenzung und Vereinsamung bewahrt werden können.

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen weiter prüfen, wie Grazerinnen und Grazer ohne digitale Kompetenzen bei der Bewältigung ihres Alltags begleitet werden können und der Gemeinderat ist in der September-Sitzung Bericht zu erstatten.

Danke. Ich hoffe, ihr habt breite Zustimmung.

#### ***Originaltext des Antrages:***

*Der durch die Coronapandemie ausgelöste Digitalisierungsschub wird zwar generell als positiver Nebenaspekt der Krise betrachtet, aber die ältere Generation empfindet die zunehmende Digitalisierung des Alltags meist als negative Veränderung. Das ist nur eine von mehreren Erkenntnissen aus einer Umfrage des Landes Steiermark im Jahr 2022, die unter Steirerinnen und Steirern ab 65 Jahren durchgeführt wurde und zeigt, dass sich ältere Menschen in der digitalen Welt oft überfordert fühlen. Für mehr als zwei Drittel der Befragten hat sich demnach die Lebenssituation "viel" oder "ziemlich viel" verändert. Eine "sehr starke" Veränderung war es für 35 Prozent der*

*Befragten, wobei es bei der im Jahr 2020 durchgeführten Umfrage noch 23 Prozent waren. Viermal so viele Seniorinnen und Senioren als 2020 erleben demnach die Digitalisierung des Alltags als negative Veränderung und nur noch die Hälfte der Befragten blickt der Zukunft positiv entgegen*

*[https://www.kleinezeitung.at/steiermark/6230526/Seniorenbarometer\\_Einsamkeit-Digitalisierung-Teuerung-machen](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/6230526/Seniorenbarometer_Einsamkeit-Digitalisierung-Teuerung-machen)).*

*Wer mit der digitalen Entwicklung wenig bis gar nicht Schritt halten kann, fühlt sich grundsätzlich von der Gesellschaft ausgeschlossen, was ernste psychische Probleme nach sich ziehen kann, so der Salzburger Psychiatrie-Primarius Dr. Hannes Bacher. Seiner Erfahrung nach erleben Pensionistinnen und Pensionisten die digitale Welt als „stur“ und abweisend, was sie oft frustriert und ängstigt. So gaben 86% der insgesamt 22.943 Befragten zur „Frage des Tages“ im Krone-online-Voting vom 27.5.2024 an, dass sie sich beim Thema Digitalisierung von der Politik im Stich gelassen fühlen. (Kronen Zeitung, 27. Mai 2024, Seite 10 „Digitales Leben lastet auf Seelen der Senioren“)*

*Mit dem, letztes Jahr im Bund beschlossenen Finanzausgleich, werden 1,3 Milliarden Euro für Kinderbetreuung, Pflege, Gesundheit, Wohnen, Wirtschaftsförderung und Sanierung an die meist überschuldeten Kommunen fließen. Von diesen 1,3 Milliarden Euro sind 120 Millionen Euro für den digitalen Übergang in den Gemeinden reserviert. Damit sollen eigene ID-Austria Registrierstellen und „Digital-Ansprechpartner:innen“ geschaffen werden, um gesellschaftliche Kluft gering zu halten und Bürgerinnen und Bürger bei ihren Behörden- und Amtswegen zu unterstützen, die nur mehr digital erledigt werden können*

*<https://www.bmf.gv.at/presse/pressemeldungen/2024/juni/gemeindepaket.html>*

*Nachdem es dringend ansteht zu vermeiden, dass unsere Älteren weiterhin von der Politik im Stich gelassen werden, stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats folgenden dringlichen*

**Antrag**

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, durch welche Maßnahmen ältere Menschen im Umgang mit digitaler Kommunikation unterstützt werden und vor weiterer gesellschaftlicher Ausgrenzung und Vereinsamung bewahrt werden können.*

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen weiter prüfen, wie Grazerinnen und Grazer ohne digitale Kompetenzen bei der Bewältigung ihres Alltags begleitet werden sollen.*

*Dem Gemeinderat ist in der September-Sitzung Bericht zu erstatten.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Ich darf den Vorsitz an meinen Kollegen Stadtrat übergeben.

**Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (19.23 Uhr).**

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ja, weil ich muss mich hier zu Ort melden, danke liebe Sabine für diesen Dringlichen Antrag. Es passt, weil natürlich dieses Thema nicht nur etwas ganz, ganz Wichtiges ist. Das hängt damit zusammen, weil ich vielleicht selbst schon ein Älter bin und selbst, wie viele wissen, nicht sehr digital affin bin. Das ist auch etwas, was ich einfach sehr spät gelernt habe. Als Zuständige für das Sozialamt und damit auch für das Seniorenreferat war es mir ein Anliegen, dass ich, als Bürgermeisterin und für das Ressort zuständig sein darf, dem ein besonderes Augenmerk zu schenken. Deswegen

gibt es schon seit 2021 bis 2024 in zwölf Stadtteilzentren und Nachbarschaftszentren diese digitalen Angebote und Schulungen für unsere ältere Bevölkerung.

Also, das ist mir ganz wichtig, das hier auch zu sagen. Das ist vielleicht eher noch dem geschuldet, dass man es noch breiter bewerben muss, aber das hat einen enormen Zulauf. Und zwar in Waltendorf, Gösting, Lend, Leonhard, Eggenberg, Geidorf, St.Peter, Andritz und Gries. In manchen Bezirken sogar an zwei Standorten macht das Seniorenreferat gemeinsam mit dem Verein NOVA schon seit vielen, vielen Jahren diese Angebote für unsere älteren Damen und Herren. Im Umgang, also digitale Sprechstunden für Smartphones und Tablets. Machen sogar, und das ist halt besonders wichtig bei Anfragen vor Ort, kommen auch nach Hause, weil nicht jeder gerne wohin geht. Also, das ist eigentlich ein ganz toll funktionierendes Angebot. Ich habe mich da auch noch einmal erst gestern, nachdem ich den Antrag gesehen habe, beim Seniorenreferat erkundigt. Das sind mittlerweile über knapp 500 Pensionist:innen, die es auch schon absolviert haben. Es wird in diesem Jahr sogar noch einmal intensiviert. Das ist ein absolutes Schwerpunktthema beim Seniorenreferat, die digitale Mündigkeit, wie wir das nennen und auch die Aufstellung ganz breit dort, wo die Leute zu Hause sind. Also bewusst wohnortnah. Nicht das die Leute alle müssen ins Seniorenbüro, sondern es ist ganz bewusst der Auftrag an Seniorenreferat ergegangen, wohnortnahe Angebote für unsere älteren Damen und Herren zu geben und eben schon seit Jahren und in diesem Jahr besonders genau dieses Thema, das du ansprichst. Insofern wäre es jetzt eigentlich Affront, wenn wir dem Dringlichen Antrag zustimmen würden, weil da würden sich die Kolleginnen und Kollegen vom Seniorenreferat eigentlich wundern und sie haben sich auch gewundert, weil sie eher gedacht haben, dass man im Gemeinderat die Kolleg:innen davon Bescheid wissen. Aber es ist für mich eher ein Zeichen, dass diesen Bericht, den du im September eingefordert hast, ich morgen bitten werde, dass alle Klubs und Fraktionen das kriegen, damit sie über das breite Angebot eigentlich Bescheid wissen, was da



eigentlich täglich geleistet wird. Das ist nämlich wirklich vorbildlich hier, das Seniorenreferat, und hat dafür auch schon Auszeichnungen bekommen. Ich darf auch noch rückmelden, da gibt es noch unheimlich viele weitere Sachen, also auch die Kommunikation intern in den Magistratsabteilungen ist ja hier auch wichtig, um die Schulung, also auch mit dem Pass- und Urkundenwesen, mit dem Servicecenter. Beziehungsweise haben wir ja auch beim Sozialamt Sozialbegleiter:innen, wie wir es nennen, die bewusst, wenn auch ältere Damen und Herren sich schwer tun bei gewissen Pflegeanträgen oder was auch immer sie an Leistungen brauchen von der öffentlichen Hand, dass sie da auch begleitet werden und wie gesagt eben nicht auf ein Smartphone oder auf diese digitalen Formen angewiesen sind. Wie gesagt, da läufst du offene Türen rein. Aber das ist auch der Grund, warum wir diesem Dringlichen Antrag nicht zustimmen können, weil es de facto genau das Schwerpunktthema ist. Wir werden auch hier morgen, alle Fraktionen, damit dieses breite Angebot bekannter wird, noch aussenden.

Stadtrat **Eber**:

Danke, und ich übergebe den Vorsitz.

***Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz (19.28 Uhr).***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldung bitte, Herr Gemeinderat Topf.

Gemeinderat **Topf**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch bei dem Livestream noch vorhanden hoffentlich, werden wir den Dringlichen Antrag sehr wohl

unterstützen, auch sowohl der Dringlichkeit als auch der Inhalt. Denn wir haben, das ist ja vielleicht schon bekannt, seit kurzer Zeit eine Seniorenhotline eingerichtet von unserer Fraktion, die sehr gut angenommen wird. Da merkt man schon, dass es einen sehr hohen Nachholbedarf, möglicherweise auch einen Informationsnotstand gibt. Das muss man durchaus sagen, also wir werden immer wieder angerufen und gefragt, wie kann ich da etwas machen, und ist es auch möglich, das nach wie vor analog zu machen. Also das ist eine Geschichte, die immer wieder an uns herangetragen wird. Wir haben ja zweimal die Woche diese Senioren Hotline eingerichtet, Dienstag und Donnerstag von 14 bis 17 Uhr. Dort sind Leute von uns sozusagen telefonisch erreichbar und da ist das schon ein wesentliches Thema, dass einerseits sozusagen die Einschulung, wenn ich das so sagen darf, oder die Einführung in diese digitale Welt stärker vorangetrieben wird. Parallel dazu wird aber auch nach wie vor gefordert, wenn man sozusagen hier nicht Hilfestellung leisten kann oder es ist vielleicht auch nicht erwünscht, dass die analoge Situation zumindest in Grundbedürfnis, ich denke da zum Beispiel an den Reparaturbonus, es ist völlig unverständlich, dass man den Reparaturbonus nur mehr digital beantragen kann und es keine Möglichkeiten gibt, den auch analog zu machen. Das sind also die Dinge, die an uns herangetragen werden und zwar nicht nur punktuell, sondern mehrfach im Zuge unserer Seniorenhotline, die wir seit kurzer Zeit eingerichtet haben. Also auch die analoge Situation möchte oder sollte vielleicht da und dort nicht überall klarerweise noch einmal überdacht werden.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke für diese Wortmeldung. Es mag ein Informationsmangel sein, aber noch einmal, auf städtischer Ebene kannst du alles analog machen. Das, was du jetzt angesprochen hast mit den Reparaturbonus, das ist eine Bundessache. Das ist mit irgendeiner Förderung oder keine Ahnung verbunden und da müsste man dieses Thema an den Bund richten, dass das dort auch anders möglich ist. Aber bei der Stadt Graz, weil das

ist, weil 2021 ich das Seniorenreferat übernommen habe, das war vorher eher nicht so, das muss ich jetzt wirklich so sagen. Ich finde, dass unser Seniorenreferat großartig gearbeitet hat in der Vergangenheit, aber es ist eigentlich aus dem Büro nicht herausgekommen und die Angebote, die man hier leisten kann und muss für die ältere Bevölkerung, müssen wohnortnah passieren. Genau das ist der Auftrag, und das passiert seit Jahren in großartiger Weise. Aber für mich ist jetzt klar, man muss das noch mehr thematisieren, auch bei unseren Alten offenbar, weil das nicht gesehen wird, aber da wird sehr, sehr viel Engagement reingeschickt und in ein Ausmaß an die Bevölkerung herangetragen, wie kaum zuvor.

Sabine bitte.

**Gemeinderätin Reininghaus:**

Ich muss noch etwas sagen, Ich freue mich wahnsinnig, dass das Seniorenreferat 500 Pensionist:innen betreut und diese das gerne in Anspruch nehmen. Es ist ja auch extrem wichtig. Allerdings gibt es in Graz 51.000 Pensionist:innen zwischen 60 und 65 Jahren. Es geht um 120 Millionen Euro, die vom Bund kommen, genau für dieses Thema, um diesen digitalen Übergang zu stemmen oder eben Hilfe anbieten zu können. Darum finde ich, die Dringlichkeit ist gegeben und der Inhalt ist auch noch wichtig. Also, da kann es nie genug geben von den Dingen, die hier in Graz passieren und die den Pensionist:innen zugutekommen. Wir können die Leute nicht im Regen stehen lassen. Das tun wir natürlich eh nicht, aber es ist nicht ausreichend, 500 Pensionist:innen hier Unterstützung zu geben, und der Rest weiß vielleicht gar nicht, wo und wie sie das bekommen können.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Egal, wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür?

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, NEOS).***

**Bürgermeisterin Kahr:**

Kommen wir nun zum nächsten Antrag, bitte Herr Wagner.

### **8.12 Herabsetzung der Strafmündigkeit von 14 auf 12 Jahre (GR Wagner, FPÖ)**

Gemeinderat **Wagner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bereits in der April-Sitzung haben wir das Thema zum Thema gemacht und da waren wir uns, glaube ich, alle ziemlich einig, dass wir ein riesengroßes Problem in der Zunahme der Jugendkriminalität haben. Die Berichterstattung, die uns alle paar Tage hier jetzt darauf hinweist, ist besorgniserregend. So zeigt die Kriminalstatistik aus dem Jahr 2022, das bei den Jugendlichen zwischen 14 und 18 ein Anstieg von fast 22 % in dem Bereich geschehen ist und die Generalstatistik aus dem Jahr 2023 sagt, dass in Graz 1981 Tatverdächtige unter 18 Jahren gezählt wurden.

Wir haben Probleme an Schulen, wir haben Probleme in Schwimmbädern, in Parks.

Gerade an Schulen zeigt sich auch dass der Anteil an Schülern mit

Migrationshintergrund da definitiv überwiegt und eines ist auch ganz klar, die

Jugendlichen warten mit dem Beginn ihrer unrühmlichen Karriere oftmals nicht, bis sie dann 14 Jahre alt werden, das startet leider schon früher, im Jahr 2022 wurden 7.858 Taten von Kindern und Jugendlichen unter 14 Jahren erfasst.

Die Frau Bürgermeisterin hat das heute auch schon angesprochen, dass zum Beispiel im Volksgarten auch Minderjährige da involviert sind, vielleicht ganz bewusst,

instrumentalisiert, alt genug, dass sie eingespannt werden, aber noch zu jung, um strafrechtlich dann verfolgt zu werden und im vergangenen Jahr hat es auch bei den unter 10-Jährigen bereits 55 Anzeigen gegeben, grundsätzlich wirklich ein verheerendes Bild.

Und auch an den Grazer Schulen haben wir da schon zunehmend Probleme, so wie es mir von dem Fall, dass zu Schulbeginn und auch zu Mittag, wenn die Schüler dann wieder von der Schule abreisen, dass es zu Veränderungen von Schulzeiten, von Unterrichtszeiten gekommen ist, dass die Ordnungswache hier patrouillieren muss, weil es eben zu Bedrohungen, zu Gewalttätigkeiten und zur Erpressung von Jausengeld und Ähnlichem kommt.

Die Zustände verdeutlichen eben, dass es ein wirksames Maßnahmenbündel braucht, um eben gegen die Gewalt hier vorzubeugen. Wenn wir heute die Kleine Zeitung anschauen, haben wir wieder das nächste Beispiel: ein 14- und ein 15-Jähriger, der nach einer U-Haft und einer bedingten Strafe Tage später schon wieder irgendetwas angehen wollte. Ein Suchtmitteldelikt ist auch nicht erwischt worden. Ein paar Tage später hat der andere einen Einbruchsdiebstahl versucht. Wir dürfen ja nicht glauben, dass die, wie gesagt, eben erst mit 14 hier begonnen haben.

Die Krone heute hat um 17 Uhr einen Fall aus Wien online gestellt. Und zwar, ich darf direkt verlesen, erst kürzlich strafmündig gewordene Täterin ist kein unbeschriebenes Blatt. Vor dem 14. Lebensjahr hatte sie 93 Anzeigen, und das ist schon ein gewaltiges Zeichen, dass da etwas in die falsche Richtung geht. Und ich glaube, es steht uns gut an, da einfach ein deutliches Zeichen zu setzen, ein Signal nach außen hin.

Deshalb stelle ich den dringlichen

### **Antrag**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz spricht sich für die Herabsetzung der Strafmündigkeit von aktuell 14 auf 12 Jahren aus. Zweitens ersucht der Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz die Bundesministerin für Justiz auf dem Petitionswege, dem Nationalrat eine entsprechende Regierungsvorlage für die Novellierung des Strafrechts, die die Herabsetzung der Strafmündigkeit zum Inhalt hat, zur Beschlussfassung vorzulegen, mit der Bitte um Annahme.

**Originaltext des Antrages:**

*Sehr geehrte Frau Bürgermeister!*

*Die jüngsten Berichterstattungen über Vorfälle im Bereich der Jugendkriminalität lassen nicht nur das subjektive Gefühl über eine drastische Zunahme an kriminellen Handlungen von Jugendlichen ansteigen, sondern auch die Kriminalstatistik bestätigt einen Rekordwert an Straftaten von jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren. Steiermarkweit wurden im Jahr 2022 5.683 Straftaten von Jugendlichen bis 18 Jahre registriert, was im Vorjahresvergleich einem Anstieg um knapp 22 Prozent entspricht. Dieser Wert liegt sogar über dem Vor-Corona-Niveau und ist laut Polizei ein trauriger Höchstwert in den vergangenen zehn Jahren. (Quelle:*

*<https://www.krone.at/3000906>) Dass die Jugendkriminalität in der steirischen Landeshauptstadt besonders hoch ist, verdeutlicht die jüngste Polizeiliche Kriminalstatistik aus dem Jahr 2023. So wurden im Vorjahr in Graz 1.981 Tatverdächtige unter 18 Jahren gezählt. Damit liegt man deutlich über den letzten Erhebungen: Im Jahr 2021 waren es noch 1.351, im Jahr 2022 kam es zu 1.728 Anzeigen. Gerade an Schulen zeigt sich außerdem, dass der Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund bei den Straftaten und Anzeigen deutlich überwiegt: Von den 213 Tatverdächtigen im Vorjahr an den steirischen Schulen waren nur 79 aus Österreich. 134 wiesen eine andere Nationalität auf. 2021 waren es noch 44 Personen, 2022 bereits 118. In dieser unrühmlichen Rangliste liegen Schüler aus Syrien (47 Tatverdächtige) an der Spitze, vor jenen aus Afghanistan (15) und der Türkei (14). (Quelle: <https://grazer.at/story/de/kriminalstatistik-2023-1-981-grazer-kinder-und-ysQpyZT7/>)*

*Dass Jugendliche mit krimineller Energie nicht immer bis zur Vollendung ihres 14. Lebensjahres „warten“ und die „Karrieren“ jugendlicher Straftäter schon oft viel früher beginnen, zeigte bereits die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage (6380/J) der Freiheitlichen im Jahr 2021 durch den damaligen Innenminister Karl Nehammer. Die Anfrage mit dem Betreff „Jugendkriminalität im Jahr 2020“ hat schon damals bestätigt, dass in der Altersgruppe zwischen zehn und 14 Jahren teils schwere kriminelle Tatbestände angezeigt werden. (Quelle: [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/6317/imfname\\_985077.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/6317/imfname_985077.pdf)) Dieser Trend scheint sich fortzusetzen, denn auch „der Standard“ berichtete im März 2023 über einen starken Anstieg der Kinderkriminalität in den letzten zehn Jahren. Im Jahr 2022 wurden 7.858 Taten von Kindern und Jugendlichen unter 14 Jahren erfasst. Das sind um 70 Prozent mehr dokumentierte Straftaten als noch vor zehn Jahren. (Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000144979009/wenn-kinder-zu-straftaetern-werden>) Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch die bereits oben zitierte Polizeiliche Kriminalstatistik 2023, wonach im Die Deliktsfähigkeit beziehungsweise die Strafmündigkeit beginnt in Österreich aktuell mit 14 Jahren. Ein Blick in die Länder der Europäischen Union lässt aber erkennen, dass dieses Alter keinesfalls Ergebnis allgemein anerkannter sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse sein kann. Es ist zwar so, dass in mehr als der Hälfte der EU-Länder die Strafmündigkeit mit 14 oder 15 Jahren beginnt, dennoch gibt es auch Länder, die die Strafmündigkeit deutlich früher anlegen. In Frankreich beispielsweise werden Kinder unter 13 Jahren als nicht urteilsfähig gewertet. Auch Ungarn änderte das Alter der Strafmündigkeit im Jahr 2013 von 14 auf 12. In Irland liegt die Altersgrenze ebenfalls bei 12 Jahren, bei schweren Taten gibt es ähnlich wie in Polen eine Ausnahme für Kinder zwischen 10 und 11 Jahren. Mit der Schweiz geht auch ein weiterer Nachbar einen anderen Weg als Österreich, denn auch in der Schweiz sind Kinder schon ab dem 10. Geburtstag*

*strafmündig, wiewohl sie erst ab dem 16. Geburtstag eine Freiheitsstrafe bekommen können.*

*Dass es immer wieder zu gewaltsamen Vorfällen und aggressivem Verhalten von Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt unter anderem in Bildungseinrichtungen kommt, bestätigen*

*mehrere Medienberichte der jüngsten Vergangenheit. Zuletzt sah sich eine Grazer Mittelschule aufgrund gefährlicher Mutproben und Raufereien von Jugendlichen sowie mutwilligem Stoßen von Mitschülern in Straßennähe – wodurch es immer wieder zu lebensgefährlichen Situationen kam – dazu gezwungen, die Stadt Graz zu alarmieren.*

*Auch zu Drohungen, Gewalttätigkeiten und zur Abpressung des Jausengeldes soll es in unmittelbarer Schulnähe gekommen sein. Aufgrund der untragbaren Situation patrouilliert nun die Ordnungswache vor Schulbeginn sowie nach Unterrichtsende vor*

*der Bildungseinrichtung, um die von jungen Schülern mutwillig herbeigeführten Gefahrensituationen zu entschärfen und Gewalttätigkeiten zu unterbinden. Diese Zustände verdeutlichen, dass es ein wirksames Maßnahmenbündel gegen*

*Jugendgewalt und ihre Folgen braucht. Dazu gehört jedenfalls auch die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters. Die aktuellen Entwicklungen müssen wachrütteln und auch der Grazer Stadtregierung vor Augen führen, dass es dringend Maßnahmen zur Entschärfung der Jugendkriminalität braucht.*

*Namens des Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender*

### **Dringlicher Antrag**

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat*

*der Landeshauptstadt Graz*

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*1. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz spricht sich für die Herabsetzung der*



*Strafmündigkeit von aktuell 14 auf 12 Jahren aus.*

*2. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz ersucht die Bundesministerin für Justiz auf dem Petitionswege, dem Nationalrat eine entsprechende Regierungsvorlage für die Novellierung des Strafrechts, die die Herabsetzung der Strafmündigkeit zum Inhalt hat, zur Beschlussfassung vorzulegen.*

**Gemeinderätin Hopper:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Günter, danke für den Antrag. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass das eigentlich bestürzend ist, dass so viele junge Menschen sich aktuell auch dazu hinreißen lassen, sich vielleicht auch von Älteren beeinflussen lassen, Straftaten in allen möglichen Variationen und Intensitäten zu begehen.

Deswegen bin ich sehr, sehr dankbar, dass Bundesministerin Edtstadler und Bundesminister Karner das ebenso ernst nehmen und hier ein Paket, eine Vorlage, eine Gesetzesvorlage bereits der Justizministerin übermittelt haben. Vielleicht, weil wir schon gerade kurz auf Bundesebene sind, wo das Thema ja aktuell auch schon intensiv bearbeitet wird, lieber Günter, wie du weißt, im Nationalrat war das auch Thema, ich bin aber dennoch der Meinung, dass man selbst, wenn wir hier inhaltlich nicht zuständig sind oder etwas umsetzen können (das passiert nämlich bereits), dass wir hier trotzdem ein klares Zeichen setzen sollten.

Unterschiedliche Zugänge haben wir dennoch. Es ist nämlich so, dass wir Bundesministerin Edtstadler und Bundesminister Karner, ausgeführt haben, wir seitens der Volkspartei nicht der Meinung sind, dass rein eine Freiheitsstrafe irgendjemanden davon abhält, zukünftig wieder in meist gleichen Kreisen vielleicht Straftaten zu begehen. Das ist eine hochkomplexe Angelegenheit und bedarf wesentlich mehr als lediglich einer Gefängnisstrafe. Deswegen sind beispielsweise in der Gesetzesvorlage auch neue Regelungen zur Regelbelehrungen vorgesehen. Diese können bei Missachtung auch zur Geldstrafe, nämlich für die Erziehungsberechtigten der

Betroffenen, führen. Im Endeffekt ist das etwas, wo man wirklich ansetzen muss, damit man die Jugendlichen erst gar nicht auf so einen Weg bringt. Hier gilt es auch, die Eltern und die Erziehungsberechtigten zu stärken und in die Verantwortung zu nehmen. Das ist ganz klar das Ziel der Volkspartei.

Auch die Möglichkeit für unter 14-Jährige, zukünftig Fallkonferenzen abzuhalten, ist in der aktuellen Vorlage enthalten. Diese Vorschläge stammen übrigens nicht von den Minister:innen Edtstadler und Karner, sondern sind aus einer Expertenkommission entstanden. Diese Expertenkommission schlägt auch eine Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters auf zwölf Jahre vor. Allerdings und das ist wieder ein massiver Unterschied zwischen unseren Zugängen, gilt dies lediglich bei schweren Straftaten und nicht grundsätzlich. Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, hier eine Unterscheidung zu treffen. Diese Forderung der Herabsetzung findet sich allerdings im aktuellen Vorschlag nicht wieder im Gesetzesvorschlag. Nicht, weil wir das nicht nach wie vor fordern als Volkspartei, sondern weil sich Justizministerin Zadic hier nach wie vor nicht davon überzeugen lassen konnte, auch von den Expertenargumenten, dass das tatsächlich ein sehr vernünftiger Zugang wäre, zusätzlich zu den anderen Maßnahmen, die sich in der Gesetzesvorlage finden.

Dennoch würden wir uns sehr, sehr freuen, wenn diese Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters bei schweren Delikten umgesetzt wird und sich auch in der Gesetzesvorlage wiederfindet. Deswegen haben wir einen Nachfolgenden, und ich werde mich dann später nicht zu Wort melden, dafür auch den Abänderungsantrag eingebracht, nämlich hier einfach nur den Strafbestand der schweren Gewaltdelikte ergänzt und deinen zweiten Forderungspunkt eins zu eins so überlassen. Es ist ein total wichtiges Thema, danke, dass du es hier aufs Tableau bringst. Wir haben nur unterschiedliche Zugänge, wie man diesen Jugendlichen im Endeffekt auch helfen sollte und muss.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Gemeinderat Alic.

Gemeinderat **Alic**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz kurz muss ich mich tatsächlich zu Wort melden zu dem Antrag, weil ich arbeite dort wo die Strafen daheim sind und ich weiß, doch einiges zu berichten, wäre aber nicht alles sagen, was ich glaube, sagen zu müssen. Bei aller Wertschätzung und Kollegialität, lieber Günter, wisst ihr, was mir bei dem Antrag taugt? Gar nichts, absolut nichts. Ich muss dir sagen, es ist ja der Motiventext, rassistischer als der Vortrag. Jetzt war der eh moderat und das hat schon gepasst. Das ist Teil der Inszenierung, das haut hin, das ist das gar nicht. Es geht darum, dass ich glaube, dass wir als Politiker einen anderen Auftrag haben, nämlich den Lösungen zu suchen und der Bevölkerung Sicherheit zu geben und nicht zu verunsichern. Es gibt wirklich niemanden, wirklich keinen, der sich auskennt in der ganzen Vollbreite, die es gibt und der behauptet, dass die Herabsetzung der Strafmündigkeit irgendwas verändert oder verbessert, absolut nicht, niemanden, der sich auskennt. Und wenn man deiner Theorie nachgeht und sagt jetzt, weil wir gerade geredet haben, Dani, das muss ich wiedergeben, das würde bedeuten, wenn einer von Richtern steht, dass er nie mehr straffällig wird, das stimmt ja nicht. Ich habe mit gewissen Leuten gemeinsam angefangen auf verschiedenen Seiten der Gitter und wir sehen uns immer wieder, regelmäßig. Also die Abschreckung so einer Verurteilung ist denkbar gering, wenn das unsere Aufgabe wäre, resozialisieren. Also du redest ja nicht von Haftstrafen, sondern tatsächlich nur von der Strafmündigkeit. Ich kann nur sagen, das bringt nichts. Es gibt ganz, ganz viele Maßnahmen, die man treffen kann, die getroffen werden. Aber jemanden, der laut im Schwimmbad ist oder irgendetwas, das ist, so jemanden vor den Richter zu stellen, ist nicht zielführend. Das gehört sich nicht und das ist ein Blödsinn.

Und nein, das tut mir leid, ich war 14, ich habe einen ausländischen Nachnamen, ich bin aber hellhäutig und ich war ein blonder Bua. Aber ich habe auch Madeln in die Schwimmbecken reingestoßen im Puchbad unten und bin zwar letztendlich trotzdem im Hefen gelandet, aber jetzt bin ich dort berufstätig. Also man verbessert nichts und um das geht es ja in der Politik, oder? Wir wollen die Situation verbessern und Straftaten werden wir nicht herunterholen. Gerade bei den jugendlichen Straftätern gibt es ja die größte Rückfallquote. Irgendwann wachsen sie dann raus, aus den Gewaltverbrechen. Aber die ganze Blödheit und das unbedarfte Tun, das wächst sich irgendwann aus. Das kann man sicher nicht mit Verurteilungen oder mit Haft oder überhaupt mit einem Schritt ins Kriminal verändern oder verbessern. Deswegen, Günter, tut mir leid, da können wir mit der Dringlichkeit schon nicht mit.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Vielen Dank für die Wortmeldung. Gibt es weitere Wortmeldungen dazu?

Ich möchte vielleicht nur sagen, weil mich das Thema nämlich auch selber sehr berührt und angeht, und da könnte ich jetzt viel erzählen, aber der Horstl hat das jetzt super auf den Punkt gebracht. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, nächste Woche am 19. haben wir genau hier im Gemeinderatssaal eine Tagung, genau zu diesem Thema. Es ist mit Fachexpert:innen und Schülern, Polizei, NGOs, also alle, die genau mit diesen Kindern und Jugendlichen auch in der Praxis zu tun haben. Das Ziel ist aber nicht, sich gegenseitig Vorträge zu halten, sondern auch zusätzlich noch zu schauen, was funktioniert, aber auch weiterhin zu schauen, was die Kinder und Jugendlichen brauchen, die aus prekären Verhältnissen kommen und in ihrem Leben eigentlich keine Perspektive in dieser Gesellschaft sehen. Da haben wir die Verpflichtung, etwas zu tun. Das lautet: Um junge Menschen zu begleiten, braucht das eine ganze Stadt, und davon sind wir zutiefst überzeugt. Das wollte ich nur in Erinnerung rufen und selbstverständlich kriegen Sie auch die Ergebnisse dieser Tagung, die nächste Woche

stattfindet. Auch Sie, Herr Gemeinderat, ich darf Sie aber bitten, um das Schlusswort, bitte.

Gemeinderat **Wagner:**

Danke für die Redebeiträge, liebe Anna. Ich glaube, eine Haftstrafe, Freiheitsstrafe ist sicher das allerletzte Mittel. Das ist mit dem Antrag natürlich nicht beabsichtigt, jeden wegzusperren. Das wäre natürlich das Falsche. Aber die Abschwächung, die du in deinem Abänderungsantrag, der in dem Fall ja nicht eingebracht, formal nicht eingebracht wird, diese Abschwächung sehe ich trotzdem als „Ich würde gerne und kann aber nicht“. Denn 93 leichte Delikte, wie die junge Dame da offenbar in Wien gehabt hat, das ist auch nicht in Ordnung. Die sollen keine Strafverfolgung nach sich ziehen. Wir warten, bis dann ein schwerer Gewaltdelikt passiert. Das sehe ich etwas anders und auch zum Horst möchte ich etwas sagen. Ja, ich sehe schon, du hast ein bisschen einen anderen Zugang. Die Leute, die zu dir kommen, sind natürlich auch schon ein bisschen älter. Und vielleicht ist es auch die Intention, dass du deinen Laden einfach gerne ein bisschen leerer halten möchtest. Das kann ich durchaus verstehen, man hat ein bisschen weniger Arbeit. Aber eines erschreckt mich schon, dass du diese Gewaltdelikte, die passieren und da kann man sich erst wegducken und wegschauen, wie man möchte, die passieren tatsächlich. Dass du das als laut im Schwimmbad abtust, wenn du einfach andere Jugendliche Opfer in dieser Situation sind, ich glaube, das steht da schon gut an, wenn du das einfach so akzeptierst und auch die Opferseite siehst und nicht nur die Täter da erst verharmlost und sagst, das hilft alles nichts, wegschauen. Das kann ich dir garantieren, das hilft ganz sicher nichts.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weggeschaut hilft tatsächlich nicht, aber die Lösung sehen wir mitunter anders. Wir sind bei der Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür? Gegenprobe. Die Dringlichkeit ist abgelehnt.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen KFG, FPÖ, Eustacchio).***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir sind mit den Dringlichen Anträgen jetzt am Ende und kommen in den nicht öffentlichen Teil und ich darf alle bitten die auf der Galerie noch sind, darf ich mich verabschieden, das sind nur ganz wenige mehr, die zuhören, und wenn noch wer via Livestream, das war ja, glaube ich, heute über YouTube nur möglich, da möchte ich mich verabschieden und Ihnen noch einen schönen Abend im Namen der gesamten Stadtregierung und des Grazer Gemeinderates wünschen.

***Pause 19.48 Uhr.***